Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

Februar 1974 — Zeitung des Kommunistischen Bundes Wien (KB Wien) — 2. Jhg. Nr. 2

Aus dem Inhalt

Kampf der Steuerausplünderung durch den Staat!

Die Ausplünderung der Arbeiter und aller Lohnabhängigen durch den Staat hat sich in den letzten Jahren ins Unerträgliche gesteigert. In den Betrieben wächst die Empörung über den Zangengriff, in den die Löhne gekommen sind: Was die Inflation nicht wegfrißt, frißt die Lohnsteuer. Ungefähr ein Drittel wird einem von vornherein von jeder Lohnerhöhung weggesteuert. 1974 soll jeder um durchschnittlich S 3000.- mehr Lohnsteuer zahlen als im Vorjahr.
Aber der bürgerliche Staat muß viel mehr an Steuern aus dem Volk herauspressen, als mittels der Lohnsteuer überhaupt möglich wäre. Immer mehr werden die indirekten, in den Preisen enthaltenen und daher im allgemeinen weniger deutlich sichtbaren Steuern zum hauptsächlichen Instrument der Ausplünderung des Volkes durch die staatliche Steuerpolitik. Die Einführung der Mehrwertsteuer war dabei ein Meilenstein. 1974 wird der Staat erneut um die Hälfte mehr Mehrwertsteuer kassieren als 1973. Allein mittels der Mehrwertsteuer will der Staat heuer doppelt so viel Steuern aus dem Volk herauspressen als durch die Lohnsteuern. Dazu kommen eine große Zahl anderer indirekter Steuern: Vom Benzinpreis gehen z. B. zwei Drittel als Steuern an den Staat. Und die Regierung hat immer neue Ideen, wie dem Volk mittels indirekter Steuern das Geld aus der Tasche gezogen werden soll: zuletzt die Zigarettensteuer.
Während der bürgerliche Staat der Arbeiterklasse und dem ganzen Volk im Nacken sitzt und sie auspreßt, um seine Ausgaben und Aufgaben im Dienst der herrschenden Kapitalistenklasse zu finanzieren, tut er alles, um die Steuerbelastung der Kapitalisten zu mildern: von der Senkung der Spitzensätze der Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuer ab Jänner 1973 bis zur faktischen Aussetzung der Investitionssteuer, die die Unternehmer im Vorjahr einfach nicht gezahlt haben.

'Lohnsteuerreformen' sollen den Unmut des Volkes abfangen

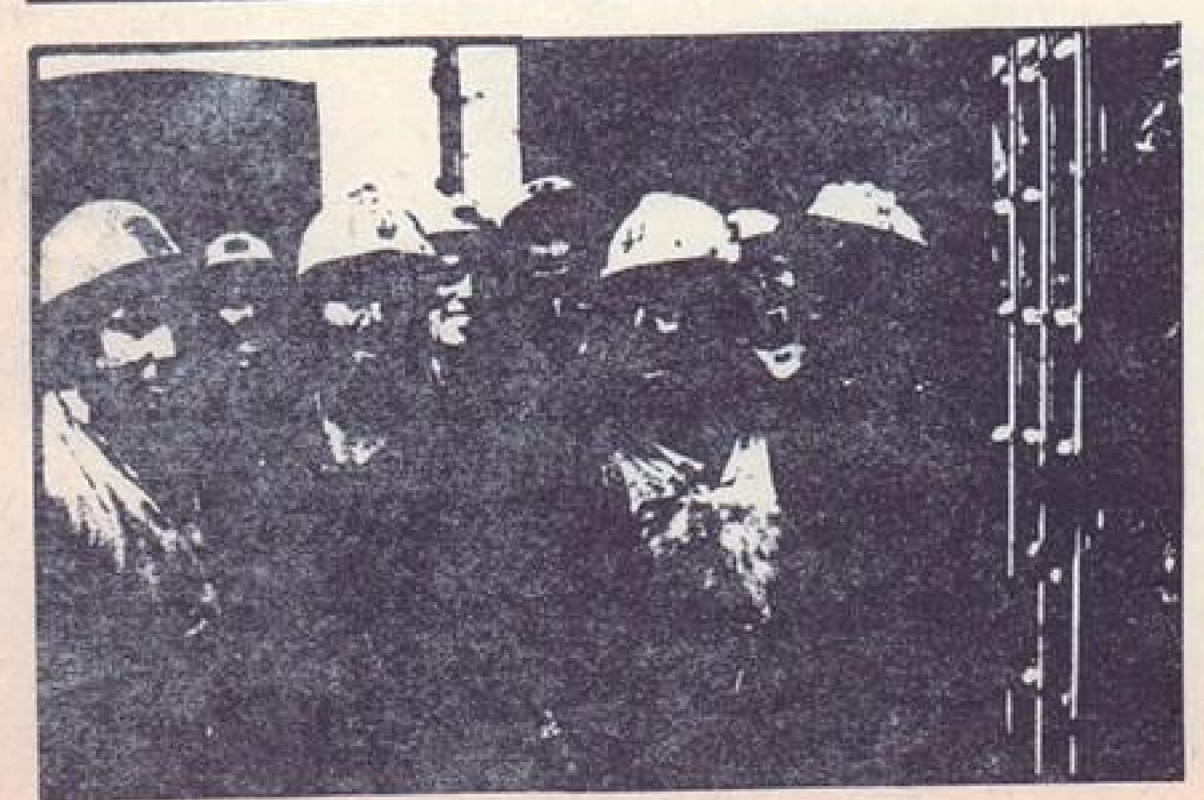
Die Empörung des Volkes über die unerträgliche Steuerauspressung ist auch den bürgerlichen Parteien nicht verborgen geblieben. Deshalb war in der letzten Zeit wieder verstärkt von einer "Lohnsteuerreform" die Rede.
Die Praxis dieser Reformen ist den österreichischen Arbeitern nichts Neues. Seit 1962 hat es drei von der Sorte gegeben. Die jedesmalige geringfügige Milderung des Lohn-

Fortsetzung Seite 2

Bergarbeiterstreik in England

DIE NEUWAHLEN SIND FÜR DIE BOURGEOISIE KEIN AUSWEG AUS DER KRISE - DIE ARBEITERKLASSE VERSTÄRKT IHREN KAMPF

Zur Ausschreibung von Neuwahlen griff jetzt Premierminister Heath, um die Bergarbeiter zu erpressen und von ihrem am 10. Februar geplanten Streik abzubringen. Dabei hatte er die Unterstützung der Labour Partei Wilsons und sogar die des Vorsitzenden der Bergarbeitergewerkschaft Gormley. Unter dem Druck der Bergarbeiter mußte aber der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft den totalen Streik doch ausrufen. Die 3-Tage-Woche und die Notstandsgesetze, die der Regierung das Recht geben, Polizei und Militär in den industriellen Auseinandersetzungen einzusetzen, bleiben weiterhin in Kraft.



Die Forderungen und die ursprünglichen Kampfmassnahmen der Bergarbeiter

Am ersten Februar war von den 270.000 Bergarbeitern in England, Wales und Schottland eine Urabstimmung durchgeführt worden, in der mehr als 80% der Kumpel der Gewerkschaftsführung den klaren Auftrag gegeben hatten, ab 10. Februar einen Vollstreik auszurufen, falls die staatliche Kohlenbehörde NCB und die Regierung - in Groß britannien ist die Kohlenindustrie verstaatlicht - ihre Forderungen bis dahin nicht voll und ganz erfüllen sollte.
Regierung und NCB haben 13%, bzw. unter Einschluß einer Produktivitätssteigerungsklausel 16,5% Lohnerhöhung angeboten. Dieses Angebot wird von den Bergarbeitern abgelehnt, weil es nicht einmal die enorme Steigerung der Lebenshaltungskosten ausgleichen würde und damit

Fortsetzung Seite 6

.. Steuerausplünderung

steuerraubs war kaum spürbar und hielt gerade bis zur nächsten Lohnerhöhung. Der Lohnsteuerdruck ist nicht geringer geworden, im Gegenteil hat er seit der Reform von 1971 noch nie dagewesene Ausmaße erreicht. Zugleich waren diese Lohnsteuerreformen für den bürgerlichen Staat jedesmal ein zusätzlicher Anreiz, um die Ausplünderung des Volkes mittels indirekter Steuern zu verstärken. Was von den Regierungen (ob Koalition, ÖVP oder SPÖ) als große Errungenschaft ausgegeben wurde, war noch immer ein glatter Volksbetrug.

Die bürgerlichen Parteien haben immer wieder versucht, die Empörung des Volks durch Lohnsteuerreformversprechen abzufangen und den Unmut auf ihre Mühlen zu lenken. Während die SPÖ ursprünglich eine neuerliche Lohnsteuerreform für die Zeit vor den nächsten Wahlen geplant hatte, ging die ÖVP schon im Vorjahr, angesichts der Landtagswahlen in Wien und Oberösterreich, mit der Forderung nach einer solchen Reform hausieren. Schleinzer hat damals auch seinen Hintergedanken ausgesprochen: Wenn man mit einer Lohnsteuerreform den Unmut der Arbeiter und kleinen Angestellten gedämpft hätte, hätten die Lohn- und Gehaltsrunden, mit ihren 12-15% ohnehin schon viel zu niedrig, noch niedriger ausfallen können.



Hintergedanken der bürgerlichen Politiker bei der neuen Lohnsteuerreform

Die Entwicklung der letzten Zeit hat Kapitalisten, ÖGB-Führung und alle bürgerlichen Parteien gezwungen, die Frage einer neuen Lohnsteuerreform sofort aufs Tapet zu bringen. Seit Mitte Jänner sind sie sich alle einig, ab Februar soll verhandelt werden, wobei die Verhandlungen laut Benya "immer sehr hart" seien und sich bis 1975 (!) hinziehen könnten. Das Versprechen einer neuen Lohnsteuerreform muß heute im Zusammenhang mit dem neuen, wenn auch nicht formell und schriftlich abgeschlossenen "Sozialpartnerpakt" gesehen werden, der im Kapitalistenorgan "Die Presse" so charakterisiert wurde: In einem "großen Abtausch von Versprechungen" geben die Unternehmer "Zusicherungen (!), sich äußerster Preisdisziplin zu befleißigen, wofür die Gewerkschaften sich zu bemühen haben werden, daß es in den Betrieben ruhig bleibt und die nur noch für die Bauarbeiter offene Lohnrunde nicht unversehens in eine Zwischenlohnrunde übergeht. Hannes Androsch aber wird mit einer Steuerreform mit von der Partie sein."(23. 1. 74). Kern des ganzen ist das Versprechen der Gewerkschaftsführung, die Kündigung der laufenden Kollektivverträge möglichst lange hinauszuschleppen und alles zu tun, um innerbetriebliche Lohnforderungen und Kämpfe zu verhindern. Das ist das Versprechen, der Inflation und der Lohnraubpolitik der Kapitalisten tatenlos zuzusehen. Aber die Empörung der Arbeiter über Inflation, Lohnsteuerraub und Reallohnabbau wird immer größer und mit der Empörung steigt die Kampfbereitschaft. In den Betrieben wird es angesichts der Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen sicher nicht "ruhig bleiben". Die Kapitalisten und die Klassenversöhnler versuchen mit allen Mitteln, die Arbeiter zu vertrösten und vom Kampf abzuhalten, sowie Illusionen über den bürgerlichen Staat und über den Nutzen der "Sozialpartnerschaft" zu erhalten und auszubauen. Den Arbeitern einfach und ungeschminkt einen Lohnstopp zu verordnen (wie mit dem "Benya-Sallinger-Pakt" vom November 1972) könnten Sallinger und Benya heute nicht mehr wagen, ohne ihn zumindest mit einigen belanglosen Zuckerln und Versprechungen zu garnieren. Das Versprechen einer neuen Lohnsteuerreform steht heute im Mittelpunkt. Zusammen mit der Vertröstung auf die neuen, eventuell sogar etwas vorgezogenen Kollektivverträge, dort oder da auch mit lächerlich geringen innerbetrieblichen Lohnerhöhungen soll dieses Manöver die Arbeiter und kleinen Angestellten ruhig halten und sie die Verschlechterung ihrer Lage kampflos hinnehmen lassen, bzw. ihre Empörung in falsche Bahnen lenken.

Die Orientierung auf die Lohnsteuerreform ist eine falsche Bahn

Die indirekten Steuern sind das hauptsächliche Mittel des Staates zur Ausplünderung des Volkes geworden. Jede "Steuerreform", die um die indirekten Steuern einen weiten Bogen macht, taugt von vornherein nichts gegen den wachsenden Steuerdruck. Politiker, die jetzt von Lohnsteuerreform palavern, aber die im heurigen Budget vorgesehene explosionsartige Steigerung der Mehrwertsteuer (um 50%) verschweigen, zeigen damit ihre eigentliche Absicht, nämlich die Arbeiter und das ganze Volk hinters Licht zu führen. Auch was die Lohnsteuer selbst betrifft, wird die geplante Reform keine Lösung der Probleme bringen. Wie ihre Vorläufer 1962, 1967 und 1971 wird sie höchstens eine zeitweilige und kaum spürbare Senkung der Lohnsteuer bringen. Wegen der kollektivvertraglichen Lohnerhöhungen des Vorjahres, die durch die Teuerung inzwischen ohnehin zu bloßen Erhöhungen auf dem Papier wurden, rechnete der Staat im Budget für 1974 mit einer Steigerung des Lohnsteueraufkommens um ca. 26%. Selbst wenn die angekündigte Lohnsteuerreform noch heuer realisiert würde, würde das nichts daran ändern, daß die Lohnsteuer, die aus den Arbeitern und Angestellten herausgepreßt wird, heuer weit höher liegen wird als im Vorjahr. Solange sich nichts daran ändert, daß jede noch so geringfügige Lohnerhöhung die Wirkungen der Steuerreform wieder zunichte macht, liegen diese Reformen nicht im Interesse der Arbeiterklasse und des Volkes, sondern im Interesse des bürgerlichen Staates bei seiner Absicht, das Volk zu betrügen und vom Kampf gegen den Steuerraub abzuhalten. Das alles wirft ein grelles Licht auf den Klassencharakter des bürgerlichen Staates und auf den Sinn und Zweck der bürgerlichen Reformversprechen.

Die Forderungen der Arbeiterklasse zur Steuer

Das alles zeigt aber den Arbeitern und kleinen Angestellten, daß der Kampf gegen die Ausplünderung durch den kapitalistischen Staat nicht unter der Forderung einer Lohnsteuerreform geführt werden kann.

An erster Stelle muß die Forderung nach Abschaffung aller indirekten Steuern stehen. Die indirekten Steuern scheinen jeden gleich zu treffen, aber treffen natürlich in Wirklichkeit diejenigen am meisten, die am wenigsten haben. Ihre scheinbare Gerechtigkeit ist also eine schreiende Ungerechtigkeit. Die Forderung nach Abschaffung aller indirekten Steuern gewinnt gerade heute eine besondere Bedeutung, man braucht nur an die neue "Gesundheitssteuer" auf Zigaretten zu denken oder daran, daß der Staat vom Liter Superbenzin an die zwei Drittel an Steuern kassiert. Gleichzeitig hat die Arbeiterklasse natürlich kein Interesse daran, daß indirekte Steuern durch solche direkten Steuern ersetzt werden, die wieder die Masse der Lohnabhängigen und des Volkes treffen. Die zweite Forderung ist daher: Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben - soweit diese durch Steuern gedeckt werden - ausschließlich durch die progressive Besteuerung

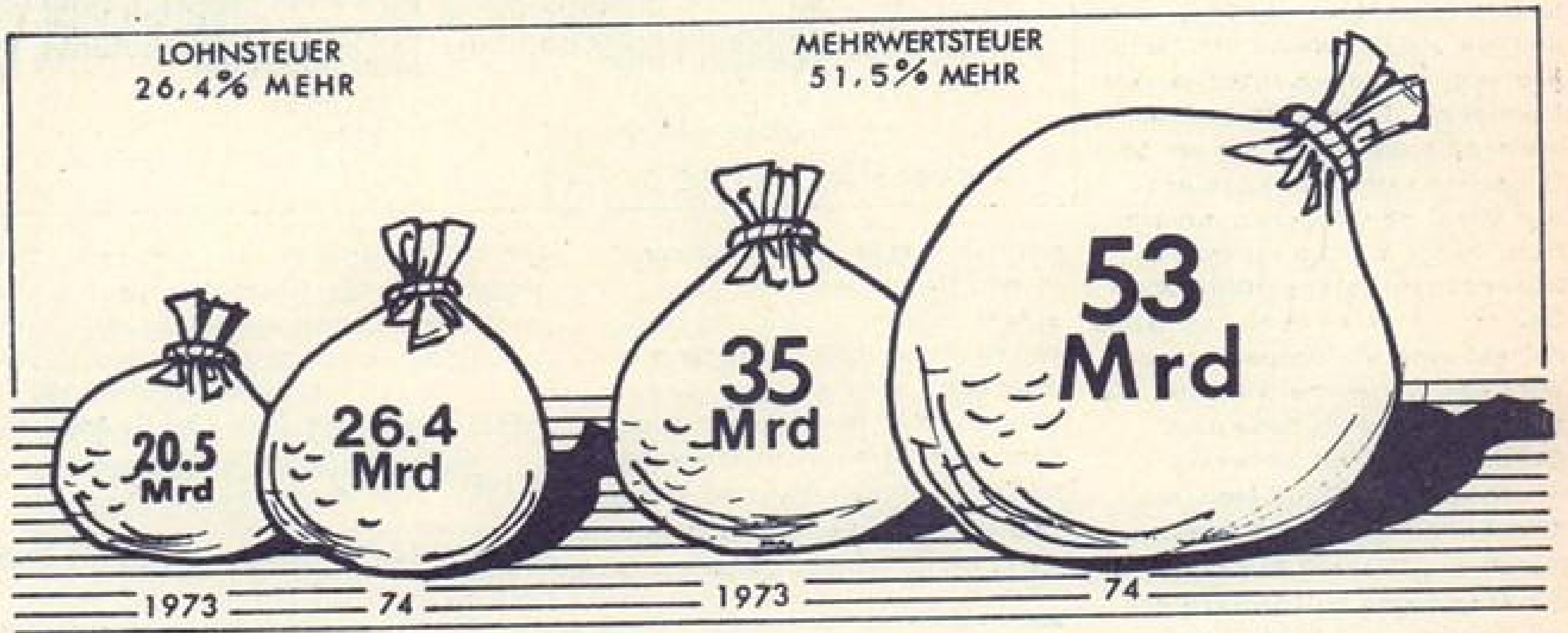
von Einkommen, Vermögen und Erbschaft. Die Arbeiterklasse hat hingegen alles Interesse daran, die immer stärkere Lohnsteuerlast abzuwehren. Sie kann das aber nicht im Kampf um eine Lohnsteuerreform, wie sie vom bürgerlichen Staat geplant ist und die keine Abhilfe schafft, sondern nur im Kampf um einen steuerfreien Mindestlohn, der zum Leben und zur Erhaltung einer Arbeiterfamilie unter den heute üblichen, den Kapitalisten abgerungenen Lebensverhältnissen ausreicht. Vom Lohn, der zu einem normalen Leben ohne besondere Einschränkungen notwendig ist, darf nichts weggesteuert werden.

Im Kampf um diese Forderungen kann die Arbeiterklasse dem Lohnsteuerraub und der Ausplünderung durch indirekte Steuern entgegentreten. Im Kampf um diese Forderungen kann die Arbeiterklasse ihre eigenen Interessen zum Ausdruck bringen und wird nicht immer wieder Spielball der Politik der bürgerlichen Parteien. Wenn die Arbeiterklasse sich hingegen für die geplante Lohnsteuerreform mobilisieren läßt, läßt sie sich in Wahrheit für einen großen Volksbetrug mobilisieren, der nur eines bezweckt: die Arbeiter und das Volk vom Kampf gegen den Steuerraub und auch vom Lohnkampf abzuhalten, sie wie 1971 mit einem Almosen zu beschwichtigen und zu betrügen und ihren Unmut auf die Mühlen zu lenken, sei es der SPÖ, die als Regierungspartei für die volksfeindliche Steuerpolitik der letzten Jahre verantwortlich zeichnet, sei es der ÖVP, die jetzt demagogisch gegen eine Steuerpolitik auftritt, wie sie sie selber jahrelang in der Regierung betrieben hat.

Der Kampf um diese Forderungen ist nur zu führen als Kampf gegen den bürgerlichen Staat. Der Staat ist der politische Ausschuß der herrschenden Klasse und führt ihre Geschäfte. Die immer stärkere Ausplünderung der Arbeiterklasse und des Volkes ist eine seiner Aufgaben. Nicht Hoffnungen und Illusionen in diesen Staat, sondern der Kampf gegen ihn ist die Voraussetzung des erfolgreichen Kampfes gegen die Steuerauspressung. Solange allerdings der bürgerliche Staat besteht und die Bourgeoisie über die politische Macht verfügt, kann die Arbeiterklasse ihre Interessen nur sehr beschränkt und zeitweilig zur Geltung bringen.

Vor allem kann kein wie immer geartetes Steuersystem etwas an der Ausbeutung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten im Betrieb ändern. Die Arbeiter produzieren alle gesellschaftlichen Werte, die Kapitalisten eignen sich aber den größten Teil davon an. Sie können das, weil sie über das Privateigentum an den Fabriken, Maschinen und anderen Produktionsmitteln verfügen und die Arbeiter gezwungen sind, ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen. Selbst wenn die Kapitalisten alle Steuern zahlen würden, würden sie es aus Werten tun, die die Arbeiter für sie produzieren. Die Ausbeutung verschwindet erst, wenn die Arbeiterklasse den bürgerlichen Staat stürzt und an den Aufbau des Sozialismus geht. Der Kampf geht heute darum, daß die Staatsausgaben aus dem Teil der produzierten Werte finanziert werden, die sich die Kapitalisten aneignen, und nicht aus dem Teil, der den Arbeitern als Lohn verbleibt, der Kampf geht gegen diese zusätzliche Ausplünderung der Arbeiterklasse, durch die ihr vom Lohn, den sie sich errungen hat, um sich am Leben zu erhalten, nachträglich noch einmal ein Teil abgenommen wird. In diesem Kampf wie im Kampf gegen alle anderen volksfeindlichen politischen Maßnahmen des Staates, sammelt die Arbeiterklasse die Kräfte, die sie braucht, um schließlich den bürgerlichen Staat zu stürzen, die politische Herrschaft der Kapitalisten abzuschütteln und selber die Macht zu ergreifen. Sie gewinnt Klarheit über ihr Ziel und den Weg dorthin, sie schließt sich zusammen und organisiert sich, sie sammelt das ganze Volk um sich und führt es in den Kampf gegen den kapitalistischen Staat.

Die Redaktion



Öl und Benzinpreiserhöhung: Staat und Ölkonzerne unter einer Decke!

Ende Jänner wurde der Antrag der Erdölkonzerne für die neuen Preise von Benzin und Heizöl bekannt. Die neuerliche unverschämte Preiserhöhung sieht folgende Preise vor:

Normalbenzin:
von S 4,90 auf S 6,32
Superbenzin:
von S 5,60 auf S 6,96
Ofenöl:
von S. 2,50 auf S 4,11

Diese ungeheuren Erhöhungen werden knapp zwei Monate nach der letzten Preiserhöhung im November gefordert, obwohl damals schon die Preise für Benzin und Heizöl zwischen 25 und 40% hinaufgesetzt worden sind.

Nach Bekanntwerden der Forderung der Ölkonzerne erhob sich eine Welle der Empörung in vielen Betrieben. Eine Reihe von Großbetrieben, vor allem in NÖ und in der Steiermark, forderten in Vollversammlungen die Regierung, den ÖGB und die Arbeiterkammer auf, diesen neuerlichen Angriff auf das Lebensniveau der Arbeiter und Angestellten nicht zuzulassen. Der Antrag auf Benzin und Ölpreiserhöhung bringt ganz einfach das Faß zum Überlaufen. Die Inflation, die schon während des ganzen Jahres 1973 riesige Ausmaße angenommen hatte, begann sich im November und Dezember zu überschlagen.

In beiden Monaten stiegen nach der offiziellen Statistik die Preise um je 1,4%, das wären in 12 Monaten 17% (!). Wichtige Grundnahrungsmittel wurden teurer: Bei Semmeln, Teigwaren, Reis bewilligten die staatlichen Stellen bedeutende Erhöhungen. Bei Reis war man dabei am unverschämtesten. Sein Preis stieg von S 8 auf S 22 das Kilo, also fast auf das Dreifache. Die erste Benzinpreiserhöhung wurde beschlossen. Und im Jänner ging es dann weiter: Strompreiserhöhung bei Tagstrom, Nachtstrom wird noch mehr verteuert. Ankündigung von neuen Getreide- und Milchpreisen. Und jetzt: der Antrag für höhere Benzin- und Ölpreise.

Aber nicht nur das geballte Auftreten der Preiserhöhungen erregte die Empörung der Werktätigen. Es ist auch völlig klar, daß diese Erhöhung einen ganzen Preisschub verursachen wird. Die Kapitalisten in den verschiedensten Branchen werden die gestiegenen Kosten von Benzin und Öl als Vorwand benützen, um ihre Preise in die Höhe zu treiben. Die Benzinpreiserhöhung wird daher eine ganze Kettenreaktion von weiteren Preishinaufsetzungen auslösen.

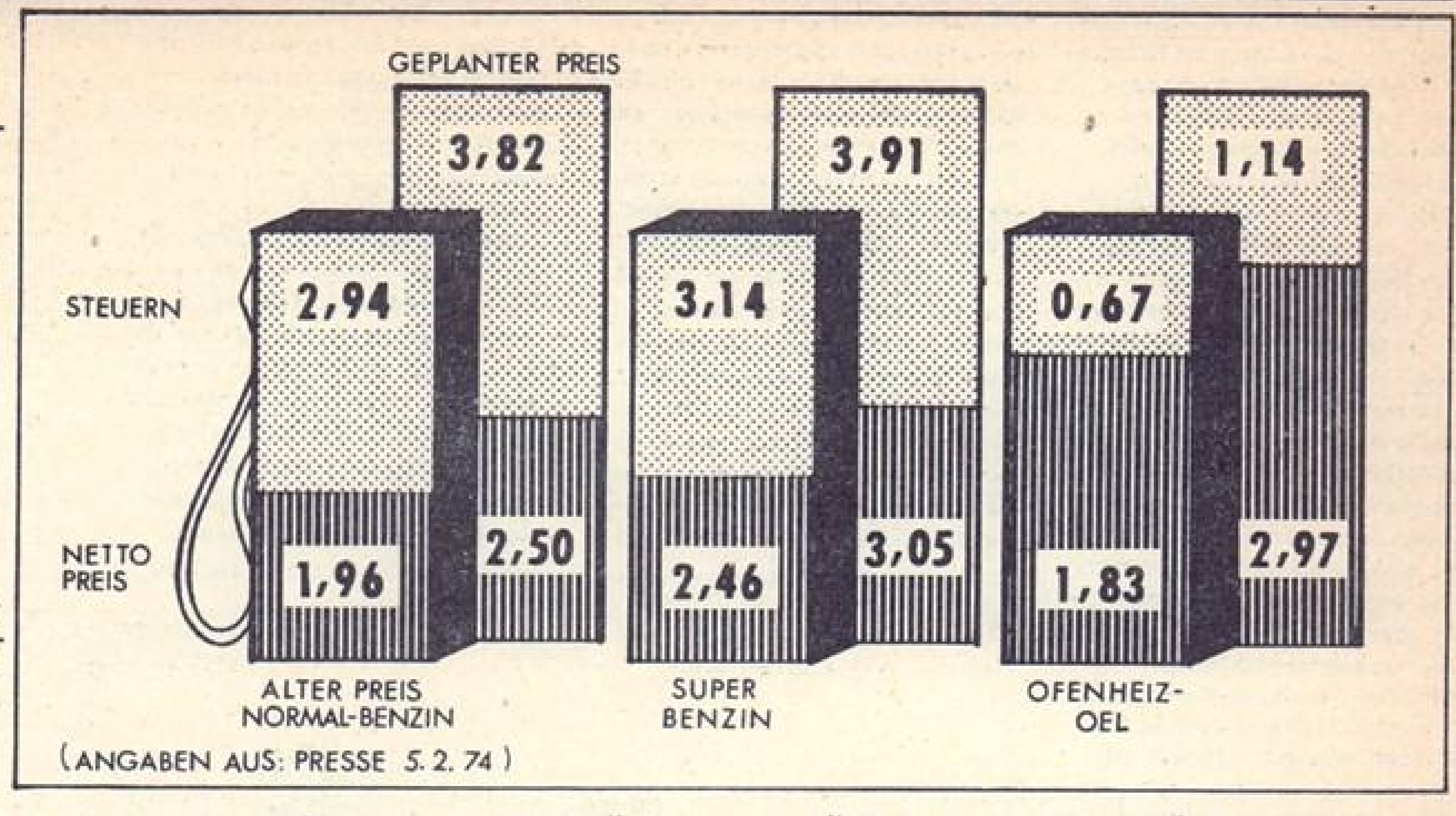
Auf diesen Umstand wird in vielen Betriebsresolutionen hingewiesen.

Staribacher spielt den "Starken Mann"

Die Regierung war durch die große Empörung in den Betrieben gezwungen, gegen die Preisanträge der Mineralölkonzerne aufzutreten. Staribacher erklärte, "daß man die Kalkulation der Mineralölfirmen sehr genau prüfen müsse". Nur zu bekannt war in den letzten Wochen geworden, welche horrenden Profite die Ölmonopole

durch Hortung, Spekulation und anschließende Preiserhöhung erzielen konnten. Die großen amerikanischen Konzerne hatten so im letzten Quartal 1973 ihre Profite zwischen 60 und 80 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert. Diese Situation versuchte die Regierung dazu auszunützen, um von ihrer eigenen schmutzigen Wäsche abzulenken, und sich als unschuldigen, aber tapferen Waisenknaben hinzustellen.
Die Wirklichkeit aber schaut anders aus: Für Benzin und Diesel macht die Erhöhung der diversen Steuern, die vom Staat einkassiert werden, mehr aus als die Erhöhung des Nettopreises, den die Konzerne einkassieren. Bekommen bei Normalbenzin die Konzerne um 55 Groschen mehr, so kassiert der Staat 86 Groschen zusätzlich. Nicht anders ist es bei Superbenzin (siehe Abbildung). Der neue Preis bei Heizöl würde fast eine Verdoppelung sowohl der Konzerneinnahmen als auch der Steuern bedeuten. Bei einer kleinen Wohnung würde er ca. 300 S Mehrausgaben pro Monat ausmachen.
Durch das "harte" Auftreten der Regierung soll verschleiert werden, daß beide, der Staat und die Ölmonopole, unter einer Decke stecken.

Ab 1.1.74 wurde die 16 % Mehrwertsteuer auch für Benzin voll wirksam. Außerdem kam noch eine Hinaufsetzung der Mineralölsteuer - die pro Liter berechnet wird - von S 2,68 auf S 2,95 pro Liter Benzin (Super und Normal) hinzu.
Das heißt, der Staat begnügte sich nicht, für jeden Schilling, den die Konzerne aus dem Volk herauspressen, noch zusätzlich 16 Groschen zu kassieren, er erhöhte auch noch die Mineralölsteuer, die im allgemeinen Taumel von Preistreiberei "zurückzubleiben" drohte.
Die Monopole und die Regierung spielen im selben Stück zwei verschiedene Rollen.
Die Regierung wehrt sich "tapfer", zögert die Erhöhung ein bißchen hinaus und erliegt dann den "gierigen" Monopolen! Zur Wahrung des Scheins sind beim endgültigen Beschluß dann einige Preise etwas niedriger als der Antrag. So werden die Ölkonzerne beim Heizöl wahrscheinlich etwas zurückstecken müssen, aber in ihrem Antrag von S 4,11 haben sie diese Abstriche schon eingeplant. Die Regierung aber kann stolz darauf hinweisen, daß das Heizöl statt um 230% nur um 200% in 5 Monaten im Preis gestiegen ist.
Diese Welle von Angriffen auf die Lebensbedingungen der Arbeiter und übrigen Werktätigen



(ANGABEN AUS: PRESSE 5.2.74)

hat den Unmut und die Unruhe in den Betrieben sehr verstärkt. Deshalb sind die Kapitalisten und ihre Regierung gezwungen, vorsichtiger vorzugehen. Aber die Arbeiterklasse kann vom Staat nicht erwarten, daß er zu ihren Gunsten eingreift, denn dieser Staat ist, ganz gleich ob er gerade von der SPÖ oder von der ÖVP regiert wird, der Staat der Kapitalisten. Gegen die Ausplünderung durch die Monopole und den Staat muß die Arbeiterklasse den Lohnkampf organisieren. An den Staat stellt sie zugleich die Forderung:

ABSCHAFFUNG DER MEHRWERT- UND MINERALÖLSTEUER!

ABSCHAFFUNG ALLER INDIREKTEN STEUERN!

Weg mit dem autolosen Tag!

Am 14. Jänner führte die Regierung Kreisky den "Autolosen Tag" ein. Von Beginn dieser Maßnahme an war völlig klar, daß alles andere, nur nicht wirkliche Ölsparmaßnahmen der Zweck dieser Verordnung war.

Sicher lieferten die großen Ölkonzerne im Moment des Höhepunkts der "Ölkrise" im November weniger Öl als in den vorangehenden Monaten nach Westösterreich. Sie ließen lieber das Öl in den Tankern vor der Küste Italiens und anderswo auf und ab fahren und warteten auf die nächste Preiserhöhung.
Aber der "Autolose Tag", ebenso wie die anderen sogenannten Sparmaßnahmen, hatte mit diesem Engpaß nicht das geringste zu tun. Daß dadurch auch nur in kleinerem Umfang wirklich Öl gespart werden könnte, trauten sich selbst die öffentlichen Stellen nur sehr leise zu behaupten.
Zusätzlich dazu war, wie jetzt auch Minister Staribacher zugeben mußte, Mitte Jänner, zum Zeitpunkt der Einführung des "Autolosen Tages", auch der durch Spekulation erzeugte "Engpaß" nicht mehr vorhanden. Die Preise waren ja schon erhöht worden.

Alle diese Krisen- und Sparmaßnahmen sollen die Arbeiter und die anderen Werktätigen daran gewöhnen, alle Maßnahmen, die die Regierung unternimmt, um die bevorstehende Rezession für die Kapitalisten "erträglicher" (d.h. einträglicher) zu gestalten, "ruhig und diszipliniert" hinzunehmen. Das Volk soll an Entbehrungen und Einschränkungen und an Staatseingriffe zu diesem Zweck gewöhnt werden. Die Regierung dachte sicher auch an eventuell später einmal notwendige Eingriffe zur Sicherstellung der längerfristigen Ölversorgung der österreichischen Kapitalisten. Oder wie das ihre Wirtschaftsfachleute ausdrückten: "Umschichtungen in der Ölversorgung zu Lasten des privaten Verbrauchs dürften längerfristig kaum zu umgehen sein". (Presse, 29.1.).
Das Märchen von der Notwendigkeit des "Ölsparens" durch den "Autolosen Tag" ließ sich nicht aufrechterhalten. Und bald nahm niemand mehr der Regierung ihr Gerede ab. Dafür wuchs der Unmut über solche Schikanen und Zwangsmaßnahmen. Die ÖVP versuchte, diesen Unmut auszunützen und auf ihre eigenen Mühlen zu lenken.
Die Regierung kam unter Druck. Staribacher sah sich am 28. Jänner gezwungen, die Aufhebung des "Autolosen Tages" schon für die nächste Woche zu versprechen. Aber das war nur ein kleiner "Umfaller".
Die Regierung ist entschlossen, die volksfeindlichen "Ölsparmaßnahmen" weiterhin fortzusetzen, die vielen Arbeitern und Angestellten am "Autolosen Tag" eine 1 bis 2 Stunden längere Wegzeit zum Arbeitsplatz und zurück kosten.
Kreisky erklärte einen Tag später unumwunden: "Man dürfe auch nicht übersehen, daß sich der autolose Tag günstig auf die Umwelt und erzieherisch auf die Autofahrer auswirkt." ("Presse", 30.1.)
Damit hat er den tatsächlichen Zweck der Maßnahmen enthüllt: Das Volk soll "erzogen" werden, in Ruhe Einschränkungen, Verschlechterungen und alle Angriffe auf sein Lebensniveau und seine Rechte hinzunehmen.

KAMPF ALLEN KRISENMASSNAHMEN AUF DEM RÜCKEN DES VOLKS!

WEG MIT DEM AUTOLOSEN TAG!

Arbeitsverfassungsgesetz

BETRIEBSRAT SOLL WERKZEUG DES UNTERNEHMERS SEIN

Am 1. Juli 1974 wird das von allen drei Parlamentsparteien einstimmig beschlossene Arbeitsverfassungsgesetz (ArbVG) in Kraft treten. Die Gewerkschaftsführung spricht von einem "echten sozialpolitischen Fortschritt" ("Solidarität" Nr. 1/74); die Kapitalisten waren an der Ausarbeitung des Gesetzes direkt beteiligt und begrüßen dessen Verabschiedung durch das Parlament, denn es "hält an den Grundsätzen unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung fest und garantiert auch weiterhin den freien selbstverantwortlichen Unternehmer" (Otto Mitterer am 18. 1. 1974)

Gewerkschaftsführung und Regierung sind derzeit heftig bemüht, den Arbeitern und Angestellten die angeblichen Fortschritte und Errungenschaften des neuen Gesetzes anzupreisen. Es gibt fast keine Publikation der Gewerkschaft mehr, in der es nicht heißt, daß "der Unternehmer, der in seinem Betrieb allmächtig war, durch ein demokratisches Modell ersetzt wurde" ("Solidarität" Nr. 2/74).

Was wird sich für die Arbeiter und Angestellten und deren Vertreter in den Betriebsräten nun tatsächlich verändern?
Wenn man das noch geltende Betriebsrätegesetz (BRG) mit dem neuen ArbVG vergleicht, fällt auf, daß sämtliche Bestimmungen, die schon bisher eine konsequente Vertretung der Belegschaft erschwert und verhindert haben, beibehalten wurden. Weiterhin "haben die Betriebsräte ihre Tätigkeit tunlichst ohne Störung der Betriebe zu vollziehen" (§ 39 ArbVG), ihre Tätigkeit soll die Erzielung von möglichst hohem Gewinn nicht gefährden. Nach wie vor hat "der Betriebsrat an der Aufrechterhaltung der Disziplin im Betrieb mitzuwirken" (§ 102 ArbVG) und "über Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse Verschwiegenheit zu bewahren" (§ 115 ArbVG).
Damit wurde eine der wichtigsten Bestimmungen zur Knebelung der Arbeiter beibehalten, da die Unternehmensleitung alles, was sie will, als Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis bezeichnen kann, auch wenn es sich z. B. um Pläne über Massenkündigungen oder Verschärfung des Arbeitstempos handelt. Ein Betriebsrat, der die Arbeiter darüber informiert, um gemeinsam mit der Belegschaft einen einheitlichen Kampf gegen derartige Maßnahmen vorzubereiten, kann vom Unternehmer jederzeit entlassen werden (§ 122 ArbVG)
Das ArbVG dient zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Betriebes. Die Leistungsfähigkeit und die Wirtschaftlichkeit des Betriebes mißt sich am erzielten Profit. Auch in Hinkunft ist der Betriebsrat berufen, insbesondere in Zusammenhang mit der Erstellung von Wirtschaftsplänen dem Unternehmer Anregungen und Vorschläge zu geben, damit die Leistungsfähigkeit des Betriebes gefördert wird (§ 108) Das ArbVG knüpft an den arbeiterfeindlichen Bestimmungen des BRG an und ordnet die Interessen der Arbeiter und Angestellten verstärkt der Jagd der Kapitalisten nach Profit unter.

Betriebsräte: Arbeitervertreter oder Werkzeug der Kapitalisten?

Das ArbVG schafft grundsätzlich keine Verbesserung für die Arbeiter und Angestellten und deren Organe in den Betrieben. Im Gegenteil, neben der Beibehaltung der arbeiterfeindlichen Bestimmungen, werden die Betriebsräte jetzt noch ausdrücklich verpflichtet, diese gegenüber den Belegschaften anzuwenden. Bisher durften die Betriebsräte durch ihre Tätigkeit den Betriebsfrieden nicht stören, jetzt wird es ihnen auch zur Aufgabe gemacht, den Betriebsfrieden in der gesamten Belegschaft durchzusetzen, damit die Auspressung der Arbeiter ungestört vor sich gehen kann. Die Bourgeoisie hat sich bessere gesetzliche Voraussetzungen geschaffen, um die Betriebsräte zu zwingen, gegen die selbständigen Kämpfe der um ihre Interessen kämpfenden Arbeiter vorzugehen. Deswegen weisen schon heute die Kapitalisten auf die im ArbVG formulierten "Grundsätze der Interessenvertretung" hin: dort steht an der Spitze des § 39 als erster Satz: "Ziel der Bestimmungen über die Betriebsverfassung und deren Anwendung ist die Herbeiführung eines Interessenausgleichs zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebes."
Die Kapitalisten reden immer dann vom Ausgleich der Interessen und vom gemeinsamen Wohl, wenn berechtigte Lohnforderungen abgelehnt, Preiserhöhungen durchgeführt und die Arbeitshetze gesteigert wird. Gerade jetzt, da der Kapitalismus einer Krise entgegengeht, und die Folgen dieser Krise voll auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt werden sollen, propagieren die Kapitalisten verstärkt die Idee der "gemeinsamen" Interessen. Und die Betriebsräte sollen jetzt durch das ArbVG gezwungen werden, diese Politik in die Belegschaften hineinzutragen und die Interessen der Kapitalisten gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten durchzusetzen.

Gesagt: Mitbestimmung und gemeint: Unterordnung unter die Interessen der Kapitalisten

Gemeinsamkeiten zwischen Arbeitern und Kapitalisten hat es nie gegeben und kann es auch niemals geben. Das ArbVG meint das auch, indem es festlegt, daß die Betriebsräte "nicht befugt sind, in die Führung und den Gang des Betriebes durch selbständige Anordnungen einzugreifen" (§ 39). Die Gewerkschaftsführung versucht darüber hinwegzutäuschen und preist eine angebliche Ausweitung der Mitbestimmung an.

Wie sieht es mit der Mitbestimmung für die Arbeiterklasse tatsächlich aus?
Nehmen wir z. B. die Bestimmungen über die Kündigungen, welche in der Gewerkschaftsillustrierten "Solidarität" an erste Stelle gesetzt wurden.
Im BRG ist es so, daß der Betriebsrat vor jeder Kündigung verständigt werden muß, wozu er innerhalb von drei Tagen eine Stellungnahme abgeben kann. Gibt er keine Stellungnahme ab, dann gilt dies als Zustimmung. Wenn der Betriebsrat der Kündigung widerspricht und der Unternehmer trotzdem kündigt, so kann der Betriebsrat das beim Einigungsamt anfechten. Die Anfechtung hat aber dann keinen Erfolg, wenn die Kündigung keine "soziale Härte" bedeutet oder in den "Betriebsverhältnissen" begründet ist (§ 25 BRG). Im Kapitalismus ist aber alles, was den Profit erhöht, in den "Betriebsverhältnissen" begründet und dementsprechend haben die Einigungsämter und Gerichte auch immer entschieden: "mangelnde Aufträge, Rückgang des Absatzes, Wettbewerbsrücksichten, geringe Ertragslage" (Einigungsamt St. Pölten), "Rationalisierungen, Mangel an Rohstoff- und Materialbelieferung, Kreditschwierigkeiten und Ausfall von Maschinen, Gas oder Strom" (Verwaltungsgerichtshof) rechtfertigen die Kündigungen immer. "Die Kündigung ist dann in den Betriebsverhältnissen gerechtfertigt, wenn im gesamten Betrieb gerade für den betroffenen Dienstnehmer kein Bedarf mehr gegeben ist." (Kommentar zum BRG, Floretta-Strasser, Seite 487). Wenn der Unternehmer z. B. aus Konkurrenzgründen billigere Arbeitskräfte beschäftigen will, kann ein Arbeiter bzw. der Betriebsrat die Kündigung nur dann anfechten, wenn der Arbeiter mit einer Lohnkürzung einverstanden ist (ebenda, Seite 490). Auch ein Arbeitsunfall, "eine im Betrieb erlittene Erkrankung" oder "die beschränkte Leistungsfähigkeit infolge des Alterns" kann eine Kündigung rechtfertigen (Einigungsamt Linz, Einigungsamt Graz, Einigungsamt Wien).

Was ändert sich in der Frage der Kündigung im neuen Gesetz?
Der Betriebsrat hat jetzt nicht mehr 3, sondern 5 Tage Zeit für eine Stellungnahme und muß diese auch ausdrücklich abgeben. Sonst bleibt alles im Grunde genommen gleich. Der § 105 ArbVG sagt, daß eine Kündigung dann gerechtfertigt ist, wenn "der Betriebsinhaber den Nachweis erbringt, daß die Kündigung a) durch Umstände, die in der Person des Arbeitnehmers gelegen sind und die betrieblichen Interessen nachteilig berühren oder b) durch betriebliche Erfordernisse, die einer Weiterbeschäftigung entgegenstehen, begründet ist." D. h. nach wie vor entscheiden die Kapitalisten, wann sie Arbeiter oder Angestellte kündigen. Das einzige, was im Kapitalismus zählt, ist der Profit, den die Arbeiter den Unternehmern bringen. Und daran wird die Kapitalisten auch in Hinkunft kein Gesetz, kein Gericht oder Einigungsamt hindern. Solange der Staat in den Händen der Kapitalisten ist, werden seine Gesetze und Institutionen nur das berücksichtigen, was den Kapitalisten nützt. Auch Mitbestimmung kann es im Kapitalismus nicht geben, auch wenn die Gewerkschaftsführung ständig davon spricht.
Im ArbVG sind eine Reihe von Bestimmungen enthalten, die ein einheitliches und selbständiges Auftreten der Belegschaften erschweren werden (z. B. die Möglichkeit, Betriebsversammlungen in Teilversammlungen aufsplittern zu können; Konflikte im Betrieb an Schlichtungsstellen zu übertragen, in der ein Berufsrichter den Vorsitz führt; usw.). Diese arbeiterfeindlichen Be-

Fortsetzung Seite 15

... Bergarbeiterstreik

den seit dem letzten Streik vor 2 Jahren erfolgten Reallohnabbau akzeptieren würden. Die allgemeine Preissteigerung war in den letzten 2 Jahren in Großbritannien noch stärker als bei uns und betrug im Durchschnitt (einschließlich kaum gestiegener Luxusgüter) 9% pro Jahr. Lebensnotwendige Ware, wie Essen mit 14,5% und Wohnen mit 12% waren an der Spitze. Der Brotpreis stieg in 1 1/2 Jahren um 70%. Die von den Bergarbeitern geforderten 25% (von denen 1/3 weggesteuert wird) können also bestenfalls das weitere Senken des Lebensstandards verhindern.
Die staatliche Kohlenbehörde ist auch nicht bereit, die Zeit, die für Umziehen, Waschen und Einfahren in die Schachtanlagen gebraucht wird, als volle Arbeitszeit zu bezahlen. Um ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen, haben die Bergarbeiter im November beschlossen, Überstunden und Sonntagsarbeit abzulehnen.
Unter dem Vorwand von Ölknappheit und Energiekrise wurde von der Regierung zuerst der nationale Notstand und seit dem 31. Dezember die 3-Tage-Woche eingeführt. Diese Maßnahmen der Regierung bedeuten Arbeitslosigkeit für mehr als 2 Millionen und Kurzarbeit für viele weitere Millionen Arbeiter und Angestellte. Die 3-Tage-Woche soll der Regierung angeblich dazu dienen, den Energieverbrauch zu steuern, da die augenblicklichen Vorräte an Öl und Kohle nach Angaben der Regierung eine Einschränkung des Verbrauchs um 40% erforderlich machen. Die "Energiekrise" ist aber nur ein Vorwand für die Regierung: In Wirklichkeit geht es ihr darum, die Bergarbeiter als Schuldige für die 3-Tage-Woche hinzustellen, ihren Kampf in der Bevölkerung in Verruf zu bringen und so die Solidarität und Sympathie, die in der Arbeiterklasse und einem Großteil des Volkes für die Gerechten Forderungen der Bergarbeiter vorhanden sind, zu untergraben. So soll es dann möglich sein, den Kampf der Bergarbeiter zu brechen und sie mit Almosen abzuspeisen. Die bürgerliche Zeitung "Daily Telegraph" hat das sehr genau ausgedrückt, als sie am Tag nach der Ankündigung der 3-Tage-Woche durch Regierungschef Heath schrieb:"Der Effekt der gestrigen Maßnahmen ist, die Bergarbeiter politisch in der bis zum Letzten strapazierten öffentlichen Meinung zu isolieren." (14.12.1973)

Die Krise des britischen Imperialismus soll auf dem Rücken der Arbeiterklasse ausgetragen werden

Warum greift die Regierung zu so drastischen Maßnahmen, die ja anscheinend der Wirtschaft schweren Schaden zufügen? Obwohl die Profite der großen Konzerne in den letzten Jahren fast märchenhaft gestiegen sind (1972 um 21% und 1973 um 42%), genügt das den britischen Kapitalisten noch nicht, um auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig zu bleiben. In anderen Ländern hatte nämlich die Bourgeoisie nach dem 2. Weltkrieg jeweils im eigenen Land stark investiert (weil dort am leichtesten Profit zu machen war) und hat sich auf diese Weise gleichzeitig eine Basis für den internationalen Konkurrenzkampf geschaffen. Für das britische Finanzkapital war es viel profitabler, die Verbindungen mit dem Commonwealth, den ehemaligen britischen Kolonien, auszunutzen. Die Folge war chronische Unterinvestition für die heimische Industrie, geringe Expansion und Rückständigkeit im internationalen Rahmen.

Aus diesem Grund wirkt sich die weltweite Krise, die jetzt auch in Österreich mit Reallohnabbau, Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben, Entlassungen und Kurzarbeit in einzelnen Industriezweigen immer deutlicher spürbar wird, in Großbritannien schon seit Ende der 60er Jahre in weitaus stärkerem Maß aus, als bei uns. Die Position der britischen Kapitalisten auf dem Weltmarkt hat sich in den letzten Monaten 1973 noch weiter verschlechtert: das Defizit im Außenhandel ist sprunghaft auf über 3 Milliarden Pfund (135 Milliarden Schilling) angestiegen. Und im Inland macht die Konkurrenz mit den deutschen und französischen Konzernen seit dem EWG-Beitritt Großbritanniens ihnen mehr und mehr zu schaffen. Deshalb versuchen sie aus den heimischen Arbeitern das Letzte herauszuholen durch Verlängerung der Arbeitszeit und Niederhalten der Löhne bei ständig steigenden Preisen.

Es ist ein Frontalangriff auf die britische Arbeiterklasse, den die Kapitalisten und ihr Staat derzeit durchführen.
Gegen Lohnerhöhungen gehen sie mit einem "Anti-Inflationsgesetz" vor. Diese Einkommenspolitik sieht gegenwärtig vor, keine Lohnsteigerung zuzulassen, die mehr beträgt als 1 Pfund plus 4 % auf den Wochenlohn (was für die meisten Löhne höchstens 7 % sind). Lohnabschlüsse innerhalb dieses Rahmens bedeuten also bei Preissteigerungsraten von 13 % für lebensnotwendige Waren nicht nur für die Bergarbeiter, sondern für alle Werktätigen eine Sanktionierung des Reallohnverlusts.
Aber die Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiterklasse beschränken sich nicht nur auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Vor 2 Jahren wurde das Gesetz über die industriellen Beziehungen (Industrial RelationsAct) verabschiedet, ein Gesetz, das das Streikrecht und die gewerkschaftliche Tätigkeit einschränkt und unter hohe Strafen stellt.

Obwohl sogar die Gewerkschaftsführung unter dem Druck der Arbeiterschaft dieses Gesetz nie anerkannt hat und scharfe Kämpfe dagegen geführt wurden, versucht die Regierung dieses Gesetz immer stärker anzuwenden, um die Kampfkraft der Arbeiterklasse zu schwächen. So wurde z.B. unlängst eine Teilgewerkschaft zur Zahlung von 75.000 Pfund (etwa 3,4 Millionen Schilling) verurteilt, weil sie sich weigerte, einen Kampf zur Anerkennung der Gewerkschaft in einem Kleinbetrieb vom Arbeitsgericht "schlichten" zu lassen. Die Verurteilung von 3 Arbeitern zu mehrjährigen Kerkerstrafen wegen ihrer Tätigkeit als Streikposten bei einem erfolgreichen Streik in der Bauindustrie zeigt, daß auch die Gerichte voll im Dienst der Kapitalisten stehen.

In seinem Angriff auf die Arbeiterklasse setzt der britische Staat alle seine Machtmittel ein. Maßnahmen wie z.B. die tägliche zeitweise Abschaltung des Stroms für Privathaushalte, die Vorverlegung des Fernsehsendeschlusses von Mitternacht auf 1/2 11, die nur stundenweise und unregelmäßige Öffnung der Tankstellen, was für breite Teile der Bevölkerung praktisch eine Benzinrationierung bedeutet, die Verknappung der Lebensmittel usw. waren erste Schritte, um die Bevölkerung an eine "Notstandssituation" zu gewöhnen. Jetzt geht die Regierung schon weiter: per Gesetz soll die Polizei ermächtigt werden, die Haushalte zu kontrollieren, z.B. danach, ob die Familien auch tatsächlich nur einen Raum beheizen (was eine weitere "Sparmaßnahme" der Regierung ist). Das Verteidigungsministerium und das Innenministerium haben gleichzeitig Schritte unternommen, die den sofortigen Einsatz der Armee erlauben, wenn es zu Unruhen unter der Bevölkerung kommen sollte. Die Besetzung des Londoner Flughafens Heathrow durch Militär und Polizei vor ein paar Wochen war eine erste großangelegte Übung für diesen Fall. So sollen Zivilisten daran gewöhnt werden, von Soldaten mit schußbereiter MP durchsucht zu werden. Außerdem bildet die Armee, in Großbritanien eine Berufsarmee, Soldaten aus, die bei Streiks die Produktion weiterführen und so die Streiks brechen sollen.

Die Massnahmen der Regierung gegen die Bergarbeiter und Lokomotivführer

Die Bergarbeiter und die Lokomotivführer (die "Dienst nach Vorschrift" machen und zusätzlich gebietsweise eintägige Streiks zur Durchsetzung ihrer Forderungen durchführen) stehen heute an der Spitze des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Einkommenspolitik der Regierung. Die Kapitalisten versuchen deshalb mit allen Mitteln, sie zu schlagen. Sie wissen: Wenn ihnen das nicht gelingt, dann wird es ihnen auch nicht möglich sein, die anderen Teile der Arbeiterklasse vom Kampf um ihre gerechten Forderungen abzuhalten. Deshalb ist der Kampf der Bergarbeiter nicht bloß deren eigene Angelegenheit, sondern geht alle Arbeiter an.
Schon vor 2 Jahren gab es einen großen Streik der Bergarbeiter, bei dem die Regierung nach 6 Wochen nachgeben und Lohnerhöhungen zugestehen musste. Umso mehr geht es der Regierung daher darum, wenigstens jetzt ihre "Anti-Inflationspolitik" durchzusetzen und jeden Widerstand der Arbeiter zu brechen. Obwohl die Kohlenvorräte jetzt bei weitem größer sind als beim letzten Streik vor 2 Jahren hat deshalb die Regierung zu dem drastischen Mittel der 3-Tage-Woche gegriffen, nur damit die Einheit der Arbeiterklasse zu spalten. Durch die Drohung mit Arbeitslosikeit und Kurzarbeit sollen außerdem die Arbeiter gefügig gemacht werden und auf Lohnforderungen und Kampfmaßnahmen verzichten. Im "Interesse der Nation" sollen die Arbeiter noch schneller arbeiten. So ist tatsächlich trotz der Einschränkung der Arbeitszeit auf 3 Tage in der Woche die Produktion nicht um 40 %, sondern in vielen Betrieben nur um 10 bis 15 % zurückgegangen.
Aber der Kampf der Bergarbeiter konnte auf diese Weise nicht gebrochen werden. Die Maßnahmen der Regierung haben die

Sympathie grosser Teile des Volkes für die Bergarbeiter nicht zunichte machen können. Im Gegenteil, dadurch ebenso wie durch die Besetzung des Londoner Flughafens mit Panzern wurde noch viel mehr Menschen die harte Realität des Klassenkampfes zu Bewußtsein gebracht. Zahl und Ausmaß von Solidaritätsstreiks und anderen Solidaritätsaktionen steigen. Um einen Ausweg aus dieser Situation zu finden, versucht die Regierung, eine Taktik von Zuckerbrot und Peitsche durchzuführen. Die Peitsche - das ist die Drohung der Regierung, nach Beginn des Vollstreiks der Bergarbeiter zu einer 2-Tage-Woche überzugehen und gegen Streikposten mit Polizeigewalt vorzugehen. Als Zuckerbrot dagegen wird davon gesprochen, die Bergarbeiter als "besonderen Fall" zu behandlen, für die eine Lohnerhöhung außerhalb der festgesetzten Grenzen gefunden werden könnte - unter der Voraussetzung, daß die Gewerkschaft garantiert (!), daß die Arbeiter anderer Branchen sich nicht die Bergarbeiter bei ihren Lohnforderungen als Vorbild nehmen werden. Auf jeden Fall soll die Einheit der Arbeiterklasse gespalten werden.

Die Flucht in die Wahlen ist kein Ausweg für die Bourgeoisie

Weil es der Regierung Heath trotz aller Drohungen und harten Maßnahmen nicht gelang, die Bergarbeiter von ihrem Streik abzubringen, sah Heath keinen anderen Ausweg mehr, als Neuwahlen auszuschreiben. Er hoffte, so die Arbeiter beim "nationalen Interesse" zu packen und den Streik zu verhindern. Man könne ja Wahlen nicht in einer Notstandssituation, ohne Kohle, ohne Elektrizität und womöglich sogar noch ohne Züge durchführen. Aber obwohl die Labour-Partei und einige Gewerkschaftsbosse für eine Absage des Streiks eintraten, beharrten die Arbeiter auf ihren Forderungen und dem Streik. Es geht ja bei dieser Wahl doch nur darum, gestützt auf ein "neues Mandat" der Wähler, die Forderungen der Bergarbeiter und anderer Teile der Arbeiterklasse leichter niederschlagen zu können. Die Konservativen unter Heath sagen das ganz offen, sie fragen: "Wer soll Großbritannien regieren? Parlament und Regierung oder die Gewerkschaften?" und meinen dabei, daß sie ihre arbeiterfeindliche Politik ungestört von Streiks und anderen Kampfmaßnahmen der Arbeiter durchführen wollen. Die bürgerliche Regierung hat erkannt, daß es um viel mehr geht als um einen einzelnen wirtschaftlichen Konflikt. Es geht um eine Kraftprobe, deren Ausgang von grosser politischer Bedeutung für die Entwicklung des Klassenkampfes ist.

Die Labour-Partei mit Wilson an der Spitze dagegen fragt: "Wie soll Großbritannien regiert werden?" Sie versucht den Arbeitern vorzutäuschen,

Beim letzten großen Streik 1972: Polizeieinsatz gegen die Bergarbeiter



daß sie ihre Interessen vertreten würde. Aber die Labour-Partei vertritt keine anderen Klasseninteressen als die Konservativen. Sie vertritt nur einen anderen Weg, die Interessen der Bourgeoisie durchzusetzen. Sie setzt - im Vertrauen auf ihren nach wie vor großen Einfluß unter den Arbeitern - auf einen weniger"harten"Kurs wie die Regierung Heath und mehr auf die Festigung bzw. Erhaltung der Politik und Ideologie der "Sozialpartnerschaft". Aber das Abwälzen der Krise des britischen Imperialismus auf die Arbeiterklasse, die Steigerung der Ausbeutung hat ja die Arbeiter gerade gezwungen, den Kampf aufzunehmen und die "Sozialpartnerschaft" zu durchbrechen. Deshalb bereitete die Labour-Regierung vor einigen Jahren selbst das Anti-Streik-Gesetz (Industrial-Relations-Act) vor, weil die Arbeiter die Steigerung der Ausbeutung und die arbeiterfeindliche Politik des Staates auch unter einem Premierminister Wilson nicht mehr kampflos hinzunehmen bereit waren.

So oder so wachsen die Schwierigkeiten der englichen Bourgeoisie und nehmen die Kämpfe der Arbeiter zu, so oder so spitzen sich die Widersprüche zu und wird die englische kapitalistische Gesellschaft immer unregierbarer. Bis jetzt hat weder Zuckerbrot noch Peitsche, weder "Sozialpartnerschaft" noch Gewalt, Terrorurteile und Polizeieinsätze gegen Streikende die Arbeiter vom Kampf um ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen abhalten können.

Auch die neue Regierung, sei es eine Konservative, Labour, Liberale oder eine Koalitionsregierung, wird die Krise, in der sich Großbritannien gerade befindet, nicht lösen können. Denn diese Krise hat ihren Ausgangspunkt in einer wirtschaftlichen Krise, wie sie im Imperialismus unvermeidbar ist und immer wieder kommt. Und es ist diese Krise des Imperialismus, die die Regeirungskrise hervorgerufen hat - nicht umgekehrt.

Die Neuwahlen sind eine Flucht nach vorn. Aber mit gutem Grund hatten Teile der Bourgeoisie ein mulmiges Gefühl dabei, nicht umsonst hat auch Heath die Neuwahlen möglichst lange hinausgezögert. Die bürgerliche Zeitung "Daily Telegraph" schrieb, Wahlen würden "unserem politischen Leben eine solche Bitterkeit einflößen", wie sie nur von "subversiven Elementen" gewünscht werden könne. Und weiter: "Was würde es Heath und seiner Partei nützen, wenn - ihre Mehrheit vergrössert, die Labour-Partei in Trümmern und Wilson ein politisches Gespenst - militante Gewerkschaften das Land immer noch ins Nachgeben knüppeln können. ... Die konservative Partei würde dann wünschen, daß ihr ein solcher Sieg erspart geblieben wäre, und Heath könnte schon bald dem Wilson ins Reich der Schatten nachfolgen."

Eine Niederlage der Labour-Partei und die Vertiefung der Krise der konservativen Regierung, die Abwendung der Arbeiter vom ganzen parlamentarischen Schwindel überhaupt und ihre Orientierung einzig und allein auf ihre eigenen Interessen und ihre eigene Kraft - das ist es, was die Bürgerlichen aller Schattierungen fürchten.

Der Beschluß der Bergarbeiter, auf dem Streik zu beharren, war ein Meilenstein in dieser Richtung. Aber die Bergarbeiter sind nicht allein. Große Teile der britischen Arbeiterklasse beginnen zu erkennen, daß unter der Führung der Gewerkschaftsbosse vom TUC und der Labour-Partei keine Siege über die Kapitalisten errungen werden können. Nicht einmal im Kampf um die unmittelbaren Interessen, nämlich um höhere Löhne, geschweige denn im Kampf um eine neue Gesellschaftsordnung, den Sozialismus. Die Arbeiter wissen noch genau, wie Wilson Ende der 60er Jahre als Premierminister selbst diese Politik zur Sanierung der Profite der Kapitalisten gemacht hat. Große Teile der Arbeiterklasse entfalten den selbständigen Kampf zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen und ihrer gesellschaftlichen und politischen Rechte, ohne sich auf die Labour-Partei und die Gewerkschaftsbonzen zu verlassen.

Obwohl es den Gewerkschaftsbossen noch in etlichen Branchen gelingt, harte Kampfmaßnahmen abzublocken und die Arbeiter zur Annahme der "inflationshindernden" 7 % zu bewegen, gibt es mehr und mehr Branchen, wo die Arbeiter sich nicht mehr billig abspeisen lassen. Die Bergarbeitergewerkschaft muß jetzt unter dem Druck der Kumpel den Streik leiten. Gleichzeitig führen die Lokomotivführer einen Kampf um höhere Löhne. Die Feuerwehrleute in Glasgow streikten. Die Fahrer der Ambulanzwagen machen nur für echte Notfälle Dienst. Die Lastwagenfahrer vieler Gebiete haben sich solidarisch mit den Bergarbeitern erklärt. Auch die Eisenbahner, Hafenarbeiter, Maschinenbauer und Elektriker haben sich für die Unterstützung der Bergarbeiter ausgesprochen.

Sie alle versichern, sie würden sich nicht gegen die Streikposten aufhetzen lassen, die die Bergarbeiter vor den Kohlenlagern und den Kraftwerken aufstellen, um die Brennstofftransporte zu verhindern und den Streik effektiver zu machen. Und die Metallarbeiter und Autoarbeiter werden voraussichtlich regionale Streiks zur Unterstützung der Bergarbeiter durchführen.

G. S.



BETRIEBSKORRESPONDENZ

ERSTE ALLGEMEINE VERSICHERUNG:

Gegen die Verschlechterung Lineare Forderung und innerbetriebliche Teuerungsabgeltung

Die Angestellten in der Ersten Allgemeinen Versicherung haben die Angriffe der Unternehmer durch die rapid steigenden Preise erkannt, da sie sich für ihr Gehalt immer weniger leisten können. Sie gehören außerdem zu den am schlechtesten bezahlten Teilen der Versicherungsangestellten in Wien. Der Unmut wurde besonders durch die ungeheuren Verteuerungen in den letzten Wochen immer größer.

Die Angestellten haben nun bei der Betriebsversammlung am 31.1.1974, bei der ca. 500 Kolleginnen und Kollegen anwesend waren - ca. 300 blieben sogar fast 3 Stunden bei der Versammlung - die Initiative ergriffen.

Zuerst gab es ein Referat des Sekretärs der Privatangestellten-gewerkschaft, Sektion Versicherung. In diesem Referat betonte der Sekretär, daß die vorjährige Gehaltsrunde mit einem Abschluß von 14,5 % den gewünschten Erfolg gebracht habe. Damit setzte er sich einfach über eine Protestresolution der Belegschaft der Ersten Allgemeinen anläßlich der letzten Gehaltsverhandlungen hinweg, in der klar die Unzufriedenheit mit diesem Abschluß und damit der Lohnpolitik der Gewerkschaftsführung betont wurde. Kein Wort hat er darüber verloren, wie sich die Gewerkschaftsführung diesmal verhalten werde. Er wußte nur zu berichten, daß er in einem privaten Gespräch mit dem Präsidenten des Versicherungsverbandes Hajek den Beginn der Verhandlungen mit 1.4.1974 vereinbart habe, um bis zum 1.7.1974 fertig zu sein. Über die Höhe der Forderungen könnte er auch noch nichts sagen, da man noch die Berichte über die wirtschaftliche Lage der Versicherungskonzerne abwarten müsse. Die wirtschaftliche Lage der Versicherungsangestellten angesichts der Teuerung spielte in seinen Ausführungen keine Rolle.

In einer Wortmeldung kritisierte ein Kollege die Praktiken der Verhandlungsführer der Gewerkschaft und deponierte nachdrücklich die Forderungen der Kollegenschaft, die vorher von einem Großteil der Belegschaft und vom Betriebsrat diskutiert worden waren:

- o lineare Gehaltserhöhung von mindestens 1.300,--, für alle gleich
- o maximale Laufzeit des Kollektivvertrags: 12 Monate
- o keine Geheimverhandlungen
- o Wahl des Verhandlungskomitees durch die Belegschaften der größten Versicherungsunternehmungen
- o laufende Betriebsrätekonferenzen, wo die Betriebsräte, die die Forderungen "ihrer" Angestellten vertreten, andere fortschrittliche Betriebsräte für diese Forderungen gewinnen können.

Weiters wurde betont, daß der Ausgangspunkt für die bevorstehende Gehaltsrunde nur die Interessen der Angestellten sein dürften. Es gelte, die Angriffe der Unternehmer und ihres Staates auf die Lebensbedingungen abzuwehren.

Der Applaus für diese Forderungen dokumentierte die Einheit und Geschlossenheit der Kollegenschaft.

Die daraufhin vom Gewerkschaftssekretär unternommenen Spaltungsversuche gegen die lineare und ausreichende Forderung (ältere, verdientere und qualifiziertere Angestellte bekämen genau so viel wie jüngere, weniger qualifizierte ´) wurden von der Kollegenschaft unmißverständlich zurückgewiesen und betont, daß eine lineare Erhöhung gerade deshalb her müßte, damit alle das gleiche bekommen.

Die Kollegenschaft und derBetriebsrat, der diese Forderung unterstützte, haben erkannt, daß ausreichende lineare Forderungen die Einheit aller Kollegen herstellen, während Prozentforderungen die bestehende Spaltung in viele verschiedene Gehaltsstufen vertiefen und einen gemeinsamen Kampf äusserst erschweren. Außerdem trifft die Teuerung auch alle gleich - die mit niedrigeren Gehältern sogar mehr - und nur eine lineare Erhöhung schafft hier Abhilfe.

Mit ihren Forderungen haben die Kolleginnen und Kollegen die Initiative ergriffen und damit einen richtigen Weg für die bevorstehende Gehaltsrunde beschritten, statt passiv abzuwarten, was die Kapitalisten "freiwillig" herzugeben bereit sind.

Der alte Kollektivvertrag läuft bis 30.6.1974. Wegen der langen Laufzeit und der rapiden Teuerung haben die Angestellten der Ersten Allgemeinen außerdem beschlossen, nicht auf die Gehaltsrunde zu warten. Sie verabschiedeten einstimmig eine Resolution, mit der der Zentralbetriebsrat und der Betriebsrat beauftragt wurden, unverzüglich eine Teuerungsabgeltung in der Höhe von S 3.000,-- für alle bei der Unternehmensleitung zu erwirken. Zur Durchsetzung dieser Forderung, wurde dem Betriebsrat die notwendige Unterstützung versichert.

Damit wurde an die Versicherungskapitalisten, die dauernd die Prämien erhöhen, um ihre Gewinne zu vermehren, und die die Angestellten zum Kampf zwingen, eine klare Forderung gerichtet. Damit wurde der Sozialpartnerschaftspolitik der Kampf angesagt. Die Einheit und die Geschlossenheit stellt eine gute Ausgangsposition dar. ●

POST:

Steigende Unruhe

Wie alle anderen Teile der arbeitenden Bevölkerung spüren auch die Postler die Verschlechterung der Lebensbedingungen von Tag zu Tag mehr. Das letzte Gehaltsabkommen führte nur dazu, daß die Gehälter noch mehr hinter der Teuerung nachhinkten. Der Unmut darüber hatte schon so weit um sich gegriffen, daß die Postlergewerkschaft im Februar 73 eine Sonderzahlung aushandeln mußte. Mit dieser "Abgeltung" der Teuerung in der Höhe von 500,- brutto im Monat gelang es ihr, die Kollegen zu beruhigen. Um diese Teuerungsabgeltung eindrucksvoller zu gestalten, bezahlte die Post jeweils die gesamten 500,- aus. Die Abzüge, wie Steuer und Sozialversicherung, sollten dann in den zwei Sommermonaten 1973 abgezogen und mit Jahresende 73 endgültig verrechnet werden.

Doch diesen Februar machten die Kollegen große Augen. Die Abrechnung fiel über alle Maßen saftig aus. Nicht um ein- oder zweihundert-Schilling Abzüge handelte es sich, sondern gleich um zwei- und dreitausend Schilling, die jetzt abgezogen wurden. Nicht wenige Kollegen bekamen gerade das Existenzminimum ausbezahlt.

Ein großer Teil bekam statt der normalen ca. 5.9oo,-- netto plötzlich 3.6oo,--netto und noch weniger auf die Hand. Unter diesen Bedingungen fand in der vergangenen Woche die jährliche Betriebsversammlung des Fernmeldebetriebsamtes für Wien und Wien-Land statt. Trotz der Empörung der Kollegen ist es den Klassenversöhnlern in der Gewerkschaftsspitze noch einmal gelungen, den Unmut abzufangen.

Dazu mußte sie allerdings alle Register in der Kunst der Täuschung der werktätigen Bevölkerung ziehen. Gewerkschafts-Vertrauensmann Billeth ging gleich zu Beginn der Versammlung auf die Unruhe unter den Kollegen ein. "Der Unmut sei ja berechtigt", meinte er, denn es bestehe ein "echter Informationsmangel", und die Kollegen hätten die Höhe der Abzüge nicht gekannt", als ob das irgend etwas an dem zu geringen Betrag der Abgelung geändert hätte. Dann aber zog der Gewerkschafts-Vertreter gleich das Schauspiel des erfolgreichen Gewerkschaftlers ab. Was man alles erreicht hätte: Eine Fixregelung des Sonderurlaubs und die Forderung nach Erhöhung der Familienzulage. Da dies nun doch etwas mager war, fügte er schnell noch die "Findung der Gehaltswahrheit" an. Unter diesem gut klingenden Titel soll den Kollegen die Umstellung auf EDV (Elektronische Datenverarbeitung) verkauft werden. Durch diese Um-

stellung sollen jetzt die Arbeiten der Kollegen, Reparaturarbeiten, Servicearbeiten usw. genauer erfaßt werden, genauer überprüft werden können und die vorgegebenen Zeiten verkürzt werden. Am Schluß der Rede wurde dann noch auf die "erfolgreiche Politik" der Regierung Kreisky hingewiesen. Doch gäbe es jetzt überall Schwierigkeiten und man sollte doch darauf Rücksicht nehmen.

Für die Kollegen, die das alles über sich ergehen lassen mußten, war das nun doch zu dick aufgetragen. Die meisten klagten wegen ihrer schlechten Einstufung, wegen der zu geringen Höhe der Sonderzahlungen, wegen der ungeheuer hohen Abzüge und wegen vieler anderer Schwierigkeiten.

Der Unmut der Kollegen war deutlich. Kein einziger, der da zufrieden gewesen wäre. Doch den Klassenversöhnlern war es noch gelungen, sich hier durchzusetzen. Die Koldensten Ämter und Bautrupps verstreut. Es gibt zwischen ihnen kaum Kontakt und jede Einheit, jede gemeinsame Forderung ist da schwer herstellbar. Doch wenn die Kollegen nicht völlig an die Wand gespielt werden wollen, müssen sie zuerst einmal solchen "Vertrauens"männern wie Billeth und Co. das Vertrauen entziehen, müssen sie sich in den einzelnen Ämtern solche Vertrauensmänner wählen, die die Interessen der Kollegen und nicht die der Postdirektion und der Kapitalisten-Regierung vertreten. Nur solche Vertrauensmänner sind eine Garantie für einen erfolgreichen Kampf gegen die tagtägliche Verschlechterung der Lebensbedingungen und gegen die drohende Verschärfung des Arbeitstempos durch die Einführung der EDV auf den Fernmelde-Betriebsämtern. ●

WAAGNER-BIRO:

Die Entscheidung über eine Lohnerhöhung nicht der Firmenleitung überlassen

Im Dezember hatten die Arbeiter einer Abteilung, der Gießerei, begonnen, über eine Lohnforderung zu diskutieren. Die Kollegen anderer Abteilungen im C-Werk hatten es mit Sympathie und Interesse verfolgt. Das hat genügt, um die Firmenleitung zum Handeln zu veranlassen. Sie wollte um jeden Preis verhindern, daß die Arbeiter die Initiative ergreifen und behalten, daß eine feste und eindeutige Forderung aufgestellt und um ihre Durchsetzung gekämpft wird.

Seit kurzem hat sie zu diesem Zweck Gerüchte in Umlauf gesetzt, daß eine 3 % Lohnerhöhung in Aussicht stünde. Außer dem Betriebsratsobmann, der bestätigt, daß verhandelt wird, weiß niemand mehr als Gerüchte, nicht einmal die anderen Betriebsräte. Der Zweck dieses Manövers ist klar: Die Arbeiter sollen von jeder selbständigen Regung abgehalten werden und warten, was die Firma hergibt. Über letzteres hat keiner der Kollegen Illusionen. 3 % sind an sich schon ein Hohn. Wenn man sich überlegt, daß einem - sagen wir - ein Drittel gleich einmal weggesteuert wird (samt der Sozialversicherung), dann sieht man, daß die 3 % schon wieder von der Inflation weggefressen, bevor sie noch richtig ausgehandelt sind. Aber die Firma denkt nicht einmal daran, die 3 % zu zahlen. Sonst brauchte sie nicht versuchen, gerade jetzt einzelne Arbeiter, die sie als "Unruhestifter" fürchtet, durch individuelle Almosen zu bestechen. Die Gerüchte dienen vor allem einmal dazu, um wirkliche Lohnerhöhungen, die nur von den Arbeitern erzwungen werden können, möglichst zu verschleppen. Wann immer ein Teil der Kollegen seine Unzufriedenheit äußert, wird er mit dem Hinweis, daß "ohnehin verhandelt wird", vertröstet und abgewimmelt. Wenn man noch dazu überlegt, daß die Firmenleitung alles daransetzt, um die Belegschaft aufzusplittern und zu spalten, daß noch nie alle gleich viel oder auch nur den gleichen Prozentsatz gekriegt haben, daß auch noch nie eine innerbetriebliche war, wo nicht ein Teil überhaupt durch die Finger geschaut hat (bei der letzten 3,5 %-Erhöhung im Sommer ein Viertel!), wenn man das alles noch dazu überlegt, dann versteht man, daß viele Kollegen mehr angefressen als zufrieden sind.

Trotzdem ist es der Firmenleitung vorerst gelungen, die Initiative an sich zu ziehen. Jetzt hängt alles davon ab, ob es den Arbeitern gelingt, von den einzelnen Abteilungen her Lohnforderungen aufzustellen, klare und feste Forderungen, zu denen die Firma ja oder nein sagen muß, Forderungen, hinter denen alle stehen können und die sich daher im Kampf durchsetzen lassen. Lineare Forderungen, d.h. einen festen Schillingbetrag für jeden gleich, sind jetzt notwendig. Jetzt abzuwarten und die Entscheidung der Firmenleitung zu überlassen hingegen bringt auf keinen Fall die immer notwendigeren Lohnerhöhungen. Nur wenn die Arbeiter die Initiative an sich reißen und selbständig und geschlossen handeln, können sie ihre Interessen durchsetzen. ●

METTEN-DRUCK:

Vor der Stillegung?

Daß die kapitalistische Profitwirtschaft nicht in der Lage ist, den Arbeitern auf die Dauer sichere Arbeitsplätze zu erhalten, das zeigt sich für die Arbeiter selber immer mehr. Während die ÖGB-Spitze von der "Sicherung der Arbeitsplätze" (durch Lohnverzicht) schwätzt, starten die Kapitalisten einen noch wahnwitzigeren Angriff auf die Lebensbedingungen des Volkes (Inflation, Arbeitshetze usw.). Sie entlassen ungehindert ganze Betriebsbelegschaften und reden dabei von "Normalisierung auf dem Arbeitsmarkt". Wie diese "Sicherung" der Arbeitsplätze aussieht, davon können die Mettenarbeiter ein Lied singen.

Seit Monaten fürchten die Metten-Arbeiter schon den Verlust ihrer Arbeitsplätze und damit ihrer Existenzgrundlage. Der Betrieb, der mit den dazugehörigen Liegenschaften (Häuser, Grundstücke, Bürogebäude) an einen zwielichtigen Grundstücksmakler verkauft wurde, soll nun endlich als Druckerei aufgelassen werden. Der neue Besitzer Marek hatte das Unternehmen nur deshalb gekauft, weil er sich vom dazugehörigen Realitätenbesitz einträgliche Spekulationsgeschäfte errechnete. Dieser feine Herr hat den dicken Gewinn aus seinen Spekulationen mit dem Metten-Besitz bereits sicher kassiert. Inzwischen läßt er überprüfen, ob der Gewinn bei der Weiterführung des Betriebes mit nur 70-100 Leuten noch groß genug wäre oder ob alle 250 Metten-Kollegen hinausgeworfen werden sollen. Währenddessen wird fleißig abgebaut. Der Tiefdruck mit ca. 30 Beschäftigten wurde bereits aufgelassen; laufend gibt es kleinere Entlassungen.

Besonders schlimm wären die älteren Kollegen im Falle einer Kündigung dran. Für sie würden alle Vergünstigungen, die sie aufgrund ihrer langen Betriebszugehörigkeit haben, wegfallen. Außerdem ist es für ältere Kollegen besonders schwierig, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Für viele Kollegen würde eine Entlassung wohl eine längere Arbeitslosigkeit mit sich bringen, für einen Teil ein beträchtliches Absinken des Lebensstandards, weil eben viele gezwungen sein würden, in anderen Branchen neu anzufangen. Es steht wohl ausser Zweifel, daß 250 Arbeitslose im graphischen Gewerbe kaum alle wieder in ihrem Beruf unterkommen können.

Gerade in einer solchen Situation wie bei Metten hängt für die Kollegen alles von ihrer Einheit und Geschlossenheit ab. Die "Stillegung auf Raten", die Marek durchführen läßt, untergräbt ständig diese Einheit. Zugleich dient das Ge-

..Metten-Druck

rücht, daß der Betrieb mit 70-100 Arbeitern weitergeführt werden könnte, als Mittel zur Spaltung. Jeder hofft, daß er unter diesen 70-100 "Glücklichen" sein wird. Aber je uneiniger sich die Arbeiter untereinander sind, desto mehr und desto ungeschützter sind sie dem Unternehmer ausgeliefert. Es ist ganz klar, daß sich die Arbeiter gegen solche spalterische Praktiken zur Wehr setzen müssen.

Begreiflicherweise ist die Empörung der Kollegen über die Ungewissheit in Bezug auf ihre Arbeitsplätze sehr groß. Der Betriebsrat jedoch tat lange nichts zur Klärung der Situation. Dadurch wurde die Unsicherheit der Kollegen nur noch verstärkt. Erst Ende Jänner bat der Betriebsrat um eine Aussprache mit der Geschäftsleitung. Auch diesmal gab es keine Klarheit für die Kollegen. Je länger die Kollegen von Metten im Unklaren bleiben, desto leichter wird der Firmenleitung das Vorgehen gegen sie fallen. Eine Betriebsversammlung zur Klärung der Situation, eine klare Stellungnahme gegen die spalterische "Stillegung auf Raten" durch immer neue kleine Entlassungen, und die Diskussion über mögliche Schritte der Metten-Kollegen ist absolut notwendig.

Zum Leserbrief einer Textilarbeiterin

Gerade in der Textilbranche arbeitet der überwiegende Teil der Arbeiterinnen und Arbeiter in Kleinbetrieben. Die Kampfbedingungen sind oft schlecht und nur sehr wenige sind gewerkschaftlich organisiert. Daß sich letzteres nur langsam ändert, liegt vor allem an der klassenversöhnlerischen Politik der Gewerkschaft selbst. Diese kleinen Betriebe haben einen schweren Stand in der Konkurrenz gegen die großen Textilfirmen. Umso mehr saugen diese Kapitalisten "ihre" Arbeiter bis aufs Blut aus und in vielen Fällen ist ihnen kein Betrug und keine Schikane zu dreckig, um die Arbeiter im Nachhinein noch um einige Schillinge zu prellen. Alle gewerkschaftlichen und politischen Rechte versuchen sie den Arbeitern zu verweigern, oft dürfen Gewerkschaftsfunktionäre nicht in den Betrieb und gibt es keinen Betriebsrat bzw. keine Vertrauensleute. Und die Arbeiter in solchen Betrieben nehmen ihre miese Lage oft hin, weil sie sich "mit dem Chef verbunden fühlen" und in ihm nicht den Ausbeuter und Klassenfeind sehen. So eine Haltung wird von den Kapitalisten auch sehr gefördert und sie versuchen, durch patriarchalische Verhältnisse den Klassengegensatz im Betrieb zu verschleiern. Die Arbeiter dürfen sich aber nicht für den Konkurrenzkampf der kleinen Kapitalisten gegen die grossen einspannen lassen. Jeder muß in seinem Betrieb gegen seinen Ausbeuter kämpfen, die Arbeiter dürfen nur die Interessen der Arbeiterklasse zum Maßstab ihres Handelns machen.

Leserbrief:

Ich bin seit einem halben Jahr bei der Firma Sch. (Wien, IV. Bezirk) als Zuschneiderin beschäftigt. Genäht werden die meisten Sachen dann in Lohnwerkstätten und von Heimarbeiterinnen. Sie arbeiten rein für Stücklohn (also kein Grundlohn und Durchschnitt wie beim Akkord!) und dieser ist sehr gering. Am ärgsten ist es bei den Heimarbeiterinnen, sie werden wirklich bis auf Blut ausgesaugt. Die Lohnverrechnerin von den Heimarbeitern hat mir erzählt, daß sie sich geniert, wieviel so eine Frau bringt und wie wenig sie dafür kriegt. Sie kriegen z.B. für einen ganzen Schianzug (3 fach, Futter, Watte, Nylon zu nähen) 14 Schilling und brauchen dazu aber sicher mehr als eine Stunde. Für 100 Schürzen (1 Woche) kriegen sie pro Stück 4,- bzw. 6.- Schillinge. Da kann man sich die Stundenlöhne ausrechnen, die sind wirklich eine Schweinerei. So bleiben diese kleinen Unternehmer konkurrenzfähig, indem sie die Arbeiterinnen immer mehr im Lohn drücken und ihnen auch alle Rechte verweigern.

Denn oft kennen sich die Frauen nicht aus und wenn man sich nicht auf die Füße stellt, wird man hinten und vorne betrogen. Mir wäre es gleich nach dem ersten Monat so gegangen, weil mein erster Lohn war gleich unter der ausgemachten Summe. Als Meisterin hatte ich mir nicht mehr als 3. 500,- netto aushandeln können. Als ich den Chef fragte, warum es dann noch weniger sei, zeigte er mir zuerst einen Zettel, auf dem ein ausgemachter Stundenlohn stand, von dem ich aber gar nichts wußte. Als ich nicht nachgab, raunzte er mir vor, wie schlecht es ihm ginge, aber dann gab er doch nach, weil ich sonst gegangen wäre.

Bei einer Kollegin, die er nach mir aufnahm, probierte er es wieder auf diese Tour. Arztstunden und Behördenwege wollte er auch nie zahlen. Und einen Lehrling hatten wir auch, sie ließ er 42 Stunden arbeiten. Als sie ihm sagte, daß sie in der Berufsschule gelernt hätte, daß Lehrlinge nur 40 Stunden arbeiten müssen, hatte er sofort wieder einen Wisch bei der Hand, wo 42 Stunden/Woche herauskam. Und Urlaub mußte man immer nehmen, wann es ihm paßte. Es herrschte eine richtige Diktatur, alle Frauen schüchterte er immer ein. Man muß wirklich um jeden Schilling, den man sich schon verdient hat, noch raufen, daß man sein Geld kriegt.

Wenn es gerade notwendig ist, verlangt er auch immer Überstunden. Da aber mein Mann auch sehr viele Überstunden macht (auch am Samstag), muß doch wer einkaufen gehen und alle Besorgungen machen. Zu Weihnachten wurde der ganze Betrieb gesperrt und 29 Stunden sollten wir einarbeiten. Ich wollte diese 29 Stunden nicht einarbeiten und blieb also nie da. Die Liebkinder vom Chef sagten dann, ich sei unkollegial, weil die anderen mehr arbeiten müssen! Aber es besteht bekanntlich nicht die Pflicht, daß man einarbeitet.

Ende Jänner zeigte sich dann, was er schon bei der Weihnachtsfeier gesagt hatte: daß es ein schweres Jahr wird usw. Und am 31. Jänner war es auf einmal soweit: er habe kein Geld zum Auszahlen, sagte er. Da war es mir zuviel und ich kündigte. Da wurde ich die letzten Stunden so schikaniert, daß ich noch länger dableiben mußte, damit ich fertig wurde. Und nach dem Wochenende bekam ich schriftlich die fristlose Entlassung, damit er mir statt 3500,- (14 Tage Kündigungsfrist, aliquote Anteile vom Urlaubszuschuß und Weihnachtsgeld) nur 1000,- für Urlaubsabfindung zahlen muß. Aber sogar die will er nicht zahlen, auf einmal sagt er, ich habe schon Urlaub gehabt. Jetzt muß ich sogar um das noch raufen.

Jetzt habe ich meine Fehler eingesehen, daß ich nicht bei der Gewerkschaft war. Aber bei uns ist niemand dabei und gerade die kleinen Unternehmer sind oft am stärksten dagegen. Dadurch waren wir gar nicht über unsere Rechte informiert und hatten keinen Schutz. Aber was wir von der Gewerkschaft merkten, war nur einmal im Jahr ein Funktionär, der vorbeikam und fragte, ob jemand Mitglied werden will. Und so hatte auch niemand Vertrauen zu ihr: Denn wir brauchen in Wirklichkeit eine Gewerkschaft, die sich mit aller Kraft für unsere Interessen gegen die Unternehmer einsetzt. Nur eine solche Gewerkschaft könnte auch die vielen unorganisierten Frauen in den Kleinbetrieben der Textilbranche gewinnen, was für unsere Interessen dringend notwendig wäre.

I. K.

OBERGLAS: Lohnsenkung durch Drohung mit Entlassungen

200 Arbeiterinnen und Arbeiter sollten bei Oberglas - Bärnbach ursprünglich entlassen werden. 100 flogen dann tatsächlich auf die Straße. 100 "durften" bleiben und weiter für die Kapitalisten schuften. Die Firma hat ihre Lage, nämlich auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft an die Oberglas-Kapitalisten angewiesen zu sein, und die Angst um den Arbeitsplatz ausgenützt, um sie innerhalb des Betriebs an schlechter bezahlte Arbeitsplätze zu versetzen und ihre Löhne direkt zu senken. Außerdem will die Firma aus den nunmehr 800 Beschäftigten gleich viel Arbeit herauspressen wie vorher aus 900.

Angesichts dieser Methoden hofft die Firma, daß "im neuen Jahr die Aufwärtsentwicklung des Unternehmens (sprich: des Profits und auf dem Rücken der Arbeiter) fortgesetzt werden kann."

Die Oberglas-Kapitalisten haben vorexerziert, zu welchen Methoden die Kapitalisten greifen und in Zukunft verstärkt greifen werden. Die Drohung mit der Arbeitslosigkeit dient den Kapitalisten zu jeder Art von Steigerung der Ausbeutung: zur Steigerung der Arbeitshetze ebenso wie zum Niederhalten der Löhne oder sogar zur direkten Lohnsenkung. Die Arbeiter dürfen sich nicht einschüchtern lassen, keinen Schritt zurückweichen und müssen den Kapitalisten geschlossen entgegentreten. Der Kampf um möglichst einheitliche Löhne und Lohnerhöhungen, gegen die Unterbezahlung von Frauen, Ausländern und Jugendlichen und für einen ausreichenden Lohn an jedem Arbeitsplatz ist das einzige Mittel, das den Kapitalisten den Weg willkürlicher Versetzungen und Lohnsenkungen versperren kann.

WERTHEIM:

Kürzung der Zeiten und Erhöhung der Faktoren

Bei Wertheim gab es in letzter Zeit einige Veränderungen. Die Firma wurde in den Schindler-Konzern eingegliedert, wodurch die Rolltreppenproduktion zum wichtigsten Faktor wurde. Eine große Montagehalle wurde gebaut und neue Maschinen und Fahrzeuge werden angeschafft. Nun versuchte die Firmenleitung Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Rücken der Arbeiter durchzuführen: Verkürzte Zeiten und erhöhte Faktoren.
Jede Reduzierung der Zeiten heißt schneller und mehr arbeiten. Wenn nun die Faktoren dementsprechend erhöht werden, bedeutet das momentan keine Steigerung der Arbeitsintensität. Es scheint also gleichzubleiben. Aber sehen wir uns einmal die Wirklichkeit an: Jene Kollegen, die nach den neuen Faktoren arbeiten und jetzt weniger Minuten verrechnen, werden dann höher verrechnen, um mehr zu verdienen, damit sie den Reallohnabbau durch die Inflation wieder wettmachen.
Was kommt dabei heraus? Eine Lohnerhöhung rein auf Kosten der Arbeiter, durch die Steigerung des Arbeitstempos. Das ist das Wesen des Akkords: das Arbeitstempo steigt langfristig ständig an. Mit der Verkürzung der Zeiten und der Erhöhung der Faktoren schlägt die Firmenleitung gleich drei Fliegen auf einen Schlag: Steigerung des Arbeitstempos; eine Lohnerhöhung, die ihr keinen Groschen kostet;
Eine Spaltung zwischen den Kollegen, die nach neuen Faktoren arbeiten, weil sie in nächster Zeit etwas mehr verdienen werden, und jenen Kollegen, die nach den alten Faktoren arbeiten. Es wird viel schwieriger, eine gemeinsame Forderung aufzustellen.
Zusätzlich kommen dann noch dauernde Versuche, zwar neue Zeiten, aber keinen höheren Faktor draufzugeben und wenn es einmal durchgeht, dann bleibt es dabei.
Unsere Forderung muß lauten: Den erhöhten Faktor für alle - bei gleichbleibenden Zeiten. ●

SALZBURG:

Kampf gegen 50%ige Fahrpreiserhöhung bei den Verkehrsbetrieben

Im Dezember 1973 beschloß der Salzburger Gemeinderat, ab 1. Februar 1974 die Fahrpreise bei den Salzburger Verkehrsbetrieben (SVB) um über 50% zu erhöhen, d.h., daß z.B. der Normalfahrschein statt bisher 4.-öS in Zukunft 6.-öS kostet oder die Monatskarte statt 120.-öS jetzt 150.-öS, usw.
Von einem Vorbereitungsausschuß und mit Unterstützung des Kommunistischen Bundes Salzburg/Hallein unter Teilnahme von Einzelpersonen verschiedener Organisationen und auch nicht-organisierter Menschen wurde ein "Aktionskomitee gegen die Fahrpreiserhöhungen bei den SVB" gegründet. Das Ziel war eine breite Mobilisierung vor allem der betroffenen arbeitenden Bevölkerung zur Verhinderung der Fahrpreiserhöhungen. Auf der ersten öffentlichen Sitzung des Komitees (am 21. Jänner), zu der beinahe 80 Teilnehmer kamen, wurde als erstes die Durchführung einer Unterschriftenaktion und weitere Protestaktionen auf der Grundlage folgender Forderungen beschlossen:
"WEG MIT DEN FAHRPREISERHÖHUNGEN BEI DEN SVB! ZAHLT DAS DEFIZIT AUS UNTERNEHMERPROFITEN!"
Als Begründung für die Fahrpreiserhöhungen wurden nämlich vom Gemeinderat die Verringerung des Defizits und die "Attraktivierung" des öffentlichen Nahverkehrs angeführt. Aber ein paar neue Busse und Umnumerierungen einzelner Linien können nicht verdecken, daß faktisch kein Ausbau des öffentlichen Nahverkehrsnetzes vorgenommen wird (z.B. wurde in den "Salzburger Nachrichten" bereits am 17.1.74 die ursprünglich vorgesehene Verlängerung der Linie P nach Itzling dementiert und als "auf unbekannte Zeit verschoben" bezeichnet!).
Was also von der vielzitierten "Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs" am deutlichsten spürbar ist und hauptsächlich übrigbleibt, das sind die saftigen Fahrpreiserhöhungen, mit denen die Gemeinde noch mehr Geld aus den Taschen der werktätigen Bevölkerung ziehen will, die schon bisher für das Defizit mit ihren Steuergeldern einstehen mußte. Das Defizit aber, so heißt es weiter in der Resolution einer Protestveranstaltung vom 30. Jänner, soll von denen gezahlt werden, die vom Transport der Arbeitskräfte und Kunden profitieren, und nach deren Interessen der Gemeinderat bei seiner volksfeindlichen Politik handelt - von den Unternehmern, aus deren Profiten!

Fast 5000 Unterschriften widerspiegeln den breiten Protest

Über 4900 Unterschriften mit der Forderung nach sofortiger Rücknahme aller Fahrpreiserhöhungen konnten im Laufe einer knappen Woche an Haltestellen in der Stadt und in Betriebsgegenden gesammelt werden. Diese Unterschriften bringen den Protest von Arbeitern, Angestellten, sowie Hausfrauen, Rentnern und Pensionisten, Lehrlingen, Schülern und Studenten Salzburgs zum Ausdruck.
Die Ausplünderung durch den kapitalistischen Staat (Steuerauspressung, Preiserhöhungen bei Strom, Wasser, Gas, Fernheizung usw.) und die rapide Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der werktätigen Massen durch die Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Wohnungskosten und anderen absolut notwendigen Waren wird immer häufiger nicht mehr widerspruchslos hingenommen, die Unzufriedenheit und Empörung steigt. Während die Arbeiter und alle anderen Lohnabhängigen gegen die allgemeinen Preissteigerungen, gegen die verschärfte Ausbeutung trotz aller Krisendrohungen und Einschüchterungsversuchen der Unternehmer den Kampf um ausreichende, einheitliche Lohnerhöhungen aufnehmen müssen, konnte und mußte den Busfahrpreiserhöhungen direkt entgegengetreten werden.
Von Anfang an sabotiert wurde die Arbeit des Aktionskomitees von der "K"PÖ. Einen Tag vor dem Inkrafttreten der Preiserhöhungen verteilte sie ein Flugblatt, in dem sie über die Fahrpreiserhöhungen jammerte und als Alternative anpries: "Jetzt Teuerungsabgeltung fordern". Unter einer solchen Forderung konnte aber kein Kampf gegen die Fahrpreiserhöhung organisiert werden. Dies zeigt, daß die "K"PÖ gar kein Interesse daran hatte, einen Kampf dagegen zu führen, sondern die Fahrpreiserhöhung nur als günstigen Anlaß benützte, um sich als Alternative zu SPÖ und ÖVP anzupreisen.

"Ich verstehe nicht, warum über die Tariferhöhungen bei den Verkehrsbetrieben so geschimpft wird"...

wunderte sich Konsul Kiepe, Chef einer deutschen Autofabrik, Ende Jänner anläßlich der Übergabe der neuen Busse an die SVB.

Freilich, dieser Herr Unternehmer kann leicht den Verwunderten spielen und er hat auch leicht reden, denn er hat sein Geschäft mit den Bussen gemacht und ihm tut es - genauso wie den Gemeinderatspolitikern und anderen "Persönlichkeiten" - nicht weh, wenn die "einfachen" Busbenützer in Zukunft regelmäßig soundsoviel Schilling mehr zahlen müssen!

Was der Konsul mit seinem Spruch richtig erfaßt hat ist die Stimmung unter den Volksmassen. Wie nämlich die Reaktionen der Bevölkerung und die vielen Unterschriften im Laufe der Kampagne gegen die Fahrpreiserhöhungen zeigten, ist der Unmut groß und wächst ständig. Wenn die Fahrpreiserhöhungen dennoch nicht verhindert werden konnten, so liegt das daran, daß bei den meisten noch die Bereitschaft und das Selbstvertrauen fehlt, sich auch aktiv für die eigenen Interessen einzusetzen, die Initiative zu ergreifen, sich zusammenzuschließen und den Kampf aufzunehmen. Breite Zustimmung fanden jedenfalls die bei der Protestkundgebung (von über 200 Menschen) am 1. Februar in der Innenstadt gerufenen Sprechchöre:

WEG MIT DER PREISERHÖHUNG BEI DEN SVB!

ZAHLT DAS DEFIZIT DER BUSSE VOM PROFIT DER UNTERNEHMER!

STILLZUHALTEN IST NICHT RICHTIG, SICH ZU WEHREN IST JETZT WICHTIG!

J. R.
KB Salzburg/Hallein

Bespitzelung der Eisenbahner in Innsbruck

Die SP-Mehrheit in der Personalvertretung der Innsbrucker Eisenbahner hatte bei den Wahllen, die vor Weihnachten stattfanden, eine empfindliche Wahlniederlage erlitten. Sie verlor über 11 % der Stimmen, hauptsächlich an die GE-Liste. Daraufhin versandte der Obmannstellvertreter der Personalvertretung, der Innsbrucker SPÖ-Gemeinderat Egon Jäger, an rund 400 Angehörige des Zugförderungsdienstes Fragebögen, denen frankierte Rücksendekuverts beilagen. Die Bediensteten sollten bei dieser "geheimen" Umfrage die ausgefüllten Fragebögen "anonym" in den nächsten Briefkasten werfen. Die Fragebögen enthielten solche Fragen wie: "Was hat dir an der Personalvertretungsarbeit nicht gefallen?" "Mit welchen Vertrauensmännern warst du unzufrieden und aus welchem Grund?"
Ein Lokführer, der die Fragebögen nicht beantworten wollte, löste die Briefmarke vom Kuvert ab, um sie weiterverwenden zu können. Zu seinem großen Erstaunen befand sich unter der Marke eine mit Bleistift geschriebene Nummer. Er verständigte daraufhin seine Kollegen, die alsbald auch "ihre" Nummer entdeckten. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht unter den Eisenbahnern: Jeder hatte eine Nummer.
Mit diesen versteckten Nummern war es dem Empfänger der Briefe, Gemeinderat Jäger, leicht möglich, die Meinung der Kollegen auszuspionieren. Dazu war lediglich eine Liste mit den Angeschriebenen und mit den dazugehörigen Nummern nötig.
Die Eisenbahner waren empört. Um sie zu beruhigen, erfand Herr Jäger zuerst die Entschuldigung: Die Kuverts seien von der Auszahlungskasse der Zugförderungsleitung und deshalb numeriert gewesen. Zu seinem Pech konnte diese Behauptung sofort widerlegt werden. Nach einigen neuen Varianten behauptete Jäger schließlich auf einer Betriebsversammlung: Seine Kinder hätten beim Einsacken der Kuverts die Nummern angebracht, weil er ihnen für jedes Kuvert einen kleinen Geldbetrag versprochen habe.
Aber mit solchen Schmähs konnte er sich nicht mehr herauswinden. Die SP-Fraktion der Personalvertretung war gezwungen, ihn fallen zu lassen. Sie beschloß, dem freigestellten Personalvertreter, Kammer- und Gemeinderat Egon Jäger das Mandat abzuerkennen.
Wie wenig unschuldig die gesamte SP-Fraktion in dieser Affäre ist, zeigte schon die Verfügung des Zentralsekretärs der Eisenbahnergewerkschaft Ulbrich, "daß in dieser Angelegenheit keine Untersuchung geführt werde"!
Die Klassenversöhnler behaupten, die Interessen der Arbeiter und der Kapitalisten auf einen Nenner bringen zu können. Aber sobald sich die Arbeiter nur ein wenig von den Sozialpartnerschaftsideologien abzuwenden beginnen, sobald die Arbeiter ihre Interessen gegen die der Kapitalisten durchsetzen wollen, zeigen die Klassenversöhnler ihr wahres Gesicht: Sie versuchen mit allen Mitteln, den gewerkschaftlichen Apparat weiterhin in der Hand zu halten. Sie wollen sich weiterhin mit den Unternehmern gegen die Arbeiter versöhnen, denn das ist ihre Existenzgrundlage, dafür werden sie ja bezahlt. Dafür erhalten sie schöne Gehälter, dafür werden sie Gemeinderäte, wie Herr Kammerrat Jäger.
Und so ist der Schritt vom Klassenversöhnler zum offenen Spitzel der Kapitalisten, der seine Arbeitskollegen vernadert, nur ein kleiner Schritt. Beide, die Kapitalisten und ihre Lakaien in Betriebsrat und Gewerkschaft, haben das Interesse gemeinsam: Sie wollen keine Arbeiter im Betrieb, die ihre Zusammenarbeit stören könnten.
Wenn die Arbeiter Schluß machen mit den Sozialpartnern, wenn sie, um sich gegen die Angriffe der Kapitalisten besser wehren zu können, wirkliche Arbeitervertreter in Betriebsrat und Gewerkschaft wählen, dann machen sie auch Schluß mit den Unternehmerspitzeln, die oft dort herumlungern.

Kommunistischer Bund in Graz gegründet

Am 3. 2. 1974 wurde der Kommunistische Bund Graz gegründet. Er ist hervorgegangen aus der Gruppe Arbeitersache, die seit längerer Zeit politische Arbeit bei einigen Grazer Großbetrieben machte, nämlich bei Waagner Biro, bei Puch und bei SGP. Der KB Wien, der KB Salzburg/Hallein, der KB Graz sowie die Gruppe Arbeitersache in Tirol und die Gruppe Klassenkampf in Linz betrachten es als politische Hauptaufgabe, durch den Aufbau starker kommunistischer Gruppen zunächst im lokalen Rahmen und durch die Organisierung der klassenbewußten Arbeiter in der kommunistischen Bewegung einen Beitrag zu leisten zum Aufbau einer kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse.
Seit der revisionistischen Entartung der KPÖ existiert in Österreich keine wirkliche Arbeiterpartei mehr, keine Partei, die konsequent die Klasseninteressen der Arbeiterklasse vertritt und für den Sozialismus kämpft. Die SPÖ hat schon zur Zeit des ersten Weltkrieges die Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus verraten. Sie hat 1918 und in der ganzen Zwischenkriegszeit alles getan, um die Arbeiterklasse am Kampf gegen den Kapitalismus zu hindern. Sie war zur wichtigsten sozialen Stütze der bürgerlichen Gesellschaft geworden. Inzwischen ist sie zu einer Partei geworden, die direkt die Geschäfte der Kapitalistenklasse besorgt. Gegen die reformistische Versumpfung der SPÖ wurde 1918 die KPÖ gegründet. Sie war lange Zeit der Vortrupp der österreichischen Arbeiterklasse im Kampf gegen Kapitalismus und Faschismus und für den Sozialismus.
Aber auch in dieser Partei kamen revisionistische Tendenzen auf, Tendenzen, vor der Bourgeoisie und den Schwierigkeiten des Klassenkampfes zu kapitulieren und Frieden mit der bürgerlichen Gesellschaft zu machen. Die Revisionisten konnten gegen den Widerstand vieler Genossen, die am Marxismus-Leninismus festhielten, Positionen gewinnen und schließlich - gestärkt durch die Machtergreifung der Chruschtschow-Clique in der KPdSU - ihre Linie vollständig in der Partei durchsetzen.
1958 wurde der Revisionismus zum Programm erhoben. Die KPÖ hatte sich prinzipiell mit dem Kapitalismus und dem bürgerlichen Staat ausgesöhnt. Als Anfang der 60er Jahre der Kampf zwischen dem Revisionismus, mit der KPdSU an der Spitze, und dem Marxismus-Leninismus, mit der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens an der Spitze, in der kommunistischen Weltbewegung offen und in internationalem Maßstab ausbrach, trennten sich eine Reihe aufrechter Kommunisten von der revisionistisch versumpften KPÖ, deren Integration in die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr aufzuhalten war.
Aber aufgrund einer Reihe objektiver und subjektiver Ursachen scheiterten ihre Versuche, eine neue revolutionäre Partei aufzubauen, vorerst.
Ende der 60er Jahre wurden der kommunistischen Bewegung neue Kräfte zugeführt. Die Gründung der KB s in den verschiedenen Städten Österreichs ist Ausdruck dieser Tatsache.
Der beginnende Aufschwung der Arbeiterbewegung und der Bewegung der Volksmassen gegen die Kapitalisten und gegen den bürgerlichen Staat ist eine günstige Bedingung für den Aufbau einer neuen proletarischen Partei. Denn eine wirkliche Arbeiterpartei wird nicht abseits von den Arbeitern und ihren Kämpfen einfach von den Kommunisten gegründet. Sie ist nichts der Arbeiterklasse Fremdes und Äußerliches. Sie wird vielmehr im Kampf der Arbeiterklasse selbst herausgebildet.
Sie ist Teil und Vortrupp der Arbeiterklasse. Derjenige Teil, der im Auf und Ab des tagtäglichen Kleinkriegs gegen das Kapital unbeirrbar am Ziel festhält: die Diktatur des Proletariats zu errichten, um dann die klassenlose Gesellschaft, den Kommunismus, aufzubauen. Die Partei ist der politische Zusammenschluß der klassenbewußten Arbeiter, die bereits Klarheit über die historische Notwendigkeit des Sozialismus und Kommunismus haben. Wenn die Kommunisten, die heute noch gering an Zahl, schwach und in lokale Organisationen zersplittert sind, den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei als ihre Hauptaufgabe betrachten, so können sie das nur, indem sie ausgehend von ihren Grundanschauungen, vom Marxismus-Leninismus, die Kämpfe und Bewegungen der Arbeiter in den Betrieben und die Kämpfe des Volkes gegen den kapitalistischen Staat fördern und in ihnen in vorderster Reihe stehen. Indem sie sich in der Arbeiterklasse verankern und in den Betrieben festen Fuß fassen und indem sie Klarheit in allen programmatischen und taktischen Fragen erreichen, schaffen sie Voraussetzungen für die Gründung der neuen Partei.

22. PARTEITAG DER KPÖ: Offener Verrat am Sozialismus

Der 22. Parteitag der KPÖ, der im Jänner stattfand, ist ein Meilenstein in der revisionistischen Entartung dieser Partei.

1958: Der Revisionismus wird zum Programm erhoben

Schon 1958, mit der Annahme der"Leitsätze über den Weg Österreichs zum Sozialismus", hatte diese Partei vollständig und endgültig demKommunismus den Rücken gekehrt und den Revisionismus zum Programm erhoben. Aus einer proletarischen war sie zu einer Partei geworden, die sich grundsätzlich mit dembestehenden kapitalistischen System ausgesöhnt hatte und sich im Lauf der Zeit immer mehr in dieses System integrierte. Der Sozialismus und die Revolution waren eine Sache geworden, deren man zu festlichen Anlässen in Worten gedachte, die aber in der tatsächlichen Politik keine Rolle mehr spielten. Der Kampf richtete sich nicht mehr gegen das kapitalistische System als die Wurzel aller Übel, die die Arbeiterklasse und das Volk bedrücken, sondern nur mehr gegen die einzelnen Folgen, Auswirkungen und Mißstände des Systems. Nicht mehr der Sturz des bürgerlichen Staates und die politische Machtergreifung durch die Arbeiterklasse, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, war das Ziel der KPÖ, sondern die Reformierung dieses Staates und die Eroberung von Posten und Positionen im bürgerlichen Staatsapparat. Aber damals sprachen die Revisionisten in der KPÖ das noch nicht offen aus. In Worten hielten sie am Ziel des Sozialismus fest, faktisch verrieten sie dieses Ziel, indem sie einen friedlichen, parlamentarischen Weg zum Sozialismus proklamierten. Das trat die Grundanschauungen der Kommunisten, tausendfach durch die Geschichte bestätigt, mit Füßen,nämlich,daß die Arbeiterklasse sich den Sozialismus nur mit Waffengewalt erkämpfen kann, solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen wie Militär und Polizei verfügt.

22.Parteitag: Neue Vertiefung des Revisionismus

Im neuen Programm der KPÖ wird der Verzicht auf das Ziel des Sozialismus und des Kommunismus erstmals offen ausgesprochen. Zwar steht zunächst hauptsächlich um einen Teil der eigenen Mitglieder, denen sonst die Vertiefung des Revisionismus kaum als Marxismus-Leninismus verkauft werden könnte, zu betrügen: "Ziel der KPÖ ist die Errichtung der Arbeitermacht" (These 43), aber im nächsten Absatz wird dieses Ziel auf den St. Nimmerleinstag verschoben: Die KPÖ orientierte sich darauf, "noch vor Errichtung der Arbeitermacht, eine Phase der antimonopolistischen Demokratie zu erkämpfen, die nicht mehr Kapitalismus, aber noch nicht Sozialismus ist". Im Gegensatz dazu hat Lenin darauf hingewiesen, "daß es in der kapitalistischen Gesellschaft bei einer einigermaßen ernstlichen Verschärfung des Klassenkampfes, auf dem diese Gesellschaft begründet ist, kein Mittelding geben kann zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats." (Lenin Werke, Bd. 28, S.478) Heute hat die Bourgeoisie nicht nur das Eigentum an den wichtigen Produktionsmitteln (Fabriken, Maschinen usw.), sondern auch,die politische Macht, um ihr Ausbeutungssystem aufrecht zu erhalten. Daß sie diese Macht heute nicht in Gestalt des Faschismus, also offen terroristisch, ausübt, sondern mittels des Parlamentarismus und dreier bürgerlicher Parteien im Parlament, die alle dem Volk vorspielen, seine Interessen zu vertreten und von seiner "Gunst" abhängig zu sein, ändert nichtsdaran, daß der Staat ausschließlich der "geschäftsführende" politische Ausschuß der Bourgeoisie ist, während die Arbeiterklasse auf diese Staatsmacht weder durch Wahlen noch sonstwie Einfluß nehmen kann, sondern ihr unterworfen wird. Die Bourgeoisie verfügt auch über bewaffnete Formationen, um ihre Herrschaft notfalls mit Gewalt aufrechtzuerhalten. Deshalb ist auch die "demokratischste" bürgerlich-parlamentarische Republik in Wahrheit nur die Form, in die die Bourgeoisie ihre Verfügung über die Staatsmacht kleidet und wie sie ihre politische Herrschaft gegen den Willen und die Interesssen der Volksmassen ausübt. Die Arbeiterklasse muß im tagtäglichen Kampf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen und ihre politischen Rechte verteidigen bzw. um deren Verbesserung kämpfen. Eine wirkliche und grundlegende Änderung ihrer Lage als ausgebeutete und rechtlose Klasse kann sie aber erst im Sozialismus erreichen. Die Arbeiterklasse muß daher vor allem im Kampf gegen den bürgerlichen Staat Kräfte sammeln,um ihn schließlich zu stürzen, seine Armee, seine Polizei und den ganzen Staatsapparat zu zerschlagen und die politische Macht zu ergreifen. An die Stelle der Diktatur der Bourgeoisie tritt dann die Diktatur des Proletariats, was breiteste Demokratie für das Volk, aber eiserne Diktatur gegen die bürgerlichen Ausbeuterelemente bedeutet, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen. Gestützt auf die politische Macht schafft die Arbeiterklasse das Privateigentum an den Produktionsmitteln ab und wälzt die Produktionsverhältnisse und alle gesellschaftlichen Verhältnisse um. Der Aufbau des Sozialismus ist der Weg, um schließlich zur klassenlosen Gesellschaft, zum Kommunismus, zu gelangen. Wenn eine Gesellschaft wie die österreichische in zwei einander gegenüberstehende Klassen mit entgegengesetzten Interessen gespalten ist, kann nur entweder die eine oder die andere die politische Macht innehaben. Ein Mittelding gibt es nicht. "Jeder Traum von irgendwas Drittem", schreibt Lenin weiter, "ist reaktionäre Lamentation eines Kleinbürgers". Die "antimonopolistische Demokratie", diese eigentümliche Erfindung einer "neuen" Gesellschaftsordnung die weder Kapitalismus noch Sozialismus ist, ist genau eine solche Lamentation.

Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, daß sich hinter der "neuen" Gesellschaft nur eineSpielart der alten kapitalistischen Gesellschaft verbirgt. Zwar soll es einigen Monopolen an den Kragen gehen, aber "kapitalistische Produktionsverhältnisse bestehen weiter" (These 43) und bekanntlich bedeutet die Verstaatlichung einiger Monopole noch lange keine Änderung des Wesens des Kapitalismus und der kapitalistischen Ausbeutung. Der Charakter einer Verstaatlichung hängt vielmehr vom Charakter des Staates ab, davon, welche Klasse mittels der Staatsmacht ihre politische Herrschaft ausübt. Und gerade zur entscheidenden Frage der Notwendigkeit des Sturzes des bürgerlichen Staatsapparats findet sich kein Wort, im Gegenteil hält die These 44 am Parlamentarismus fest (d.h. einer ihrem Wesen nach bürgerlichen Art der "Volksvertretung" mit ihrem "freien und ungebundenen Mandat", d.h. ihrer Unabhängigkeit der Abgeordneten von ihren Wählern, damit sie umso leichter durch Privilegien, Bestechung und Korruption von der Bourgeoisie abhängig werden). Die "antimonopolistische Demokratie" läßt den bürgerlichen Staatsapparat unangetastet bzw. beschränkt sich auf seine Reformierung und diese bürgerliche Macht beruht weiterhin auf kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Sie ist in Wahrheit eine Spielart des Kapitalismus. Sie ändert nichts am Wesentlichen, sondern bringt einige "Verbesserungen" am kapitalistischen System an. Ein Blick auf Italien oder Frankreich, wo die'Bruderparteien" der KPÖ sich bei der Bourgeoisie bereits als mögliche Regierungsparteien anbiedern, legt die Vermutung nahe, daß die "antimonopolistische Demokratie" nichts anderes zum Ausdruck bringt als den Traum der KPÖ, an der Regierungsgewalt im bürgerlichen Staat teilzuhaben, die Verwaltung der bürgerlichen Gesellschaft unter Durchführung einiger Reformen zu übernehmen. An diesem grundlegendem Inhalt des Programms können auch einige radikale Phrasen nichts ändern, mit denen es zu Zwecken der Verschleierung garniert ist.

Eine neue Stufe des Revisionismus in Westeuropa

Als eines der hervorstechendsten Merkmale dieses Parteitages hob der Sekretär des ZK, Scharf, in seiner Schlußansprache den "harmonischen Gleichklang" in den Auffassungen der westeuropäischen "Brunderparteien"hervor. Tatsächlich haben sich alle diese revisionistischen Parteien inzwischen auf die "Erkämpfung der antimonopolistischen Demokratie" eingeschworen. Diese Theorie, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hat, ist eine

neue Stufe in ihrer revisionistischen Versumpfung und in ihrer Integration in die bürgerliche Gesellschaft.
Wie vor Jahrzehnten die Sozialdemokratie wurden auch ein Teil der ehemals kommunistischen Parteien aus Parteien, die gegen Kapitalismus kämpften, zunächst zum "Arzt am Krankenbett des Kapitalismus", der das dem Untergang geweihte Ausbeutersystem durch Reformen notdürftig am Leben und Funktionieren erhalten, für die Arbeiter - und Volksmassen halbwegs erträglich machen will und sich zugleich dem revolutionären Kampf um den Sozialismus in den Weg stellt. Von dort ist nur ein kleiner Schritt zum direkten Sachwalter der Kapitalsinteressen, zur Partei, die im Kapitalismus Regierungsgeschäfte übernimmt und eine politische Agentur der Bourgeoisie wird. In dieser Entwicklung von bürgerlichen Arbeiterparteien zu Parteien des Monopolkapitals sind die Revisionisten Italiens und Frankreichs ihren sozialdemokratischen Vorgängern schon ziemlich weit gefolgt. Während die französische KP zusammen mit den Sozialdemokraten und anderen offen bürgerlichen Parteien ein Wahlbündnis schloß, um in die Regierung zu kommen, tut die KP Italiens alles bis zum Streikbruch, um sich bei der herrschenden Klasse ihres Landes als regierungsfähige Partei anzubiedern. Zusammen mit den Sozialdemokraten und "linken" Demochristiani will sie die politische Verwaltung des italienischen Kapitalismus übernehmen.
Wenn auch die KPÖ wegen ihrer Einflußlosigkeit und Kleinheit nicht ernstlich solche hochfliegenden Pläne haben kann, so geht sie doch genau denselben Weg. In diesem Zusammenhang ist die zunehmende Annäherung der KPÖ an die Sozialdemokratie zu sehen. Zwar fand diese Entwicklung bereits die ganzen 60er Jahre hindurch statt, sie hat aber in jüngster Zeit gewisse neue Erscheinungen hervorgebracht, die beim Parteitag dann kodifiziert wurden. Dazu gehört die ausgesprochene, prinzipielle Ablehnung jeglicher Aktionseinheit in gleich welchen Einzelfragen mit den Marxisten-Leninisten und als Gegenstück dazu das immer prinzipienlosere Packeln mit jedem sozialdemokratischen Bonzen, mit dem sie sich in irgendeiner Frage irgendwie zusammentun kann. Was dabei als "Einheit der fortschrittlichen Kräfte" ausgegeben wird, ist in der Praxis Sabotage und Spaltung der wirklichen Einheit, sei es der Arbeiter im Betrieb, sei es z.B. bei der Protestkampagne gegen die Straßenbahnverteuerung in Salzburg, sei es bei antiimperialistischen Solidaritätsaktionen oder bei was auch immer.

Volle Unterordnung unter die Sowjetrevisionisten

Den russischen Sozialimperialisten passen diese Politik und Ziele ihrer westlichen "Bruderparteien" natürlich sehr gut in ihre Pläne, im Kampf mit den USA die politische und wirtschaftliche Vorherrschaft in Westeuropa zu erringen. Revisionistische Parteien in den Regierungen Italiens oder Frankreichs können ihnen dabei sehr gut als Stützpunkte bei der Änderung ihres Einflusses dienen. Deshalb ist es kein Zufall, daß der "harmonische Gleichklang" der KPÖ und der anderen revisionistischen Parteien Hand in Hand geht mit der stärkeren Unterordnung unter die Sowjetrevisionisten. Die "enge Verbundenheit mit der SU" ist der zweite wichtige Punkt in der Bilanz, die Scharf über den 22. Parteitag zieht. Die Unterordnung unter den Sozialimperialismus gibt er sogar als Hauptcharakteristikum der KPÖ an, wenn er sagt, daß - im Unterschied zu den Marxisten-Leninisten - gerade die "Verbundenheit mit der SU" es sei, die der KPÖ ihr "eindeutiges und vorwärtsweisendes Profil" gebe.

Die KPÖ-Revisionisten haben Angst vor der Kraft des Kommunismus

Das Erstarken der kommunistischen Bewegung und der steigende Einfluß des Marxismus-Leninismus zwingen die bürgerlichen Kräfte immer öfter, vom Totschweigen zum Verleumden überzugehen. Auch die KPÖ-Führer können ihren Mitgliedern nicht länger die Existenz und den Aufschwung der kommunistischen Bewegung verheimlichen. Zugleich wollen sie ihren eigenen Mitgliedern jede Zusammenarbeit mit den Marxisten-Leninisten verbieten. Das alles widerspiegelt die Angst, die die KPÖ-Führer vor dem Marxismus-Leninismus haben. Sie fürchten die kommunistische Bewegung, unter anderem auch deshalb, weil nicht alle Mitglieder der KPÖ die immer weitere Vertiefung des Revisionismus und den offenen Verrat am Sozialismus widerspruchslos hinnehmen. Nicht alle KPÖ-Mitglieder nehmen den revisionistischen Führern ab, daß die "antimonopolistische Demokratie" eine schöpferische Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus ist. Der weitere Vormarsch der kommunistischen Bewegung, ihr zunehmender Einfluß in der Arbeiterklasse und im Volk wird die langjährige ungeteilte Herrschaft der bürgerlichen Ideologie in der Arbeiterklasse brechen und die Voraussetzung für eine neue proletarische Partei schaffen, die Schädlichkeit des Revisionismus und Reformismus immer deutlicher zeigen, einer Reihe von alten Kommunisten, die durch den zeitweiligen Sieg des Revisionismus aus dem aktiven politischen Leben verdrängt worden sind, wieder in die kommunistische Arbeiterbewegung hineinziehen und auch die Widersprüche in der KPÖ verschärfen.

W.L.

ÖSTERREICH
Die kapitalistische Wirtschaft fordert täglich drei Arbeiterleben

Am 31.1. wurde die Arbeitsunfallsstatistik für 1972 veröffentlicht. 1972 gab es 218.748 anerkannte Arbeitsunfälle (1971: 219.697, 1970: 214.013). Diese Statistik könnte den Anschein erwecken, daß in den letzten Jahren die Zahl der Arbeitsunfälle ungefähr gleichgeblieben ist. Das widerspricht aber eindeutig den Erfahrungen jedes Fabriksarbeiters: Die Zahl der Krankenstände steigt rapid an, immer öfter brechen vor allem Kolleginnen am Fließband oder im Einzelakkord direkt zusammen, immer öfter sind Rettungswagen auf dem Fabriksgelände zu sehen. Wie schaut die Lage jetzt wirklich aus?

In der Statistik selbst gibt es einen Widerspruch, der sofort auffällt: Während die Zahl der Arbeitsunfälle insgesamt im letzten Jahr leicht zurückgegangen sein soll, ist die Zahl der Arbeitsunfalltoten alarmierend gestiegen: von 930 Toten 1971 (1970: 834) auf 995 Tote 1972! Dieser Widerspruch hat seine Ursache darin, daß Tote sich nicht mehr verheimlichen lassen, aber sonstige Unfälle nicht unbedingt gemeldet und nicht unbedingt anerkannt werden müssen. Denn in der Praxis ist es heute so, daß zwar der Gesundheitszustand der Arbeiter immer miserabler wird, daß die Arbeitssicherheit immer geringer wird: aber immer weniger Arbeiter können es sich leisten, Verletzungen und Krankheiten wirklich auszukurieren, in den Krankenstand zu gehen. Denn Krankheit bedeutet für den Arbeiter Lohnverlust. Am ärgsten davon betroffen sind Monteure, Schichtarbeiter und andere Arbeitergruppen, die großteils von Zulagen abhängig sind, die beim Krankengeld nicht gerechnet werden. In zunehmendem Maße wird aber nicht nur der drohende Lohnverlust, sondern auch die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes die Arbeiter dazu zwingen, Unfälle und arbeitsbedingte Gesundheitsschäden zu übergehen. In der Vorarlberger Textilindustrie z.B. sind seit den ersten Entlassungen die Krankenstände zurückgegangen: Und zwar sicher nicht deswegen, weil auf einmal die Leute gesünder und die Arbeitsbedingungen besser wurden.

Dazu kommt noch, daß bei einem Unfall in der Regel vom Meister bis zum Betriebsarzt alles in Bewegung gesetzt wird, daß die Kollegen sich nur notdürftig verarzten lassen und weiterarbeiten. "Sie sind selbst schuld", "Sie haben ja die Sicherheitsvorschriften vernachlässigt", "Sie werden von der Versicherung nichts bekommen, weil sie der Schuldige sind" - solche Äußerungen veranlassen viele Kollegen, nicht auf Unfallmeldung und Krankenstand zu bestehen.
All diese Gründe tragen dazu bei, daß die Statistik weit unter den üblichen Unfallszahlen liegt.

Bei den Berufskrankheiten, die ebenfalls in dieser Statistik erfasst werden, liegt die Sache ähnlich: Sie scheinen nur auf, wenn es dem Arbeiter gelingt, daß sie als solche anerkannt werden. Es ist aber eine ungeheuerliche Tatsache, daß das beim Herz- und Nervenleiden der Fließbandarbeiterin, beim Zwölffingerdarmgeschwür des Akkordarbeiters, bei der Augenentzündung der Löterin nur in den seltensten Fällen gelingt.

In Wirklichkeit: Arbeitsunfälle gestiegen

Für eine Arbeiterfamilie wird es immer schwerer, mit dem normalen Lohn auszukommen. Das hat in den letzten Jahren zu einer ungeheuren Zunahme der

Überstunden und der Akkordhetze geführt. Dieselben Folgen haben die Rationalisierungsmaßnahmen, durch die die wenigen Kollegen mehr zu leisten gezwungen werden. Durch diese ganzen Zustände wird der Arbeiter immer mehr ausgelaugt, die Ermüdungserscheinungen setzen schon vormittags ein, die Konzentration läßt nach: Dadurch steigt die Unfallgefahr.

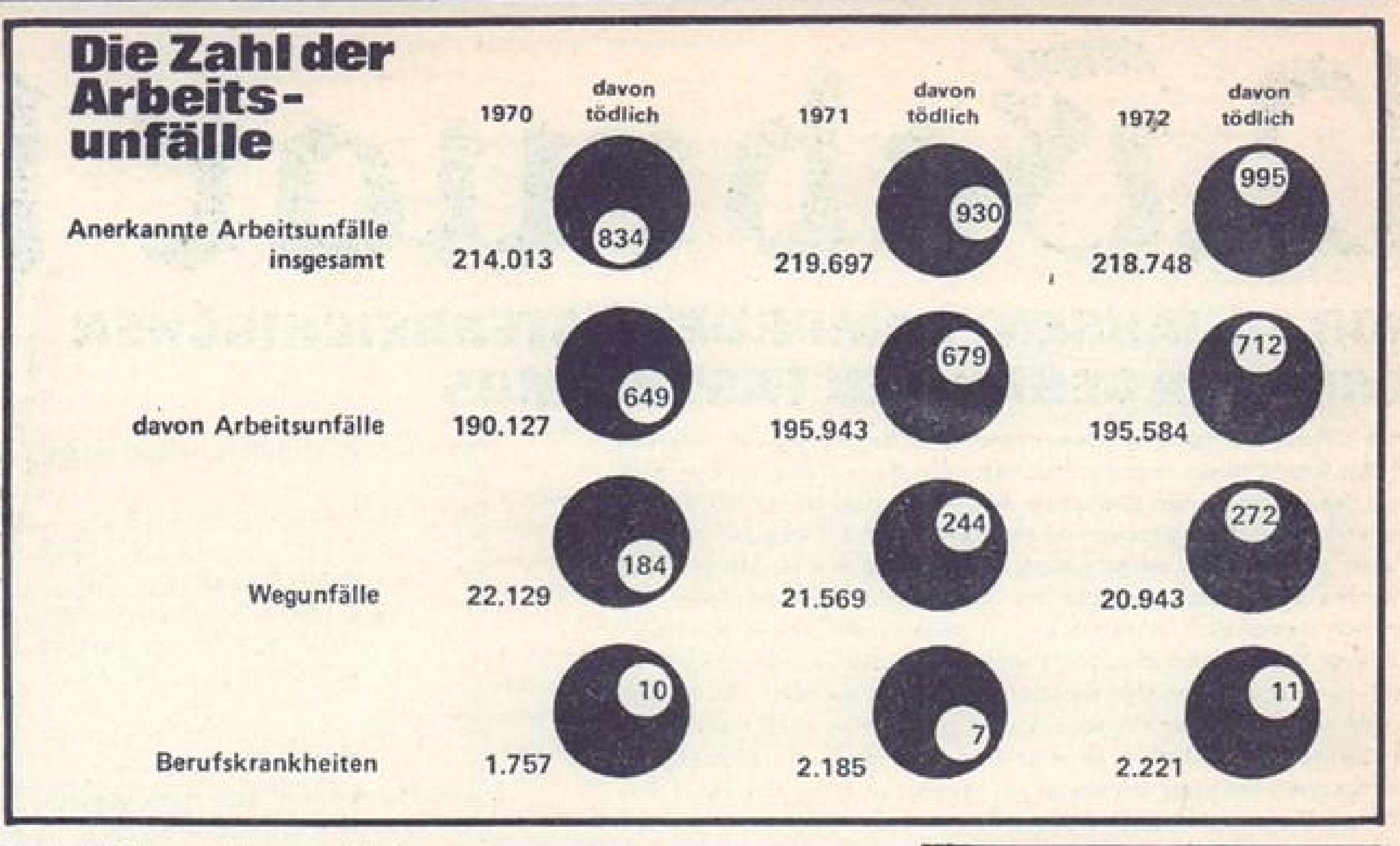
Untersuchungen haben ergeben, daß bei Fließbandarbeiterinnen die Reaktionsfähigkeit sehr gering ist, Was soll man auch erwarten, wenn die Frauen bei KAPSCH und SCHRACK schon vormittags die ersten schmerzstillenden Tabletten schlucken müssen, damit sie überhaupt durchhalten? Was soll sich eine Kollegin denken, wenn der ÖGB zu ihrer Situation nichts anderes zu sagen hat als: "Arbeitsunfälle lassen sich bei genügender Aufmerksamkeit vermeiden." (ÖGB-Nachrichtendienst)

Die meisten Sicherheitsvorschriften erweisen sich angesichts der Arbeitshetze als bloße Augenauswischerei: Es gibt sie zwar, aber die Zeit, die man zu ihrer Einhaltung braucht, ist in keiner Vorgabezeit enthalten. So hat der Akkordarbeiter die Wahl zwischen Sicherheit oder Lohneinbußen. Das ist z.B. bei der Handschaltung von Maschinen der Fall: die knappen Stückzahlen zwingen den Arbeiter, auch verbotenerweise die Fußschaltung zu benützen, um auf sein Geld zu kommen. Denselben Charakter haben z.B. die Vorschriften für das Arbeiten an Spannungen (bei der Elektro- und Fernmeldemontage z.B.): Die zu ihrer Einhaltung notwendigen Geräte (z.B. Gummimatten) sind oft gar nicht vorhanden, Arbeiter müssen sogar vorschriftswidrig mit Lötkolben ohne Trenntrafos arbeiten, weil sich die Firmen dadurch etwas ersparen. Aber bei Unfällen wird dem Arbeiter die Nichteinhaltung der Bestimmungen angelastet! Es ist ein Hohn, wenn die Gewerkschaft mit den neu-geschaffenen "Sicherheitsvertrauensleuten" in den Betrieben prahlt: Sie haben keine wirkliche Einflußmöglichkeit - sollen sie etwa selbst die Mittel für die Sicherheit ihrer Kollegen aufbringen. Außerdem haben sie nicht den geringsten Schutz: Wenn sie nicht von vornherein schweigen, werden sie schnell mundtot gemacht sein. Denn sobald Sicherheit etwas kostet, wird bei den Unternehmern bald das Verständnis vorbei sein.

Das zeigt sich bei den wenigen Gesundheitschäden, die als Berufskrankheiten anerkannt werden: Vergiftungserscheinungen durch Dämpfe z.B. Sie könnten in den meisten Fällen durch Schutzkleidung, kürzere Arbeitszeit der gefährdeten Kollegen und Einrichtungen, wie z.B. Absaugevorrichtungen verhindert werden. Wie schaut aber die Praxis aus (Gießerei bei Waagner Biro): Die Schutzkleidung (Gasmasken) ist beim Arbeiten hinderlich, die Absaugevorrichtung ist pausenlos verstopft, für ihre Säuberung ist leider kein Geld da.

Auch die zahlreichen Toten am Bau, die es jedes Jahr gibt, sind ein Opfer der Profitgier: ein schlechtes Gerüst ist eben billiger.

All diese Entwicklungen zeigen, daß das Grundübel für die sinkende Arbeitssicherheit im kapitalistischen System selbst liegt: Im Zwang für jeden Arbeiter, immer mehr und schneller zu arbeiten, um sich und die Familie erhalten zu können. Und in der Wertlosigkeit der Gesundheit und des Lebens des Arbeiters - angesichts der Tatsache, daß ein neuer Arbeiter dem Kapitalisten billiger kommt als die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ausreichende Sicherheitsvorkehrungen und ausreichende Vorgabezeiten.



Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen

Solange die Kapitalisten bestimmen, unter welchen Bedingungen gearbeitet wird, solange der Arbeiter gezwungen ist, um Leben zu können, Gesundheit und Leben zu riskieren, wird sich an dieser Lage nichts grundsätzlich ändern. Denn im Kapitalismus ist der Profit wichtiger als das glückliche und gesunde Leben des Menschen. Deshalb muß dieses System auch von der Arbeiterklasse gestürzt werden, damit sie die Produktion nach ihren Interessen organisieren kann - ohne dauernde Bedrohung von Gesundheit, Leben und Existenz.

Aber die Arbeiterschaft wäre heute schon stark genug, um diese Zustände im betrieblichen und gewerkschaftlichen Kampf zu ändern. Doch die heute noch von großen Teilen der Arbeiterschaft anerkannte Führung im ÖGB und ihre Politik steht diesem Kampf im Weg: Sie führen die Arbeiterschaft nicht in den Kampf gegen das mörderische Akkordsystem, gegen jede Art von Arbeitshetze, die ja die Hauptursache der Unfälle und Gesundheitsschädigung ist. Sie fordern für besonders arge Fälle Zulagen, statt die Erzwingung von besseren Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Weil sie den Kampf gegen die Unternehmer ablehnen, kann mit ihrer Politik keine Verbesserung dieser Zustände erreicht werden. Kein Betriebsrat, der mit dieser Kapitulationspolitik der ÖGB-Führung übereinstimmt, wird je eine harte Position gegen einen Unternehmer einnehmen, wenn dieser für die Sicherheit und Gesundheit der Arbeiter keinen Schilling ausgibt. Ihm wird die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Firmenleitung wichtiger sein, als dagegen aufzutreten, daß durch Akkord- und Fließbandarbeit Arbeiter für ihr Leben lang schwerste Leiden davontragen.

Gerade an der Frage der Gesundheit und Arbeitssicherheit zeigen sich die Folgen der Zusammenarbeitspolitik mit den Kapitalisten in aller Brutalität: Für Unternehmerinteressen, für Konkurrenzfähigkeit und Profit, sind die Vertreter der Sozialpartnerschaft im ÖGB und Betriebsrat bereit, Leben und Gesundheit der Arbeiter zu opfern!

A. R.

..Arbeitsverfassungsgesetz

stimmungen werden die Arbeiter aber nicht hindern, den Kampf um ihre Interessen zu führen. In diesem Kampf wird die Arbeiterklasse gewisse Bestimmungen des ArbVG ausnützen wie z.B., daß jetzt ein Drittel der Belegschaft eine Betriebsversammlung einberufen kann oder daß alle Betriebsräte eines Unternehmens zumindest jährlich in Betriebsrätekonferenzen zusammenkommen müssen. Überall, wo das ArbVG aber dem Kampf der Arbeiter im Weg steht, müssen sie sich ungeachtet dieses arbeiterfeindlichen Gesetzes die Rechte nehmen, die sie brauchen, um den Klassenkampf führen zu können.

T. B.

12. Februar 1934

VOR 40 JAHREN: KAMPF DER ÖSTERREICHISCHEN ARBEITER GEGEN DEN FASCHISMUS

Am 12. Februar greifen Österreichs Arbeiter zu den Waffen, um die Errichtung der Herrschaft des Faschismus, der offenen, terroristischen Diktatur des Finanzkapitals, zu verhindern. In Linz flammen am Morgen des 12. Februar die Kämpfe auf, sie greifen am Mittag auf Wien und die wichtigsten Industriestädte über. Simmering ist bis zum Abend in den Händen der Arbeiter, in den anderen Wiener Bezirken können wichtige Positionen erkämpft und gegen die anstürmenden Polizei- und Bundesheereinheiten verteidigt werden. In Bruck an der Mur wird der Generalstreik lückenlos durchgeführt, die Gendarmeriestation angegriffen, die anrückenden Bundesheertruppen werden zurückgeschlagen. In Steyr besetzt der Schutzbund den Arbeiterbezirk Ennsleiten, in Attnang-Puchheim den verkehrstechnisch wichtigen Bahnhof, in Wolfsegg bewaffnen sich die Bergarbeiter und machen die Bahnlinie unpassierbar. In Dutzenden Städten und Orten wird gekämpft. Fünf Tage lang führen die österreichischen Arbeiter mit beispiellosem Heldenmut einen entschlossenen Kampf gegen den Faschismus, ehe sie der drückenden Übermacht weichen.

Die von Elend und Not, Hunger und Arbeitslosigkeit gequälten Massen hatten das Vertrauen in die bürgerliche Demokratie verloren. Sie erhoben sich zum Krieg gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter, zum bewaffneten Kampf gegen den Faschismus, um mit dem Sturz des Faschismus auch den Kapitalismus, die Quelle aller Not, zu beseitigen.

Krise des Imperialismus

Mit aller Wucht war 1929 die Weltwirtschaftskrise auch auf Österreich hereingebrochen. 1931 krachte die Creditanstalt zusammen, die drei Viertel der Groß- und Mittelbetriebe kontrollierte. Fabriken sperrten zu, andere drosselten die Produktion drastisch. Ganze Ortschaften verloren ihre Arbeitsplätze. Die Löhne wurden gedrückt, die Arbeitslosenunterstützung bis zu 50% gekürzt, die klassenbewußten Arbeiter aus den Betrieben geschmissen und durch Nazis und Heimwehrleute ersetzt.
Die Zahl der Arbeitslosen stieg auf über eine halbe Million. 1932 war fast die gesamte Arbeiterjugend arbeitslos, insgesamt ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung. Ein Viertel hatte Kurzarbeit und hatte kaum soviel wie die Arbeitslosenunterstützung ausmachte. Unterernährung war der Normalfall. Die Säuglingssterblichkeit stieg rapid an und der Typhus verbreitete sich.

Zur Arbeitslosigkeit kam die Wohnungsnot. In Wien gab es im Jahr über 700 000 Übernachtungen im Obdachlosenasyl. Die Kommunistische Partei ergriff die die Initiative bei der Organisierung von Arbeitslosenkommitees und von Hungermärschen.

Mit der Weltwirtschaftskrise vertiefte sich die allemeine Krise des Kapitalismus, die Massen revolutionierten sich und erkannten immer deutlicher, daß allein der Sturz der Bourgeoisie und die Erkämpfung der Arbeitermacht Elend und Unterdrückung zu beseitigen vermag. Die Arbeiterklasse suchte den Ausweg aus der Krise in der Revolution. Die Bourgeoisie suchte ebenfalls einen Ausweg aus der völligen Auflösung des Kapitalismus. Sie fand ihn im Faschismus. Die Bourgeoisie mußte dem Anwachsen der revolutionären Kräfte zuvorkommen. Dazu brauchte sie den Faschismus. Die Bourgeoisie suchte die ganze Last der Krise auf die Werktätigen abzuwälzen, sie suchte das Problem der Märkte durch versklavung der schwachen Völker, durch Steigerung der kolonialen Unterdrückung und durch eine Neuaufteilung der Welt auf dem Weg des Krieges zu lösen. Dazu brauchte sie den Faschismus.

Der Aufstieg des Faschismus

Der faschistische Umsturz 1933 in Deutschland gab der Reaktion in allen Ländern einen mächtigen auftrieb. 1934 wurden in Frankrech alle faschistischen Kräfte mobilisiert, am 6. Februar unternahmen sie einen Putschversuch. 1934 holte in Österreich die Bourgeoisie zum entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterbewegung aus. In Frankreich antwortete das Proletariat mit Generalstreik und Massendemonstrationen, in Österreich mit Generalstreik und dem bewaffneten Kampf.
Der Faschismus hatte sich in Österreich seit dem 15. Juli 1927 zu Formieren begonnen. Seit dem Tag, an dem die Wiener Polizei in die Massen unbewaffneter Demonstranten schoss, 100 Proletarier niederstreckte und Tausende verwundete. Die sozialdemokratischen Arbeiter riefen nach Waffen und stürmten gemeinsam mit Kommunisten Polizeiwachstuben. Sie wollten mit der Bourgeoisie abrechnen und erwarteten von ihrer Partei, daß sie sie in diesen Kampf führt. Doch diese hielt sie zurück, bemühte sich die "Ruhe wiederherzustellen", um - wie sie sagte - die Bourgeoisie nicht herauszufordern. Sie kapitulierte vor der Reaktion und erleichterte dadurch den Aufstieg der faschistischen Kräfte. Die faschistischen Heimwehren, unterstützt von der Industrie, von der Regierung und von den faschistischen Ländern Ungarn und Italien, erstarkten und gingen zum Angriff auf die Arbeiterbewegung über. Sie schufen sich feste Positionen in der Polizei, im Staatsapparat und im Bundesheer, aus denen die fortschrittlichen Menschen rausgesäubert wurden. Gleichzeitig drangen sie mit Hilfe der Unternehmer in die Betriebe ein, verstärkten ihre bewaffneten Aufmärsche, steigerten die Provokationen, Terroranschläge und Ermordungen von klassenbewußten Arbeitern. 1931 putschte die steirische Heimwehr, die Aktion zerbrach am Widerstand der Arbeiterklasse. Die Regierung sorgte dafür, daß kein Heimwehrler verfolgt und nur Arbeiter verhaftet wurden, die der Heimwehr wiederstand geleistet hatten. Heimwehrführer wurden in die Regierung aufgenommen, die Waffensuche in Arbeiterwohnungen und Parteiheimen verstärkt. Die Regierung wickelte die Geschäfte durch Notsverordnungen ab, und schaltete schließlich 1933 das Parlament endgültig aus. Die Heimwehr griff nach der Macht im Staat.

Die Sozialdemokratie kapituliert vor dem Faschismus

1929 war ein Sturm der Empörung durch die ganze österreichische Arbeiterklasse gegangen, als die Heimwehr mit Maschinengewehren in eine unbewaffnete Arbeiterversammlung in St. Lorenzen schoss, 3 Arbeiter ermordete und 200 verletzte. In vielen Orten der Obersteiermark gingen die Arbeiter auf die Straße, in zahlreichen Wiener Fabriken kam es zu Streiks. Überall tauchten Gerüchte über einen bevorstehenden Generalstreik auf. Die "Rote Fahne", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs, rief: " Auf zur Gegenoffensive gegen den Mordfaschismus!"

Die KPÖ forderte die Massen zum Zusammenschluß in der proletarischen Einheitsfront auf und setzte wirksame Initiativen zur Bekämpfung des Faschismus. Diese Vorschläge wurden sämtlich von der Sozialdemokratie abgelehnt, die den einheitlich geführten Kampf gegen den Faschismus sabotierte. So wurde die KPÖ, trotz des relativ schwachen Einflusses, den sie im Vergleich zur Sozialdemokratie in der Arbeiterklasse hatte, zur einzigen Kraft, die den Kampf gegen den Faschismus von allem Anfang an entschlossen führte. Sie ließ keinen Zweifel daran, daß der Faschismus niedergeschlagen werden mußte, wenn er besiegt werden sollte. die KPÖ machte den Arbeitermassen klar, daß der Kampf gegen den Faschismus ein Kampf auf Leben oder Tod war. "Schlagt die Faschisten, wo ihr trefft!" - das war die Leitlinie ihres Kampfes.

Die Sozialdemokratie hatte seit dem 15. Juli 1927 jeden Vorstoß der faschistischen Heimwehr hingenommen, um eine Verschärfung der Klassengegensätze zu "vermeiden". In Wirklichkeit trug sie durch ihre Politik zu einer Verschärfung der Klassengegensätze bei, dergestalt, daß die Reaktion immer heftigere Angriffe gegen die Arbeiterbewegung richtete und ihre Machtstellung ungehindert zu einer Festung ausbauen konnte. Durch ihre Politik des Zurückweichens hinderte sie die Massen, wirksame Gegenmaßnahmen gegen die Angriffe des Faschismus zu ergreifen. Sie suchte den Faschismus durch einen Ausgleich mit der Bourgeoisie, durch einen Kom-

promiß mit dem Klassenfeind aufzuhalten und abzuwehren. Durch ihre Orientierung an der bürgerlichen Legalität, an der bürgerlichen Demokratie und an dem Parlamentarismus war sie von vornherein im Hintertreffen gegenüber dem Faschismus, der sich um solche Dinge wenig kümmerte und offen von der Errichtung einer terroristischen Diktatur sprach. Indem die Sozialdemokratie die Massen an den Reformismus band, hielt sie sie vom einzigen Weg zur Durchsetzung ihrer Interessen und von der einzig wirksamen Verteidigung gegenüber den Angriffen der Bourgeoisie ab: vom unversöhnlichen Klassenkampf, vom revolutionären Massenkampf.

1933, nach der Auflösung des Parlaments, richtete die KPÖ ein weiteres Einheitsfrontangebot an die Sozialdemokratie, das diese Partei erneut ablehnte. Sie erklärte, die Sozialdemokratie sei imstande, allein dem Faschismus entgegenzutreten, die Einheitsfront der Arbeiterklasse sei in der Sozialdemokratie verwirklicht und sie selbst würde die Initiative ergreifen, wenn der Zeitpunkt dafür gekommen sei. Sie setzte weiterhin nicht auf den Klassenkampf, sondern auf Verhandlungen mit der Regierung. Das auch noch zu einer Zeit, als diese sich anschickte, mit der Sozialdemokratie kurzen Prozeß zu machen und sie von der Bühne zu fegen. Die Regierung kümmerte sich wenig um die Angebote der Sozialdemokratie.

1933 verbot sie den Schutzbund, die Wehrorganisation der Sozialdemokratie. Kurz darauf erließ die Regierung ein Streikverbot für die lebenswichtigen Betriebe. Die Sozialdemokratie schwieg.

Am 26. Mai wurde die Kommunistische Partei verboten, die schon seit längerem im halblegalen Zustand arbeitete. Der Kommunistische Jugendverband war bereits 1931 verboten worden. Gegen das Verbot der KPÖ legte die Sozialdemokratie verbalen Protest ein, erklärte aber kurz darauf in ihrem Zentralorgan, der Arbeiter-Zeitung, "politisch ist die Tatsache ihres Verschwindens zu begrüßen". Während die sozialdemokratische Führung weiterhin alle Einheitsfrontangebote ablehnte, begannen sich sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter zu gemeinsamen Aktionen zusammenzuschließen. Die Kommunistische Partei, die sich bisher nur schwach hatte unter den Massen verankern können, stärkte ihren Einfluß trotz Illegalität durch entschlossenes und mutiges Auftreten ihrer Mitglieder. Die Masse der Arbeiter blieb allerdings noch an den Reformismus gebunden und tastete sich nur allmählich zum Standpunkt des revolutionären Klassenkampfs vor.

Die Arbeiter greifen zu den Waffen

In dieser Situation ging die Konterrevolution zum entscheidenden Schlag über. Ende Jänner 1934 unternahmen die Tiroler Heimwehren einen Putschversuch. In Oberösterreich und in der Steiermark verlangten die Heimwehren ultimativ die völlige Beseitigung der noch bestehenden demokratischen Einrichtungen. Der Heimwehrführer Steidle erklärte: "Jetzt hat der parlamentarische Spaß ein Ende, jetzt wollen wir mit dem Aufräumen anfangen." Die Regierung ordnete Anfang Feb-

Die Rote Fahne

Sondernummer 10. Februar 1934 Nr. 3

Heraus zum Generalstreik!

Die Betriebe von Liesing, Atzgersdorf streiken bereits. Alle sozialdemokratischen Vertrauensmänner wurden dort verhaftet. In Innsbruck wurde Arbeiterheim und Druckerei von den Faschisten zusammengeschlagen. Es kam zu blutigen Zusammenstößen. Die Heimwehren haben im Einvernehmen mit Dollfuß in allen Bundesländern ihre Horden bewaffnet aufgeboten.

Sie fordern Kommissäre an Stelle der Landesregierungen und der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltungen. In mehr als 20 sozialdemokratischen Gemeinden wurden die Kommissäre bereits eingesetzt. Sie fordern Kommissäre für die Arbeitslosenvermittlungen, Sozialversicherungsinstitute und auch für die Privatbetriebe.

Die klassenbewußten Proletarier sollen brotlos gemacht werden.

Es geht um euer Leben und euere Existenz!

Der sozialdemokratische Parteivorstand und die Gewerkschaftsführer setzen ihre Verrats- und Kapitulationspolitik weiter fort. Trotzdem Polizei und Militär das sozialdemokratische Parteihaus in der Wienzeile, das Konsumvereinsheim in Meidling und Gewerkschaftshäuser besetzte, rühren sie keinen Finger. Wie in Deutschland wollen sie die Arbeiter den Faschisten wehrlos preisgeben.

Schlagt den Faschismus nieder, ehe er euch niederschlägt!

Legt sofort die Arbeit nieder! **Streikt!** Holt die Nachbarbetriebe heraus! Wählt Aktionskomitees zur Führung des Kampfes in jedem Betrieb! Geht auf die Straße! Entwaffnet die Faschisten! Die Waffen in die Hände der Arbeiter!

Generalstreik!

Sofortige Auflösung aller faschistischen Organisationen!
Weg mit allen faschistischen Komissären!
Weg mit den faschistischen Verwaltungskommissionen der Arbeiterkammern!
Sofortige Wiederherstellung der Versammlungs-, Presse-, Koalitions- und Streikfreiheit!
Sofortige Freilassung aller antifaschistischen Gefangenen!
Weg mit der Todesstrafe und dem Standrecht!

Weg mit der Henker=Regierung!

Kommunistische Partei Oesterreichs (Sektion der III. Internationale)



Der Karl-Marx-Hof wurde von der Hohen Warte aus mit Artillerie beschossen.

ruar Waffensuchen in fast allen sozialdemokratischen Heimen an, die Schutzbundführer wurden verhaftet. Die Heimwehr besetzte die strategisch wichtigen Punkte in Oberösterreich, Tirol, Steiermark, Vorarlberg und Burgenland. Sie holte zum entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterklasse aus.

Die einzige Möglichkeit, diesen Angriff des Faschismus abzuwehren, bestand darin, alle proletarischen Kräfte in einer festen Einheitsfront zusammenzuschließen, den Generalstreik auszurufen, das Wirtschaftsleben lahmzulegen und die faschistischen Kräfte niederzuschlagen, ehe sie zum organisierten Angriff übergehen konnten. Die KPÖ trat in Verbindung mit der sozialdemokratischen Führung und schlug vor, einen gemeinsamen Aufruf zum Generalstreik herauszubringen und den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen. Die Sozialdemokratie lehnte ab.

Bis zum letzten Augenblick verhinderte sie gemeinsame Aktionen, lenkte die Arbeiterklasse vom einheitlich geführten Massenkampf ab und entwaffnete sie dadurch gegenüber der Offensive des Faschismus. Verrat und Verbrechen an der Sache der Arbeiterklasse - das war die Politik der sozialdemokratischen Führung.

Die KPÖ rief daraufhin am 10. Februar 1934 den österreichischen Arbeitern in einem illegalen Flugblatt zu:

"Es geht um euer Leben und eure Existenz!
Schlagt den Faschismus nieder, ehe er euch niederschlägt!
Legt sofort die Arbeit nieder!
Streikt! Holt die Nachbarbetriebe heraus!
Wählt Aktionskomitees zur Führung des Kampfes in jedem Betrieb!
Geht auf die Straße! Entwaffnet die Faschisten! Die Waffen in die Hände der Arbeiter!
Generalstreik!"

Bei einer Waffensuche leisteten am 12. Februar die Linzer Schutzbündler entgegen den Weisungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes bewaffneten Widerstand. Sie haben genug von der Kapitulationspolitik. Sie wissen, daß die Alternative steht: jetzt oder nie. Die Übermacht von Polizei und Militär sucht in das Arbeiterheim einzudringen, aber sie stoßen auf erbitterten Widerstand. Eine zur Verstärkung angerückte Maschinengewehrkompanie kann nur mit Mühe bis zum ersten Stock vordringen. Zum Schluß wird Artillerie aufgefahren. Erst nach Stunden erbitterten Kampfes ergeben sich die Schutzbündler, nachdem die Munitionsvorräte zu Ende gegangen und zwei Entsatzaktionen gescheitert sind.

Die Sozialdemokratie fällt den Kämpfenden in den Rücken

Sobald die Nachricht von den Kämpfen in Linz nach Wien gedrungen ist, schmeißen die Arbeiter in einer Reihe von Floridsdorfer Betrieben die Arbeit hin und verlangen nach Waffen. Nur mit Mühe gelingt es den Betriebsräten, sie noch einige Stunden hinzuhalten. Der sozialdemokratische Parteivorstand entscheidet sich nach endlosem Zögern für den Streik, um nicht den letzten Rest an Einfluß unter den Arbeitermassen zu verlieren. Aber dieser Beschluß dringt nicht in die Betriebe. Der Gewerkschaftssekretär Svitanic antwortet zwei Stunden lang auf alle telefonischen Anfragen aus den Betrieben beharrlich, ihm sei von einer Generalstreikparole nichts bekannt. Schließlich dreht eine entschlossene Arbeitergruppe der Städtischen Elektrizitätswerke den Strom ab. Diese Parole wird in den Betrieben verstanden. Das war der Beginn des Generalstreiks und der Bewaffnung des Schutzbunds.

Aber der sozialdemokratische Parteivorstand hatte dafür gesorgt, daß die österreichischen Arbeiter im Kampf unterliegen mußten. Er gab die Anweisung, daß der Schutzbund keine Angriffsaktionen durchführen dürfe und den Kampf nur dort beginnen soll, wo er angegriffen wird. Damit war der Kampf des Schutzbundes - so heldenhaft er auch geführt wurde - zum Scheitern verurteilt.
Die Defensive ist der Tod des Aufstandes, einzig und allein der entschlossene Angriffskampf hätte eine Wende zugunsten der Arbeiterklasse erreichen können. Die sozialdemokratische Führung blieb auch im Februar ihrer Politik treu. Wie sie im wirtschaftlichen und politischen Kampf zurückwich, den Kompromiß suchte und schließlich das Feld der Bourgeoisie überließ, so auch im militärischen Kampf. Der Reformismus führte die Arbeiterklasse in die Sackgasse und entwaffnete sie vor den Angriffen und den Vorstößen der Bourgeoisie.

Der heldenhafte Kampf der österreichischen Arbeiterklasse wurde geführt ohne und gegen den Willen der sich radikal gebärdenden sozialdemokratischen Führung, von der sich die kämpfenden Schutzbündler ohne Ausnahme verraten und verkauft fühlten.

Demonstration der KPÖ gegen den Faschismus 1933



Die Februarkämpfe

In Wien begannen die ersten Kämpfe um 13 Uhr bei der städtischen Wohnbauanlage Sandleiten in Ottakring. Die Polizei will den Häuserkomplex stürmen, muß sich jedoch sofort wegen des heftigen Feuers aus Gewehren und Maschinengewehren zurückziehen. Trotz stundenlangem Beschuß kann sie nicht vordringen. Eine Stunde später versuchten Polizei und Regierungstruppen, den Reumannhof auf dem Margaretengürtel einzunehmen, wo sie ebenfalls auf heftigen Widerstand stießen. Simmering fällt in die Hände der Arbeiter. Am 13. Februar verschärfen sich die Kämpfe in ganz Wien, mit Floridsdorf als Hauptkampfgebiet. Der Kampfplan der Floridsdorfer geht dahin, zuerst alle Polizeiwachstuben einzunehmen und dann das Polizeikommissariat zu erstürmen, um den Bezirk ganz in die Hand zu bekommen. Die erste Wachstube besetzen um 6. 30 früh die Schtzbündler in Groß-Jedlersdorf. Auf ihrem Marsch zum Kommissariat treffen sie auf ein Überfallsauto der Polizei, das mit 16 Mann zum Entsatz des Wachzimmers fährt, und erobern es nach heftigem Schußwechsel. Den Angriff auf das Polizeikommisariat sollen die Straßenbahner tragen. Gewehre, Munitionskisten und ein Maschinengewehr werden ausgegraben. Arbeiterfrauen helfen, die Bestandteile mit Petroleum zu reinigen. Andere Frauen bringen Essen und Getränke. Junge Arbeiter und Studenten melden sich zum Kampf. Ein Angriff der Polizei wird zurückgeschlagen, ein zweiter, der mit zwei Panzerautos unterstützt wird, ebenfalls. Danach versuchen die Straßenbahner das Kommissariat zu stürmen. Sie erweisen sich aber als zu schwach, denn die Hauptfeuerwache unter Georg Weissel, die sie unterstützen sollten, ist durch Verrat eines Sozialdemokraten einem Handstreich der Exekutive erlegen. Mit Ausnahme des Kommissariats halten die Schutzbündler den ganzen Bezirk in der Hand. Die Polizei fordert nun Militärassistenz an. Die Arbeiter verteidigen ihre Stellungen, es entbrennt eine regelrechte Schlacht um Floridsdorf. Das Militär fährt Artillerie auf, schießt die Gemeindebauten "sturmreif" und rückt dann vor. In Kaisermühlen entbrennt der Kampf um den Goethe-Hof. Der Schutzbund geht offensiv vor und kann die Regierungstruppen bis zur Reichsbrücke zurückdrängen. Der Karl-Marx-Hof wird von der Hohen Warte mit Artillerie

beschossen, Bundesheertruppen dringen mit Panzerwagen gegen das Gebäude vor, das von den Schutzbündlern und Kommunisten heldenhaft verteidigt wird.

In Steyr müssen nach harten Kämpfen die Arbeiter der Artillerie weichen, während sie Bruck halten und die Angriffe der Bundesheertruppen abwehren können. Zu Gefechten kommt es in Graz, Wörgl, St. Pölten, Mödling, im Wolfsegg-Trauntaler Kohlengebiet in Ebensee und vor allem im obersteirischen Industriegebiet, in Leoben, Göß, Zeltweg, Judenburg, Voitsberg, Köflach, Kindberg und Weiz. Am 14. Februar konzentrieren sich die Kampfhandlungen nur noch auf Wien, nachdem der Generalstreik zusammengebrochen ist und sich keine zentrale Kampfleitung herausbilden konnte. In dem von der Artillerie zerschossenen Karl-Marx-Hof kommt es zu blutigem Stellungskampf, zu einem Kampf auf Mann gegen Mann. Das Gebäude kann erst am 15. Februar genommen werden, ebenso wie der Goethe-Hof, den die Verteidiger wegen Munitionsmangel räumen mußten. Kolomann Wallisch schlägt sich mit seiner Schutzbundtruppe von Bruck aus durch Gebirge, bis sie sich am 16. Februar auflösen, er selbst verraten und erschossen wird.
20 000 bis 25 000 Schutzbündler hatten gemeinsam mit den Kommunisten dem Faschismus eine bewaffnete Abwehrschlacht geliefert. 1000 bis 1200 fielen im Kampf, 4000 bis 5000 wurden verwundet. Über 10 000 wurden festgenommen und inhaftiert. Der Faschismus erhob seine blutige Fratze.

Die internationale Bedeutung

Die österreichische Arbeiterklasse wurde besiegt. Aber ihr Kampf, mit beispiellosem Heldenmut geführt, war nicht umsonst. Er war ein Weckruf für die internationale Arbeiterklasse, die 1934 nach Österreich blickte, neuen Mut faßte, ihre Kampfentschlossenheit und Energie verdoppelte. Der Februarkampf in Österreich zeigte, daß es möglich war, den Kampf zu führen, und daß es nötig war, den Kampf zu wagen. Die österreichischen Arbeiter bewiesen, daß es eine Alternative zur kampflosen Kapitulation vor dem Faschismus gibt. Der niederdrückende Sieg des Faschismus in Deutschland hatte den Kampfwillen der internationalen Arbeiterklasse herabgedrückt, der Februarkampf erweckte ihn zu neuem Leben. Ungeachtet seines Ausgangs war er eine Wende nicht nur in der österreichischen, sondern auch in der internationalen Arbeiterbewegung. Er leitete eine neue Etappe ein, trug neuen Kampfesmut in die Reihen der Arbeiterklasse und festigte die Entschlossenheit zur antifaschistischen Gegenoffensive. So in Frankreich, wo die französische Arbeiterklasse durch Entfaltung breitester Masseninitiative eine drohende Machtübernahme durch den Faschismus verhindern konnte. So in Spanien, wo die Arbeiterklasse durch das österreichische Beispiel den Mut und die Entschlossenheit fand, den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen und ihm drei Jahre lang heldenhaft standhielt.

Die Fehler

Der Faschismus konnte vor allem deshalb zur Macht kommen, weil die Arbeiterklasse durch die Politik der Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie, wie sie von den Führern der Sozialdemokratie betrieben wurde, gespalten, gegenüber der angreifenden Bourgeoisie politisch und organisatorisch entwaffnet war. Die Kommunistische Partei aber war nicht stark genug, um ohne und gegen die Sozialdemokratie die Massen in Bewegung zu bringen und in den entscheidenden Kampf gegen den Faschismus zu führen.
Die Fesselung der österreichischen Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie, an den Reformismus, verhinderte, daß sie den Weg des entschlossenen Massenkampfes einschlug. In der entscheidenden Phase, als es auf die Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats ankam, war ein Großteil der Arbeiter durch die Kapitulationspolitik zermürbt und entmutigt. Und die Schutzbündler, die zu den Waffen griffen, standen allein da, verlassen und verraten von den Führern, denen sie vertraut hatten, die versprochen hatten, sie im entscheidenden Kampf gegen den Klassenfeind zu leiten.
Gegenüber den sozialdemokratischen Führern, die nach dem Februarkampf das österreichische Proletariat mit Dreck bewarfen und erklärten, man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen, weil dies zur sicheren Niederlage geführt habe, sagte Dimitroff, der Held des Reichstagsbrandprozesses, in seinem Brief an die österreichischen Arbeiter:
"Nein, nicht der bewaffnete Kampf der österreichischen Arbeiterklasse war ein Fehler. Der Fehler bestand darin, daß dieser Kampf nicht organisiert war und nicht auf revolutionäre, bolschewistische Weise geführt wurde. Die Hauptschwäche des Februarkampfes der österreichischen Arbeiter bestand darin, daß sie infolge des schädlichen Einflusses der Sozialdemokratie nicht begriffen, daß es nicht genügt, sich gegen den Angriff des Faschismus zu verteidigen, sondern sie ihren bewaffneten Widerstand in einen Kampf zum Sturz der Bourgeoisie und für die Machtergreifung durch das Proletariat verwandeln müssen. Der bewaffnete Widerstand des österreichischen Proletariats gegen den Faschismus ging nicht in einen tatsächlichen bewaffneten Aufstand über. Darin besteht der Hauptfehler."
Bereits am 20. Februar, als gerade die Schüsse der letzten standgerichtlichen Hinrichtung verhallten, ruft die KPÖ den revolutionären Arbeitern zu: "Schließt euch zusammen in der Kommunistischen Partei und unter ihrer Führung vorwärts vom Februaraufstand zum roten bolschewistischen Oktober! Nieder mit der faschistischen Galgendiktatur! Es lebe Sowjetösterreich!" Das war die wahre Charakter und der wahre Inhalt der sozialdemokratischen Politik bewußt wurde. Die Februarkämpfe leiteten den Bruch mit dem Reformismus ein, der die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie bindet und sie vor den Angriffen der Reaktion entwaffnet. Sie endete mit einer Niederlage, weil die Kommunistische Partei zu schwach, zu wenig in den Massen verankert war und von den Massen der sozialdemokratischen Arbeiter infolge der Hetze ihrer Führer mit Mißtrauen betrachtet wurde. Daher war die KPÖ nicht imstande, die Führung in den Kämpfen zu übernehmen und die sozialdemokratischen Arbeiter mitzureissen. In den Februarkämpfen aber bewiesen die Kommunisten, daß nur sie es waren, die konsequent ohne zu zögern und bis zum Ende treu zur Sache der Arbeiterklasse stehen, daß sie es sind, die die Interessen der Arbeiterklasse am konsequentesten und revolutionär entschiedensten vertreten.
Sie leiteten einen neuen Aufschwung der kommunistischen



richtige Losung, die Losung, die den Arbeitern nach dem Zusammenbruch der von der Sozialdemokratie geschaffenen Illusionen vom bürgerlich-parlamentarischen Weg eine klare Richtung und ein klares Ziel wies.

Der Februar: Wende in der österreichischen Arbeiterbewegung

Die Februarkämpfe endeten mit einem Sieg des Faschismus, aber sie führten dazu, daß immer breitere Teilen der Massen der Arbeiterklasse die Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfs erkannten. Sie führten dazu, daß immer breiteren Massen der Bewegung in Österreich ein. Die KPÖ konnte trotz der Illegalität entscheidende Schritte setzen und sich stärker in den Massen verankern als bisher. Die Februarkämpfe öffneten den Arbeitermassen die Augen über den Unterschied zwischen Sozialdemokratismus und Kommunismus. Sie zeigten dem österreichischen Proletariat die Notwendigkeit, den radikalen Bruch mit dem Reformismus zu vollziehen, den Weg des revolutionären Klassenkampfs einzuschlagen und die Vorhut der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei als Organisator und Führer der Arbeiterklasse in der sozialen Revolution zu stärken. M. T.

NORWEGEN: NATO-Manöver gegen das Volk

Zwischen 7. 2. und 16. 3. 73 wurde in Norwegen unter dem Namen Wintex 1973 eine umfassende "Verteidigungsübung" der NATO abgehalten. Die Übung lief parallel mit anderen NATO-Ländern Europas und wurde vom NATO-Hauptquartier in Brüssel vorbereitet und organisiert. Seit dem Abschluß des Manövers sind geheime Dokumente bekanntgeworden, die den eindeutigen Nachweis liefern, daß die ganze Übung neben den als NATO-feindlich betrachteten Ländern Sowjetunion und Finnland dem "inneren Widerstand" des norwegischen Volkes gegen die NATO galt. Die Übung selber wurde auf Stabsebene durchgeführt. Das heißt, es war keine Übung mit Soldaten im Feld, Aufmärschen etc. sondern eine reine "Papierübung", bei der die Situation beschrieben wird und sich mittels Telegrammen (fingierten Pressemeldungen, Rundfunknachrichten usw.) entwickelt. Die Übung erstreckte sich über das ganze Land und erfaßte wesentliche Teile der zivilen Verwaltung. Der Zweck der Übung war es, die Reaktionsfähigkeit und Bereitschaft zu testen, die "Bedrohung der Gesellschaft" durch "Gegner" abzuwehren.

Die ersten Informationen darüber, gegen wen sich die Übung wirklich richtete, gelangten an die Öffentlichkeit durch einen wehrpflichtigen Soldaten, Narve Trädal, der im Nachrichtendienst eingesetzt war, und der 2 Telexmeldungen photokopierte und an zwei sozialistische und kommunistische Zeitungen brachte. Diese Telex-Meldungen beweisen, daß der Feind keine ausländische Macht war, sondern streikende Arbeiter in namentlich genannten Großbetrieben, gegen die NATO demonstrierende Studenten, sowie kommunistische und demokratische Organisationen, die für Norwegens Austritt aus der NATO sind.

Diese Meldungen lösten heftige Reaktionen bei den demokratischen Kräften Norwegens aus. Man versuchte zuerst die Meldungen als fingiert hinzustellen, dann aber, als ihre Echtheit einwandfrei feststand, sie als "Ausrutscher" in der Hitze des Gefechts darzustellen. Der Soldat, der die Meldungen der Öffentlichkeit zukommen hatte lassen, wurde angeklagt, 1. wegen Übertretung der militärischen Dienstpflichten, weil er Unterlagen aus dem Archiv entnommen und photokopieren hatte lassen. Strafausmaß, falls er schuldig gesprochen wird, bis 6 Monate; 2. wegen Verstoß gegen die Schweigepflicht, Strafausmaß bis 5 Jahre. Der Prozeß wurde für Jänner/Februar 1974 festgesetzt.

Zu Neujahr platzte dann die zweite Bombe in dieser Angelegenheit. Vor dem Hintergrund der Kampagne für den Freispruch von Narve Trädal leiteten fortschrittliche Menschen anonym eine Flut von geheimen Telegrammen von der Übung Wintex 1973 verschiedenen Zeitungen zu, die einwandfrei bewiesen: Der Feind, gegen den NATO-Truppen, norwegische Armee und der zivile norwegische Staat übten, ist das norwegische Volk selbst.

Diese Enthüllungen brachten einen mächtigen Anstoß für die Anti-NATO-Bewegung und die gesamte demokratische Bewegung des Landes überhaupt. Große Teile des Volkes haben dadurch mehr Klarheit über den Klassencharakter der bürgerlichen Armee und des bürgerlichen Staates gewonnen. Die Bewegung hat eine solche Kraft entwickelt, daß der norwegische Staat die Sache nicht nur nicht vertuschen konnte, sondern sogar offizielle "Untersuchungen" anstellen mußte und muß, die trotz aller Bemühungen, sie in Grenzen zu halten, Tatsachen ans Tageslicht brachten, die das Vertrauen und die Illusionen von Teilen des Volkes in den bürgerlichen Staat weiter unterminieren. ●

Zivildienstgesetz

ABER DIE KOMMUNISTEN MUESSEN DEN KLASSENKAMPF IN DIE ARMEE TRAGEN

Ende Jänner einigten sich ÖVP und SPÖ über das sogenannte Zivildienstgesetz. Im Laufe dieses Jahres noch wird es im Parlament verabschiedet werden.

Laut diesem neuen Gesetz können ab 1. 1. 1975 "Wehrpflichtige, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen", einen Wehrersatzdienst leisten. Dieser Wehrersatzdienst oder Zivildienst wird 8 Monate dauern und die Wehrdienstverweigerer sollen u. a. zur "Krankenpflege, Rettung, Katastrophen- und Sozialhilfe, Zivilschutz, Wildbach- und Lawinenverbau, sowie zur Abfallbeseitigung" herangezogen werden können.

Dieses Gesetz hatten im Rahmen der "Bundesheerreformkommission" schon seit einiger Zeit parteigebundene, kirchliche und andere sich fortschrittlich gebärdende Jugendorganisationen gefordert. Sie glaubten sich damit bei den zahlreichen antimilitaristisch eingestellten Jugendlichen gutstellen zu können. Mit Phrasen von "Gewissensfreiheit" und mit pazifistischem Geklimper versuchten sie sich beliebt zu machen.

Die antimilitaristische Haltung verstärkt sich

Viele Jugendliche wollen nicht in eine Institution wie das Bundesheer hineingezwungen werden, die wie keine andere den Zwangscharakter des bürgerlichen Staats offenbart. Gegenüber den militärischen Disziplinarmaßnahmen (Schleiferei, Ausgangssperren, Disziplinarhaft usw.) und den sogenannten "erzieherischen Maßnahmen" (Wochendiensten, Dreckarbeiten, persönliche Dienste für Vorgesetzte, usw.) nehmen sich die Erfahrungen, die die Jugendlichen bis dahin als Lehrlinge oder Schüler gemacht haben, vergleichsweise harmlos aus. Aber immer mehr Jugendliche begreifen, daß diese Verhältnisse nicht eine kurze Übergangsperiode sind, sondern daß sie beim Heer zu blindem Gehorsam, Duckmäusertum für ihre spätere Arbeit in der Fabrik oder im Büro erzogen werden sollen.

Mit "Problemen der unwilligen Jugendlichen" haben z. B. die amerikanischen, französischen und deutschen Heeresführungen schon seit längerer Zeit zu kämpfen. Immer mehr Soldaten wollen sich der Disziplin dieser Armeen nicht beugen. Die Soldaten, die in allen diesen Ländern genauso wie in Österreich überwiegend aus der Arbeiterklasse und dem Volk kommen, haben eben kein Interesse daran, sich für diesen Staat als Kanonenfutter ausbilden zu lassen. Deshalb stieg z. B. die Anzahl der Disziplinarvergehen in der deutschen Bundeswehr von 1971 99.520 auf 107.532 im Jahr 1972. Jeder dritte Wehrpflichtige wurde disziplinarisch bestraft.

Es ist völlig klar, daß auch in Österreich der Unmut und der Widerstand der Jugendlichen im Bundesheer, der immer mehr oder weniger stark war, zunimmt. Die immer offener auftretenden Widersprüche zwischen den Volksmassen auf der einen Seite und den Kapitalisten und ihrer Regierung auf der anderen Seite, werden diesen Unmut und Widerstand gewaltig verstärken.

Mit dem Zivildienstgesetz versucht die Regierung zwei Fliegen auf einen Schlag zu treffen: Einerseits hofft sie damit, billige Arbeitskräfte zu bekommen, die in Berufe eingesetzt werden, für die sich bei der geringen Bezahlung nicht genügend Arbeiter finden lassen: In der Krankenpflege, im Rettungsdienst, in der Sozialhilfe, usw. Andererseits will die Regierung dadurch ihr Image unter den Jugendlichen aufpolieren, indem sie sich liberal und verständnisvoll gibt. Im Hinterkopf so mancher Militärs mag dann noch die Hoffnung eine Rolle spielen, daß die "Unruhestifter" und "Aufrührer" lieber den Ersatzdienst wählen werden.

Den Klassenkampf ins Heer hineintragen

Die Jugendlichen, die Arbeiter und anderen Werktätigen dürfen auf diese Manöver nicht hereinfallen. Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen wie Heer und Polizei zur Verteidigung der Ausbeutergesellschaft verfügt, müssen das Proletariat und seine Verbündeten

die Macht mit Waffengewalt erkämpfen. Deshalb dürfen die Kommunisten und alle fortschrittlichen Menschen die politische Arbeit im Bundesheer keinesfalls vernachlässigen. Die jungen Arbeiter, Lehrlinge und Schüler müssen den Klassenkampf in das Bundesheer hineintragen. Sie müssen, auch wenn die Bedingungen schwierig sind, im Bundesheer agitieren: Die Zusammenhänge zwischen der Unterdrückung im Heer und der Ausbeutung und Unterdrückung in den übrigen Bereichen aufzeigen. Sie müssen am größer werdenden Unmut der Massen ansetzen, ihn zusammenfassen und zeigen, wozu das Heer, wie auch andere Organe des Staatsapparats, letztlich dienen: Im entscheidenden Moment das System von Ausbeutung und Unterdrückung des Kapitalismus aufrecht zu erhalten.

Die bürgerliche Klasse muß große Menschenmassen unter Waffen setzen und unter ihren Befehl und Gehorsam pressen. Weil diese Menschenmassen nur aus den werktätigen Massen bezogen werden können, ist es für die bürgerliche Klasse unumgänglich, erstens den Zweck dieser besonderen Formation bewaffneter Menschen zu verhüllen und zweitens organisatorisch sicher zu stellen, daß die Formationen vom Volk getrennt gehalten werden, keinerlei feste Verbindungen zu irgendwelchen Organisationen oder nur zum Lebensbereich der Arbeiterklasse und der Werktätigen aufweisen. Eine mit dem Volk fest verbundene Armee ist nur möglich, wenn das Volk selbst fest die Macht in der Hand hat, wenn die Klassenherrschaft der Bourgeoisie gestürzt ist. Aber ohne den Kampf um die Massen, die in der Armee dienen, gewonnen zu haben, ohne daß nicht wenigstens wesentliche Teile der Armee auf die Seite des Proletariats übergehen, kann niemals die Herrschaft der Bourgeoisie abgeschüttelt werden.

Die Kommunisten erheben daher die Forderungen: Ersetzung der Polizei und des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung; Wahl der Offiziere; die Arbeiter und Angestellten müssen von den Kapitalisten für die Zeit, die sie in der allgemeinen Volksmiliz verbringen, eine Bezahlung in der Höhe ihres bisherigen Lohnes erhalten. F. N.

ITALIEN

Das Militär probt für den ‚Krisenfall'

Vom 25. bis 26. Jänner standen die italienischen Streitkräfte in Alarmbereitschaft, bereit zuzuschlagen. Panzer und Panzerwagen wurden in den italienischen Städten aufgefahren, zivile und militärische Flugplätze mit Sandsäcken abgedeckt und von Einheiten umstellt, im Innenministerium Maschinengewehre in Stellung gebracht. Autokolonnen mit bewaffneter Polizei und Gendarmerie fuhren in Richtung Rom, wo vor den Ministerien, Rundfunkstationen und an den wichtigen Verkehrspunkten starke Armee- und Polizeieinheiten aufgezogen wurden. Zur Begründung dieser Maßnahmen wurden von den offiziellen Stellen widersprüchliche Aussagen gemacht. Die einen sagten, sie wüßten von überhaupt nichts, andere sprachen von geplanten Kommandoaktionen "palästinensischer Terroristen", andere von geplanten Angriffen baskischer Separatisten auf militärische Einrichtungen und Kasernen. Die Bevölkerung aber dachte an einen Staatsstreich, in einigen Fabriken in Norditalien riefen die Arbeiter nach Waffen, um der Gewalt der Militärs gewaltsam entgegenzutreten.

Es war aber noch nicht so weit. Das Militär probte lediglich den Krisenfall. Im Unterschied zu früheren Aktionen, waren sie diesmal nicht lokal begrenzt, sondern umfaßten die größten Teile Italiens. Die Aktion der Militärs verlief nach dem Plan "Öffentliche Ordnung", der leichte Bewaffnung, Einsatz von Panzerwagen und Besetzung der Schlüsselpunkte in den Städten vorsieht. Es war keine Vorbereitung auf einen Putsch, sondern auf Eingriffe in den gesellschaftlichen Klassenkampf, der sich in Italien infolge der angespannten wirtschaftlichen und politischen Lage ständig zuspitzt. In den wichtigsten Industriestädten, unter anderem auch in Mailand, wurden breit angelegte Maßnahmen durchgeführt, bis zu simuliertem Vorgehen im Fall des Ausnahmezustandes. In Bergamo wurden sämtliche Aktionen unter genauester Einhaltung der Zeiten durchgeführt, mit der Stoppuhr in der Hand.

Das Militär hatte diese Aktionen anlaufen lassen, ohne zunächst das Innenministerium zu verständigen. Das erklärt zum Teil die widersprüchlichen Aussagen der offiziellen Stellen und zeigt zugleich, wie sehr sich der Militärapparat bereits verselbständigt hat und zu einem entscheidendem Faktor in der Politik geworden ist. Über eine Woche hindurch wußte niemand in Italien, was eigentlich vor sich gegangen war. Selbst bürgerliche Zeitungen fragten sich, ob nicht doch ein Staatsstreich geplant gewesen war. Gerade in der letzten Zeit sind einige große Enthüllungen über die Absichten der faschistischen Bewegung gemacht worden. Dabei war in aller Deutlichkeit die Zusammenarbeit der Faschisten mit führenden Militärs ans Tageslicht gekommen.

Der Führungskader der Streitkräfte ist mit alten und Neofaschisten durchsetzt, die von ihren politischen Auffassungen kein Hehl machen. Einer von ihnen ist der Admiral Birindelli, ehemaliger Befehlshaber der NATO-Streitkräfte in Südeuropa, führendes Mitglied der neofaschistischen Partei MSI, der immer wieder auffordert, es "wie in Chile zu machen". Vor kurzem wurde die Geheimorganisation "Windrose" aufgedeckt, die ein weitverzweigtes Netz in den Streitkräften, Polizei und Gendarmerie hatte und über stabile Verbindungen zum Staatsapparat, zur Industrie und den faschistischen Organisationen verfügte. Im Unterschied zu früher aufgedeckten Geheimorganisationen in den Streitkräften zählte die "Windrose" ranghohe Offiziere zu ihren Mitgliedern. Teile der Streitkräfte unterstützen und unterstützen direkt oder indirekt faschistische Organisationen, sei es daß sie Waffen zur Verfügung stellen, Faschisten militärisch ausbilden oder wichtige Informationen weitergeben. Die im November letzten Jahres aufgedeckte "18. italienische Legion" hatte als Teil ihres Putschplanes eine Liste von 1617 Menschen angelegt, die nach dem Putsch hätten sofort ermordet werden sollen. Diese Liste wurde ihr aller Wahrscheinlichkeit nach vom militärischen Geheimdienst zugespielt.

Die Einschüchterung der Bevölkerung durch Anschläge faschistischer Organisationen, Ermordung fortschrittlicher Menschen – in Mailand werden z.B. so viele Linke erstochen aufgefunden, daß die Zeitungen kaum mehr darüber berichten – soll die Arbeiterklasse demoralisieren und entwaffnen, ständig Unruhe schaffen und dadurch das Militär dafür gewinnen, die "Ruhe und Ordnung" in einer Weise "wiederherzustellen", wie wir es aus Griechenland, der Türkei und aus Chile kennen.

ITALIEN

Ölkonzerne geben 200 Milliarden Lire für Bestechungen aus

200 Milliarden Lire (ca. 8 Mrd. Schilling) gaben die Ölkonzerne in den letzten 3 Jahren in Italien für Bestechungen aus, um die staatliche Energie- und Ölpreispolitik in ihrem Interesse auszurichten. Seit langem hatten sie ihre Fühler in den Staatsapparat und zu den bürgerlichen Politikern ausgestreckt, aber seit den letzten 3 Jahren gewann ihre Bestechungspolitik planmäßigen und systematischen Charakter, bis sie faktisch die zuständigen staatlichen Behörden kontrollierten.

Bereits im August 1973 hatten sie das Öl künstlich verknappt, um ihren Forderungen nach Preiserhöhungen Nachdruck zu geben. Zwei Monate später bot der israelisch-arabische Krieg einen neuen günstigen Vorwand, das Öl künstlich zu verknappen, von Ölmangel zu reden und weitere Preiserhöhungen zu fordern. Die Zeitungen der Ölindustriellen lenkten die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die paar Prozent, die die arabischen Länder für ihr Öl mehr for-

derten, nicht aber auf die 400 Milliarden Lire, um die die Konzerne die Profite 1973 erhöht hatten. Die Regierung führte das autolose Wochenende ein. Tankstellen sperrten zu, weil sie kein Benzin und Öl geliefert bekamen. Zu Weihnachten saßen die Arbeiter in kalten Wohnungen, weil einfach kein Öl zu haben war. In den Öllagern waren aber die Tanks übervoll und die Ölschiffe mußten vor der italienischen Küste auf und ab fahren, weil sie nicht entladen werden konnten. In Demonstrationen, die die Gewerkschaft organisierte, forderten die Arbeiter von der Regierung Aufklärung über die Energiesituation und über die Politik der Ölkonzerne. Schließlich legte die Regierung einen Bericht vor, der auf der Grundlage von Materialien erstellt worden war, die die Unione Petrolifera, der Dachverband der privaten Ölfirmen, zur Verfügung gestellt hatte. Darin war von einer äußerst angespannten Situation auf dem Energiesektor die Rede und die Bevölkerung wurde zu Sparmaßnahmen aufgerufen. Für Februar wurde eine Benzinpreiserhöhung um 50 Lire (von ca. 5 auf 7 S) geplant.

Im Jänner kamen in Genua, Venedig und Rom Richter an Materialien heran, die zum Auffliegen eines riesigen Skandals führten. Daraus ging nicht nur hervor, daß sämtliche Unterlagen, die die Unione Petrolifera zur Verfügung gestellt hatte, gefälscht waren, sondern dazu noch ein Bestechungsskandal, dessen Ausmaß bisher noch nicht abzusehen ist. Gegen den Präsidenten der Unione Petrolifera, Albonetti, gegen den Genueser Ölindustriellen Garrone und gegen den Präsidenten der Esso wurden Verfahren eingeleitet.

Der Richter Almerighi ließ von den Materialien, die er beschlagnahmte, 5fache Kopien anfertigen und an verschiedenen, geheimgehaltenen Orten aufbewahren. Damit wollte er die Gefahr ausschalten, daß beim Transport die Materialien verschwinden könnten. Nur ein Teil des sichergestellten Materials konnte bisher ausgewertet werden, da den Untersuchungsorganen von den verschiedensten Seiten Knüppel zwischen die Beine geworfen werden. Bisher steht fest, daß die Ölkonzerne 5% ihrer Einnahmen für Bestechungen abzweigten, das sind 200 Milliarden Lire in den letzten drei Jahren. Es konnte außerdem eine Zahlungsanweisung an eine Einzelperson in der Höhe von 1,3 Milliarden Lire sichergestellt werden. In Genua wurden von einer Ölfirma 1973 400 Millionen Lire für "Weihnachtsgeschenke" ausgegeben. Davon erhielten die 2000 in der Raffinerie beschäftigten Arbeiter je ca. 10.000 Lire, insgesamt ca. 30 Millionen Lire. Den Rest, 370 Millionen Lire, erhielten "einflußreiche Freunde".

Nach der Aufdeckung der Korruption verlautbarten die Bosse der Ölkonzerne, die sich zu einem "Arbeitsgespräch" zusammengefunden hatten, daß sich ihre Arbeit vollkommen im Rahmen des Gesetzes halte und daß von Bestechung keine Rede sein könne. Gleichzeitig drohten sie, die Ölzufuhr zu blockieren, die Öllieferungen in andere Häfen umzuleiten und Arbeiter zu entlassen.

M.

Kronenzeitung und Kurier

FUSION BEREITS PERFEKT?

Die Verhandlungen zwischen Kronenzeitung und Kurier über eine gegenseitige Kapitalverflechtung und somit über einen Pressekonzern, der ca. 80% der Leser in Ostösterreich (im übrigen Österreich sind es etwas weniger) erreicht, scheinen hinter den Kulissen bereits abgeschlossen zu sein. Es heißt, daß die Kronenzeitung bereits 51% des Kurier besitzt und Kronenzeitungs-Dichand bereits Geschäftsführer des Kurier ist. Noch wird das alles freilich geheimgehalten. Nach einigen inneren Reibereien und einem vorübergehenden Scheitern der Fusionsverhandlungen ist damit die größte Pressekonzentration Europas aller Wahrscheinlichkeit nach bereits zustandegekommen. Ob die Fusionsverhandlungen tatsächlich bereits abgeschlossen sind oder noch nicht, die Entwicklung dahin ist unaufhaltsam. Schon als die ersten Gerüchte darüber bekannt geworden waren, wurden von verschiedenen Seiten, vor allem von den kleineren Bundesländerzeitungen, Stimmen laut, daß dadurch die "Meinungsvielfalt" beseitigt werde. Diese "Meinungsvielfalt" ist aber nichts als die Wahl zwischen verschiedenen Zeitungen, die in der einen oder anderen Weise die Interessen der Kapitalisten zum Ausdruck bringen und das Volk betrügen. Für die Masse des Volkes ist es gleichgültig, ob es mehrere bürgerliche Zeitungen oder einen einzigen Zeitungskonzern gibt. Wichtig ist, daß sich die Arbeiterklasse und das Volk eine eigene Presse schaffen, in der ihre Interessen und Meinungen zum Ausdruck kommen. Solange die Kapitalisten die Zeitungsproduktionsmittel, die großen Druckereien und die Papierfabriken besitzen, beherrschen sie den Großteil der Presse und machen sie zu einem gewaltigen Werkzeug zur Beeinflussung der Massen im Interesse der Kapitalisten. Eine eigene Presse muß sich die Arbeiterklasse schon im Kapitalismus schaffen und ihr Recht auf Pressefreiheit verteidigen. Aber Pressefreiheit für das Volk im breitesten Ausmaß wird erst im Sozialismus verwirklicht, wenn durch die proletarische Revolution die politische Macht auf die Arbeiterklasse übergeht und die Produktionsmittel, die Druckereien, den Kapitalisten entrissen und dem Volk zur Verbreitung seiner Meinung zur Verfügung gestellt werden.



Ein Pressekonzern größeren Ausmaßes war und ist eine nicht aufzuhaltende wirtschaftlich bedingte Entwicklung. Die Herausgabe einer Zeitung ist ein einträgliches kapitalistisches Unternehmen, in das Millionen investiert werden. Wie jedes andere Unternehmen muß es sich in der Konkurrenz behaupten können, muß es der immer größeren technischen Aufwendigkeit der Zeitungsproduktion gewachsen sein und benötigt dafür große Kapitalmengen. Kapitalkonzentration und Monopolbildung ist daher auch bei der Presse eine unvermeidliche Entwicklung. Kronenzeitung-Herausgeber Kurt Falk: "In einer Zeit größerer Märkte müssen auch Unternehmen, die ihr Überleben bei freiem Wettbewerb sicherstellen wollen, zusammenrücken und rationalisieren...." und "Was für Stahl auf den internationalen Märkten gilt, offenbart sich bei Zeitungen in nationalen Dimensionen."

Bei Kurier und Kronenzeitung liegt die Unvermeidlichkeit einer Tendenz zum Zusammenschluß auf der Hand.

Der Kurier, der 1972 von einer Industriellengruppe um Igler (Präsident der Industriellenvereinigung) und dem ÖVP-Abgeordneten Helbich übernommen wurde, hat einen Auflagenrückgang zu verzeichnen. Die Leserzahl ist unter 900.000 gesunken, während sich die Auflage der Kronenzeitung an die 1,5 Millionen ausweitete. Zudem ist der Kurier mit hohen Zinsen belastet, weil er mit relativ geringem Eigenkapital hohe Kredite aufnehmen mußte. Das Inseratengeschäft ändert sich auch zugunsten der Kronenzeitung, da diese jetzt erfolgreich versucht, kaufkräftige Leserschichten anzusprechen. Mit Recht betrachten daher die Industriellen, die ihr Geld in den Kurier gesteckt haben, die Zukunft des Blattes mit einiger Sorge. Es ist ihnen klar, daß der Kurier langfristig in der Konkurrenz unterlegen wäre, weil er nicht mehr mit dem rationalisierten Vertrieb und Verlag der Kronenzeitung mithalten kann.

Die Kronenzeitung suchte diese Situation auszunützen, um den Kurier unter ihre Fittiche zu bringen. Die Gesellschaftsanteile von Kurier und Kronenzeitung wurden je zur Hälfte verschränkt, aber die Gewinnbeteiligung des Kurier an der Kronenzeitung ist 20%, die der Kronenzeitung am Kurier 50%. Diese Gewinnbeteiligungen waren jedenfalls im ursprünglichen Konzept vorgesehen.

Die Kronenzeitung, die mit Hilfe der vom damaligen ÖGB-Präsidenten und Innenminister Olah bereitgestellten Sparbücher des ÖGB gegründet wurde, wurde in der Folge von der ÖGB-eigenen Bank BAWAG mitfinanziert. Die Kronenzeitung gehört zu den großen Kreditnehmern der BAWAG und ihre enge Verflechtung mit der SP- und ÖGB-Spitze liegt auf der Hand. Und in der Kronenzeitung erklärte Benya: "Wenn Zeitungen auf Finanzbasis Kontakt suchen und die Meinungsfreiheit der Redaktionen erhalten bleibt, dann ist nichts dagegen zu sagen.....

Jene Zeitungen, bei denen von Konzentration die Rede ist, sind jedenfalls in Privatbesitz und Privatunternehmern kann man nicht vorschreiben, was sie mit ihrem Geld tun."

Gegen die Fusion zwischen Kronenzeitung und Kurier gab es Widerstand. Nicht, weil die Öffentlichkeit dagegen protestiert hat, sondern Hauptgrund war, daß es innerhalb der Kurier-Gruppe Uneinigkeiten und Widersprüche gab. Der Styria-Verlag (Herausgeber der Kleinen Zeitung in Graz), der mit 10 Millionen Schilling im Kurier verankert ist, und Styria-Generaldirektor Sassmann, der auch Geschäftsführer des Kurier war, wehrten sich gegen die Fusion. Ein kleiner Verlag wie der Styria-Verlag würde auf die Dauer von einem solchen Konzern ruiniert.

Aus demselben Grund haben sich alle Bundesländerzeitungen sofort zusammengetan, um den Konzern zu verhindern. Nach außen hin geben sie ihre Bestrebungen als Kampf gegen das "Meinungsdiktat, das für die Demokratie unerträglich wäre" aus. In Wahrheit geht es ihnen nicht um "Meinungsfreiheit", sondern ebenfalls ums Geschäft. So wäre – nach Enthüllungen, die die Kronenzeitung als Gegenschlag veröffentlichte,- die Kleine Zeitung (Graz), die an der Spitze der Anti-Fusionskampagne steht, bereitgewesen mitzumachen, wenn ihr die Kronenzeitung in einer Art Kartellabsprache die Steiermark überlassen und sie nicht mit ruinöser Konkurrenz bedroht hätte.
Kurz nach dem ganzen Spektakel wurden auch die Uneinigkeiten im Kurier geklärt: Sassmann, der Gegner der Fusion ist gefeuert worden; der Fusion stand nichts mehr im Wege.

Das Geschrei um die Meinungsvielfalt wird in diesem Zusammenhang von vielen Seiten laut. Die in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohte Bundesländerpresse zieht gegen das "Meinungsdiktat, das für die Demokratie unerträglich wäre", zu Felde. Die Gewerkschaft "Druck und Papier" schreibt, daß "Totschlag und Mord an der Demokratie" verhindert werden müßte. Mit Redensarten über Meinungsvielfalt soll der Eindruck erweckt werden, daß durch mehrere "unabhängige" Zeitungen eine umfassende und objektive Information gewährleistet ist. Heute schreiben bei uns jedoch praktisch alle Zeitungen in der einen oder anderen Weise für die Kapitalisten, keine der Zeitungen ist "unabhängig" von den Interessen der Kapitalisten. Wenn es auch Unterschiede in

Fortsetzung Seite 24



Versammlung der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr.

BRD

Streiks im öffentlichen Dienst legen Verkehr lahm

Am Montag, den 11. Februar, begannen Streiks im gesamten öffentlichen Dienst in der BRD, wie es sie in diesem Ausmaß seit Bestehen der BRD noch nicht gegeben hat. Schon am ersten Tag wurde in den meisten Städten der Nahverkehr durch den Streik der Eisenbahner, der Fahrer von Bussen, Straßenbahn und U-Bahn weitgehend lahmgelegt. Teile der Postler und die Arbeiter der Müllabfuhr streikten. Geplant sind weitere Schwerpunktstreiks bei der Post und der Polizei.

Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst kampfbereit

Schon im vergangenen Jahr zeigten die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, daß sie nicht länger tatenlos einer weiteren Kürzung ihrer Realeinkommen durch die ständigen Preissteigerungen zusehen wollten. In Hannover, Frankfurt und Berlin gab es selbständige Kämpfe der Postler und der Arbeiter von der Müllabfuhr für Teuerungszulagen. Die Kollegen hatten begonnen, den Lohnkampf in die eigenen Hände zu nehmen. Immer mehr Kollegen waren sich auch klar darüber, daß sie die Aufstellung der Forderungen nicht wieder der Gewerkschaftsführung überlassen durften.
In zahlreichen Mitglieder- und Delegiertenversammlungen der Gewerkschaft wurden 250 DM mehr für alle, 500 DM Urlaubsgeld, 800 DM Nachzahlung für 1973 als Teuerungsausgleich und eine Verkürzung der Laufzeit des Kollektivvertrages auf 9 Monate gefordert. Diesmal konnte sich die Gewerkschaftsführung noch über die Forderungen aus den Betrieben hinwegsetzen und eine spalterische Prozentforderung aufstellen.

Gewerkschaftsführung gibt Regierung nach

Am 28. November stellte die Gewerkschaftführung folgende Tarifforderung auf: 15% Lohn- und Gehaltserhöhung, dabei mindestens 185 DM; 300 DM Urlaubsgeld; Laufzeit 12 Monate. Am Tag darauf stellte bereits Brandt in seiner Regierungserklärung fest, daß eine Erhöhung über 10% "stabilitätspolitisch gefährlich" und "nicht realisierbar" sei. Das Gegenangebot der öffentlichen Arbeitgeber war dann auch eine Provokation: 7,5%, mindestens 130 DM.

Die Stimmung unter den Arbeitern und Angestellten war auch entsprechend: Am 18. Jänner protestierten 2000 Postler in Frankfurt und 3000 in Darmstadt in Demonstrationen und Kundgebungen gegen dieses unverschämte Angebot. In Sprechchören riefen sie: "185 Mark ist schon zu knapp, wir rücken davon nicht mehr ab!" Den Kollegen war klar, ohne Streik werden sie nicht weiterkommen. Die Gewerkschaftsführung mußte der zunehmenden Kampfbereitschaft Rechnung tragen, wenn sie nicht ihren Einfluß gänzlich verlieren wollte. Es kam zu einer Urabstimmung aller Gewerkschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst darüber, ob gestreikt werden sollte.
Am 9. Februar stand das Er-



gebnis fest. Bei einer Wahlbeteiligung von 90% hatten 90% für den Streik gestimmt. Das war weit mehr, als die notwendigen 75%! Die Gewerkschaftsführung mußte sich zum Streik entschließen. Aber wie immer versuchte sie die Kräfte aufzusplittern. Kein gemeinsamer lückenloser Streik wurde durchgeführt, sondern dezentralisierte Schwerpunktstreiks, die den staatlichen Arbeitgeber an den Verhandlungstisch zwingen sollten. Am Montag, dem 11. Februar, dem 1. Streiktag wurde bereits wieder verhandelt. Die kompromißlerische Gewerkschaftsführung, die lieber verhandelt, anstatt die kampfwilligen Kollegen geschlossen in den Streik zu führen, hat ihre Forderungen bereits auf 11,5% heruntergeschraubt. Sie will eine ernsthafte Konfrontation mit der Regierung vermeiden, die gerade wegen den bevorstehenden Lohnverhandlungen in der Metallindustrie von ihrer Linie, die kapitalistische Krise voll auf die werktätige Bevölkerung abzuwälzen, nicht abgehen will. Die Regierung verlangt noch immer: "1974 kein Abschluß über 10%". Durchsetzen will sie dieses Ziel, eine drastische Reallohnsenkung, mit der Drohung von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, mit der Warnung vor den Folgen der Krise. Gerade weil die Führung der Gewerkschaften eine ernsthafte Konfrontation mit der Regierung vermeiden will, wird bei den Verhandlungen nicht viel herauskommen. Die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst müssen sich auf selbständige Kämpfe im weiteren Verlauf dieses Jahres einstellen, wenn sie nicht eine wesentliche Verschlechterung ihrer Lage hinnehmen wollen. In den gegenwärtigen Tarifauseinandersetzungen kommt es für sie vor allem darauf an, die Ausgangssituation für diese selbständigen Kämpfe zu verbessern.

W.K.

Inzwischen hat die Gewerkschaftsführung einer 11% Erhöhung zugestimmt und damit die Interessen der Werktätigen im öffentlichen Dienst in einem üblen Kompromiß verraten.

Truppenentflechtung am Suezkanal

Am Freitag, den 18. Jänner, wurde am Kilometerstein 101 der Straße Kairo-Suez zwischen Israel und Ägypten ein Abkommen über Truppenrückzug und Truppenentflechtung geschlossen. Laut den Bestimmungen der Resolution 338 des UNO-Sicherheitsrates soll die Truppenentflechtung der erste vorbereitende Schritt für die Aufnahme von Friedensverhandlungen sein.

Das unter der wachsamen Oberaufsicht Kissingers erzielte Übereinkommen sieht den Rückzug der israelischen Truppen auf ein Gebiet vor, das die gesamte Sinai-Halbinsel bis zu den Pässen Giddi und Mitla (nur 30 km östlich des Suezkanals) einschließt. Die Ägypter erhalten die gesamte Suezkanalzone zurück, einschließlich des Ostufers des Kanals. Zwischen den beiden Frontlinien sollen UNO-Truppen stationiert werden, die die Aufgabe haben, die Einhaltung des Waffenstillstandes zu überwachen.

Zum ersten Mal seit 1956 ist somit der gesamte Suezkanal seinem rechtmäßigen Besitzer rückerstattet worden. Erstmals in der Geschichte überhaupt sind die zionistischen Truppen dazu gezwungen worden, sich von der arabischen Front zurückzuziehen. Diesen Erfolg am Verhandlungstisch verdankt die ägyptische Delegation in erster Linie den großen militärischen Siegen, die die arabischen Soldaten im Oktoberkrieg errungen haben und der tatkräftigen Hilfe und Solidarität, die ihnen seitens der Volksmassen aller arabischen Länder während der Kriegstage bewiesen wurde. Der Rückzug der israelischen Truppen kann überhaupt nur erklärt werden, wenn man bedenkt mit welchem beispiellosen Heroismus, mit welcher Kampfentschlossenheit die arabischen Völker für ihr Ziel eintreten, alle 1967 besetzten Gebiete und schließlich ganz Palästina von der zionistischen Gewaltherrschaft zu befreien. Zugleich darf man nicht vergessen, daß der erstmalige Einsatz des arabischen Erdöls als politische Waffe gegen den Imperialismus und Zionismus diese Verhandlungen zusätzlich sehr positiv für Ägypten beeinflußt hat.

Der Rückzug der israelischen Truppen vom Suezkanal und dessen Rückgabe an Ägypten ist jedoch nur die eine Seite des Verhandlungsergebnisses. Zugleich nämlich werden den Ägyptern durch den Vertrag in jeder Hinsicht die Hände gebunden. Es ist ihnen nicht gestattet, mehr als 30 Panzerwagen und 7000 Soldaten am Ostufer des Suezkanals zu stationieren. Schwere Waffen und Angriffswaffen dürfen am Ostufer nicht in Stellung gebracht werden. Trotz des Rückzugs sind die Israelis nach dem Vertrag noch immer in einer weit günstigeren Situation. Einschränkungen bezüglich der Art der Rüstung der israelischen Truppen enthält der Vertrag nicht. Die Pässe Giddi und Mitla bleiben von den Zionisten besetzt. Von diesen beiden strategisch wichtigen Punkten der Sinaihalbinsel kann der Suezkanal bequemkontrolliert werden. Ebenfalls unter israelischer Besatzung bleiben die Erdölfelder der Halbinsel, die mit einer Förderung von 30 Millionen Tonnen jährlich heute bereits den Selbstbedarf Israels an Öl decken können.

Nichts deutet darauf hin, daß die neuen Waffenstillstandslinien kurzfristig und provisorisch sind im Hinblick auf einen vollständigen Abzug der Israelis aus den 1967 besetzten arabischen Gebieten. Israelische Stellen haben mehrmals versichert, daß sie im Gegensatz zur ägyptischen Regierung nicht der Ansicht sind, daß die Truppenentflechtung am Suezkanal der erste Schritt zu einem endgültigen und befristeten Abzug der israelischen Truppen vom ägyptischen Territorium ist.

Die Zionisten haben ihre grosse Zufriedenheit über den Vertrag bekundet, weil sie sehr genau erkennen, daß er der für Israel gegenwärtig beste Ausweg aus einer sehr bedrohlichen Situation ist. Sie streben heute einen Waffenstillstand an, der dauerhaft genug ist, daß sie in Ruhe wieder aufrüsten und neue Kriegsvorbereitungen treffen können. Israel braucht den Waffenstillstand aber auch deshalb, weil der Krieg zu großen Spannungen im Inneren geführt hat. Die israelischen Werktätigen leiden immer mehr unter der zionistischen Aggressionspolitik, die für sie nur immer wieder neue Lasten und neues Elend (Inflation von mehr als 11%, Lohnstopp, zwangsweise Verlängerung des gesetzlichen Arbeitstages auf 9 Stunden, Drosselung der Konsumgüterproduktion zugunsten der Rüstung) bringt. In gewisser Weise ist die Zustimmung der Zionisten, die Truppen vom Suezkanal zurückzuziehen, also auch ein Ergebnis des Drucks der Massen in Israel, die immer stärker den Frieden fordern.

Besonderen Grund zur Freude über den Abschluß dieses Vertrages haben die beiden Supermächte. Vor allem die USA, die ihren Einfluß in Ägypten beträchtlich erweitern konnten, aber auch die Sowjetunion, die sich von der angekündigten Wiedereröffnung des Suezkanals großen strategischen Nutzen erhofft. Die von den beiden Supermächten immer angestrebte und aufrechterhaltene Situation von "weder Krieg noch Frieden" wurde wieder voll hergestellt. Diese Situation ist die Grundlage dafür, daß die USA und die Sowjetunion ihre Vorherrschaft über diesen Teil des Nahen Ostens weiter festigen und ausdehnen können.

Sadat hat es ziemlich schwer, diesen ägyptisch-israelischen Separatvertrag vor den Massen und auch vor einigen anderen arabischen Regierungen zu verteidigen. Die palästinensische Befreiungsbewegung, die irakischen und syrischen Truppen, die zur Zeit des Abschlusses der Verhandlungen auf den Golan-Höhen dem israelischen Feind noch schwere Niederlagen zufügten, fühlen sich zu Recht von der ägyptischen Regierung verraten. Denn es ist Verrat, wenn man am Verhandlungstisch Zugeständnisse an den Feind macht, während günstige Bedingungen zur siegreichen Weiterführung des Befreiungskampfes bestehen.

K.P.Sch.

.. Kronenzeitung und Kurier

ihren Stellungnahmen gibt, in den Grundfragen sind sie sich einig. Für die österreichische Arbeiterklasse und das österreichische Volk ist es gleichgültig, ob sie von mehreren oder nur einer bürgerlichen Zeitung betrogen werden. Sie müssen sich ihre eigene Presse schaffen. Sie müssen sich eine Tribüne schaffen, wo die wirkliche Lage der Arbeiterklasse im Kapitalismus aufgezeigt wird, wo Erfahrungen ausgetauscht werden und alle politischen Erscheinungen vom Standpunkt der Arbeiterklasse untersucht werden.

E. T.

SOLSCHENIZYN: «Rückkehr zum Stalinismus?»

Die sowjetischen Behörden haben dem oppositionellen Schriftsteller Solschenizyn die Staatsbürgerschaft aberkannt und ihn in die BRD abgeschoben. Wie verschiedene andere Intellektuelle , die in der westlichen Presse hochgespielt und als tapfere Kämpfer und Märtyrer für die Freiheit hingestellt wurden, hat er Kritik geübt an den bestehenden Verhältnissen in der Sowjetunion. Aber nicht nur an den bestehenden Verhältnissen, sondern mehr noch an der Sowjetunion unter Lenin und Stalin. In seinem letzten Buch "Der Archipel Gulag" stellt er die ganze Geschichte des Sowjetsystems unter Lenin und Stalin ale eine Geschichte von Unterdrückung und Unmenschlichkeit dar. Die westliche Presse und die bürgerlichen Politiker stellen seine Deportation als "Rückkehr zu stalinistischen Methoden" und als ungeheure Verletzung der Menschenrechte dar.

Arbeiterklasse und Volk werden brutal unterdrückt

Es stimmt, daß das heutige sowjetische Regime jeden Widerstand und jede Opposition brutal unterdrückt und seine Herrschaft mit faschistischen Methoden aufrechterhält. Tausende sitzen in den Gefängnissen, Arbeitslagern und "Irrenhäusern". Diese Unterdrückung richtet sich in erster Linie nicht gegen einige bürgerliche Schriftsteller wie Solschenizyn, sondern gegen die sowjetischen Arbeiter und Bauern, gegen das sowjetische Volk, das einen beharrlichen Kampf gegen die Diktatur der Breschniew und Konsorten führt. Aber von diesem Kampf und den Tausenden eingekerkerten Arbeitern und Bauern und fortschrittlichen Intellektuellen, die das gegenwärtige System in der Sowjetunion nicht angreifen, weil es sozialistisch ist, sondern weil es nicht mehr sozialistisch ist, weil es im Unterschied zur Zeit Lenins und Stalins die Farbe gewechselt hat und eine neue Bourgeoisie die Macht ergriffen hat – von diesen Tausenden hört man in der Presse nichts. Kein Wort erfährt man über diese wirklichen Vorkämpfer und Märtyrer der sowjetischen Arbeiterklasse und des Volks. Kein Wort über die Kämpfe des Volks und die politische Arbeit illegaler kommunistischer Gruppen, die die Fortsetzer der Sache Lenins und Stalins sind.

Aber trotz der von Breschniew und Konsorten verhängten Nachrichtensperre und trotz des Desinteresses der westlichen Presse für die sowjetische Arbeiterklasse und das Volk sind Meldungen über den wachsenden Widerstand nach außen gedrungen. 1967 gab es in der Stadt Chimki Massenkämpfe gegen das Regime. Im November desselben Jahres führten tausende Arbeiter der Traktorenfabrik Charkow einen Streik durch. Im Mai 1969 veranstalteten Arbeiter der Wasserkraftstation Kiew eine Demonstration und trugen mit der Behörde einen heftigen Konflikt in der Wohnungsfrage aus. Im September 1972 legten tausende Arbeiter in Dnepropetrowsk die Arbeit nieder und demonstrierten. Sie besetzten die Büros der Sicherheitsorgane und zerstörten deren Archive. Sie kreisten das Stadtparteikomitee ein und forderten eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Streiks gab es in den letzten Jahren auch in den Städten Moskau, Leningrad, Schitomir, Nowotscherkask, Tschelïabinsk, Swerdlowsk.

Im Dezember 1970, als die polnische Arbeiterklasse sich erhob, brachen in Kaliningrad, Lwow und einigen Orten in Weißrußland Streiks zur Unterstützung der polnischen Arbeiter aus. Während ihrer Streiks und Demonstrationen standen die Arbeiter und andere Werktätige sofort der politischen Unterdrückungsmaschinerie der neuen sowjetischen Bourgeoisie, der Polizei, der Armee und dem Staatssicherheitsdienst gegenüber. Gegen die Arbeiterstreiks, gegen die Volkskämpfe, gegen die Kämpfe der Unterdrückten nationalen Minderheiten, gegen die marxistisch-leninistischen Untergrundorganisationen gingen die sowjetischen Machthaber mit brutaler Gewalt vor, in Litauen z.B. wurden Fallschirmjägertruppen eingesetzt.

Warum konnte man von all dem kein Wort in den bürgerlichen Zeitungen des Westens lesen, obwohl diese Kämpfe das Regime weit mehr erschüttern, als die Tätigkeit einiger Schriftsteller, wie Solschenizyn?

Der Grund dafür ist, daß der Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes sich nicht gegen den Kommunismus richtet, sondern gegen den wiederhergestellten Kapitalismus. Nicht weil die Fabriken Volkseigentum und der Staat ein Arbeiterstaat ist, werden die sowjetischen Arbeiter zum Kampf gezwungen, sondern weil die Fabriken nicht mehr Volkseigentum, sondern in der Hand einer neuen Kapitalistenklasse sind, einer bürokratischen Monopolbourgeoisie neuen Typs, und der sowjetische Staat mit allen Mitteln deren Ausbeutungsregime aufrechterhält.

Der Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes hat das Ziel der Wiederherstellung der Arbeitermacht, die unter Lenin errichtet und unter Stalin gefestigt worden war. Und dafür hat die bürgerliche Presse und haben die bürgerlichen Politiker nicht die leiseste Sympathie. Im Gegenteil haben sie davor große Angst, denn es ist dasselbe Ziel, das die Geschichte auch der Arbeiterklasse der westlichen kapitalistischen Länder stellt.

»Rückkehr zum Stalinismus« ?

Von einer "Rückkehr zum Stalinismus" kann in der Sowjetunion keine Rede sein. Mit der Unterdrückung, die es in der Sowjetunion unter Lenin und Stalin gab, hat der faschistische Terror der neuen Kremlzaren nicht das geringste zu tun. Die Unterdrückung damals richtete sich ihrem Wesen nach nicht gegen die Arbeiterklasse und das Volk, sondern gegen die Versuche die Überreste der alten Ausbeuterklassen wiederherzustellen. Die Schläge des Sowjetstaates unter Stalin richteten sich nicht gegen die Arbeiter- und Bauernmassen, sondern gegen die Dorfbourgeoisie, die Ernten vernichtete und die Getreideversorgung der Städte sabotierte. Sie richtete sich gegen bürgerliche Ingenieure und andere Elemente, die die Produktion sabotierten und den Aufbau einer sozialistischen Industrie verhindern wollten. Sie richtete sich auch gegen solche ehemalige Parteiführer, die ins Lager des Klassenfeindes übergelaufen waren. Die Schläge Stalins richteten sich ihrem Wesen nach gegen solche Kräfte, die heute in der SU die Macht an sich gerissen haben. Dabei wird ein Kommunist nicht bedingungslos jeden einzelnen Schritt und jede einzelne Maßnahme des Sowjetstaates verteidigen. Zweifellos wurden Fehler gemacht. Diese Unterdrückungsmaßnahmen haben längere Zeit die Eroberung der politischen Macht durch die Kräfte der Bourgeoisie verhindern können. Da sie aber nicht ständig mit einer umfassenden demokratischen Mobilisierung der Arbeiter- und Volksmassen verbunden waren , was auch ihre Form verändert hätte, konnten sie die Sowjetunion keineswegs auf die Dauer gegen die Eroberung der politischen Macht durch die Kräfte der Bourgeoisie schützen. Die chinesischen, albanischen und die Kommunisten in anderen Ländern , wo die Arbeiterklasse bereits die Macht erobert hat, haben die Lehren aus diesen Fehlern und aus der tragischen Entwicklung der Sowjetunion gezogen: nicht in erster Linie durch isolierte Maßnahmen des Staatsapparats, sondern durch die breite Mobilisierung der Massen und die Fortführung des Klassenkampfs können die Klassenfeinde rechtzeitig aufgespürt, von den Massen erkannt, isoliert und unschädlich gemacht werden, ehe sie nach der Macht im Staat greifen können.

Solschenizyn: Stützpunkt der westlichen Bourgeoisie in der SU

Im Gegensatz zu den Zielen der sowjetischen Arbeiterklasse ist Solschenizyn heute der bekannteste Repräsentant der Kräfte, die gegen das Regime der neuen Bourgeoisie sind, nicht weil sie die revolutionären Errungenschaften der Oktoberrevolution und der Arbeiterklasse wieder erringen wollen, sondern weil sie die ideologischen Vertreter der alten Bourgeoisie westlichen Typs sind. Wenn die Repräsentanten der neuen Bourgeoisie

als Träger der politischen Macht und Herrschaft für die staatlich organisierte Ausbeutung der werktätigen Massen eintreten, so treten die Repräsentanten der alten Bourgeoisie für die klassische Ausbeutung ein. Wenn sie von Freiheit reden, dann meinen sie ihre liberale bürgerliche Freiheit, die die Freiheit auf Ausbeutung durch den Einzelkapitalisten zur ökonomischen Basis haben. Sie, sind nicht gegen Ausbeutung und Unterdrückung, sondern sie wollen zurück zum alten Kapitalismus und dessen Ausbeutung und Unterdrückung. Sie sind die Ideologen der kapitalistischen Unternehmer, Händler, die endlich aus der Sphäre der Arbeitgeber von Schwarzarbeit und des Schwarzhandels herauswollen in der sie gegenwärtig noch ihre Profite scheffeln müssen. Die oppositionellen Intellektuellen wollen, daß diese Geschäfte legalisiert werden und ihnen der Heiligenschein der Unternehmerinitiative zuerkannt wird. Ihr Ideal ist die USA , Las Vegas und Chikago. Die Freiheit die sie meinen, ist die "Freiheit des Marktes", die die Arbeiterklasse der westlichen Länder zur Genüge kennt, und gegen die sie zunehmend den Kampf führt. Deshalb werden diese Kreise auch von der westlichen Bourgeoisie unterstützt und als Stützpunkte ausgenützt , um Einbrüche in den staatlich organisierten Kapitalismus der SU zu erzielen und so dem Eindringen westlichen Privatkapitals den Boden zu bereiten und es zu erleichtern. Leute wie Solschenizyn sind für die westliche Bourgeoisie Schachfiguren in ihrer Rivalität mit der sowjetischen Bourgeoisie neuen Typs. Deshalb werden sie in der SU angefeindet. Ihre scheinbare Stärke, die engen Verbindungsfäden mit dem Westen, ist in Wirklichkeit gerade ihre entscheidende Schwäche, denn sie schließt die Kehrseite der Medaille, ihre völlige Isolation vom sowjetischen Volk ein. Deshalb werden die Machthaber im Kreml so leicht mit ihnen fertig. Wen sie eingesperrt oder abgeschoben werden, gibt es eine Zeitlang ein großes Geschrei in der westlichen Presse aber kein einziger sowjetischer Arbeiter oder Bauer rührt für sie einen Finger. Vor den Volksmassen haben die Kremlherren Angst, der Fall Solschenizyn ist ihnen nur peinlich. Und für die westliche Bourgeoisie haben diese bürgerlichen Intellektuellen nur Bedeutung, solange sie in der SU gegen das Regime auftreten. Sind sie abgeschoben und taugen nicht mehr als 'Symbol der Demokratie', verschwinden sie in der Versenkung. So ging es in den 60er Jahren Tarsis, so geht es heute Solschenizyn und morgen wird Sacharow zum Märtyrer der westlichen kapitalistischen Demokratie gemacht werden.

Für die sowjetische Arbeiterklasse und das Volk sind diese bürgerlichen Intellektuellen keine Verbündeten Gegen die Kämpfe der Massen werden sie sich genauso stellen, wie sie sich gegen den Sozialismus unter Lenin und Stalin stellen. Diesen Kreisen gegenüber haben wir nicht die geringste Sympathie. Wir haben nichts übrig für Leute vom Schlage eines Solschenizyn, die die Zustände in faschistischen Ländern wie Griechenland, Portugal und Spanien ebenso wie die Gestapo Hitlers verharmlosen, die offen ihre Sympathie für den Zarismus, die reaktionäre russische Kirche und die russische Bourgeoisie, die durch die Oktoberrevolution hinweggefegt wurden, zeigen. Die sowjetische Arbeiterklasse kann sich mit diesen Kräften auch nicht zeitweilig und begrenzt zusammentun.

Das hindert uns nicht gegen die Unterdrückung der Solschenizyn und Co. aufzutreten. Wir sind für die Presse-, Rede-, und Versammlungsfreiheit, für die Streik-, Demonstrations - und Organisationsfreiheit in der Sowjetunion. Wir sind das, nicht damit Solschenizyn und seinesgleichen frei über den Kommunismus herziehen können, sondern damit die sowjetischen Arbeiter, Bauern und fortschrittlichen Intellektuellen bessere Bedingungen zur Vorbereitung und Organisierung des Kampfs gegen die wirtschaftliche und politische Macht der neuen Bourgeoisie haben. Wir sind das, gerade weil wir für den Kommunismus und gegen die neuen Kremlzaren sind. Unsere Sympathie und Solidarität gilt der sowjetischen Arbeiterklasse und dem sowjetischen Volk , gilt den marxistisch-leninistischen Zirkeln, die an der Spitze des Kampfs der Massen gegen die Herrschaft der neuen Bourgeoisie und für die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats stehen und die das sowjetische Volk in eine neue Revolution führen werden, die das Banner des Sozialismus erneut im ersten sozialistischen Land der Welt aufpflanzen wird.

W. L.

Hochschulwahlen :

Die Bourgeoisie verliert an Boden - Die Kommunisten vergrössern ihren Einfluss

Bis vor wenigen Jahren waren in Österreich die Hochschulen die Brutstätte der Reaktion, Kappl-Studenten und Saufbrüder gaben den Ton an. In der Ersten Republik gingen fast die gesamten Studenten mitsamt ihren Professoren zu den Nazis über. Studenten waren an der vordersten Front, wenn es gegen die Arbeiterklasse ging. In der letzten Zeit hat aber eine Entwicklung eingesetzt, die dazu führt, daß immer größere Teile der Studenten sich gegen den Imperialismus und die bürgerliche Klassenherrschaft wenden und das Bündnis mit der Arbeiterklasse im Kampf um den Sozialismus suchen. Immer deutlicher wird einem Teil von ihnen, daß die Ausbildung an den Hochschulen nicht dem Volk, sondern der Aufrechterhaltung und Festigung der bürgerlichen Klassenherrschaft dient und sie selbst als Lakaien der Bourgeoisie arbeiten sollen.

Der Arzt soll dem Arbeiter nicht sagen, daß die Krankheit vom Arbeitstempo, vom Krach, vom Akkord, von den Arbeitsbedingungen kommt, er soll nicht dafür sorgen, daß er die Krankheit wenigstens auskurieren kann, sondern er soll ihn schnell zurechtflicken und ihm Tabletten verschreiben, damit er an der Maschine stehen kann. Der Lehrer darf die Schüler nicht zum Verständnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit bringen, sondern soll die Unterdrückung und Ausbeutung als ewige Notwendigkeit hinstellen. Der Techniker soll nicht danach fragen, wozu seine Pläne verwendet werden, ob zu Kriegszwecken, zur Steigerung der Profite und verstärkten Auspressung der Arbeiter. Sie sollen ohne zu fragen die Geschäfte der Bourgeoisie durchführen, nach oben kuschen und nach unten treten, wenn es nötig ist.

Die Ausbildung erweist sich immer deutlicher als Ausbildung für Lakaiendienste im Sold der herrschenden Klasse. Es wächst der Unmut und der Kampf dagegen und immer stärker wird die Einsicht, daß erst die sozialistische Gesellschaft diesen Zustand überwinden und die Ausbildung in den Dienst des Volkes stellen kann. Erst wenn die Bourgeoisie gestürzt und die Arbeiterklasse über die Macht im Staat verfügt, kann ein einheitliches Volksbildungswesen organisiert werden, wird die Wissenschaft nicht für die Profitinteressen einer Handvoll Ausbeuter, sondern für die Mehrheit des Volkes eingesetzt und werden die Intellektuellen von ihrer Rolle als bestochene Agenten oder Lakaien der Bourgeoisie befreit werden.

Im Kampf um den Sozialismus sucht die Arbeiterklasse auch die Studenten zu gewinnen. Sie hat ein Interesse daran, daß der Unmut gegen die kapitalistische Ausbildung und die Protestbewegung gegen die Verbrechen des Imperialismus sich weiterentwickelt zum bewußt geführten Kampf gegen die Bourgeoisie und gegen den bürgerlichen Staat.

Im Kampf gegen den bürgerlichen Staat schließt die Arbeiterklasse das ausgebeutete und unterdrückte Volk unter ihrer Führung zusammen. Und einzig und allein unter der Führung der Arbeiterklasse hat der Kampf der Studenten eine wirkliche Perspektive. Nur dann ist gewährleistet, daß er nicht im Reformismus versandet und nicht abzielt auf die Aufrechterhaltung von Privilegien gegenüber der Arbeiterklasse, sondern sich einreiht in die Volkskämpfe gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie.

Die Hochschulwahlen am 16./17. Jänner haben gezeigt, daß ein immer größerer Teil der Studenten sich von der Bourgeoisie löst und das Bündnis mit der Arbeiterklasse sucht. Zwar sind die Illusionen über die Reformierbarkeit des Kapitalismus noch groß, zwar halten noch Teile an ihren Privilegien fest, aber durch die beharrliche Arbeit der Kommunisten sehen immer mehr von ihnen, daß ihre einzige Perspektive der Kampf um den Sozialismus ist. Bei den Wahlen verloren die bürgerlichen , reaktionären Studentengruppen über 10 % der Stimmen. Die Kommunisten, die bisher in keiner Studentenvertretung waren, konnten zwei Mandate gewinnen. Es waren ca. 7 % der Stimmen, die die marxistisch-leninistische Studentenorganisation (MLS), die Massenorganisation des KB Wien, auf sich vereinigen konnte. Das zeigt, daß der Einfluß der Bourgeousie auf die Studenten sinkt, die bürgerlichen Vorurteile abbröckeln und die Arbeiterklasse ihren Einfluß stärkt.

M.

AUFBAU DES SOZIALISMUS

ALBANIEN

Vertrauen auf die eigene Kraft

Im folgenden Artikel berichten westdeutsche Arbeiter und Studenten, Mitglieder des KB Westdeutschland, über ihre Eindrücke und Erfahrungen, die sie bei einem Besuch Albaniens im Jahre 1973 sammeln konnten. Nachdruck aus der Kommunistischen Volkszeitung, dem Zentralorgan des KB Westdeutschland.

In der bürgerlichen Presse liest man über Albanien immer nur: "Stalinismus", "Agentur von Mao". Die Frage aber, woher das gute Verhältnis zur Volksrepublik China und die gute Erinnerung an Stalin kommt, muß sie unbeantwortet lassen.

Als im 2. Weltkrieg die Albaner gegen die brutale Unterdrückung durch die italienischen und deutschen Faschisten kämpften, standen sie Seite an Seite mit den jugoslawischen Partisanen. Jedoch nach der Befreiung wollten die Jugoslawen Albanien kurzerhand als Bundesland einverleiben. Daraufhin wurde Jugoslawien aus der Kominform ausgeschlossen, der Vereinigung aller kommunistischen Parteien, und Stalin erklärte: Wenn die Jugoslawen es wagen, in Albanien einzufallen, marschieren wir in Jugoslawien ein. In ihrem Konflikt mit Tito hatten die Albaner gelernt, daß sich Freunde in kurzer Zeit in Feinde verwandeln können und waren wachsam geworden.

So ist es nicht verwunderlich, daß gerade Albanien es war, das die politischen Veränderungen in der Sowjetunion nach Stalins Tod sehr kritisch untersuchte und sich allen Plänen eines Chruschtschow widersetzte, Albanien in einen "Obstgarten Europas" zu verwandeln. Chruschtschow versuchte Albanien zu erpressen, drohte mit militärischer Invasion wie damals Tito. Als sich das albanische Volk davon nicht einschüchtern ließ, zog er über Nacht die Wirtschaftshilfe und alle Berater ab. In dieser kritischen Situation, wo erneut Freunde zu Feinden geworden waren, half ihnen die Volksrepublik China: Sie baute die von der Sowjetunion im Stich gelassenen Wirtschaftsprojekte weiter, ohne jemals dafür irgendwelche Gegenleistungen zu verlangen.

Welch großer Unterschied zwischen den chinesischen Wirtschaftshelfern und dem luxuriösen Leben der sowjetischen Spezialisten besteht, haben wir aus eigener Anschauung erfahren: Im Gegensatz zu den russischen "Helfern", die Luxusautos mit Chauffeuren besaßen, leben und arbeiten die Chinesen wie ihre albanischen Kollegen. Das alles sind Gründe, warum die Albaner viel von Stalin und der Volksrepublik China halten, gar nichts aber von Breschnew, Tito und Konsorten.



Die Albaner haben aus ihrer eigenen Erfahrung viel gelernt. Sie unterstützen das Recht aller Völker auf nationale Unabhängigkeit: Als 1968 die Breschnewclique ihre Truppen in die CSSR einmarschieren ließ, trat Albanien aus dem Warschauer Pakt aus und bot dem jugoslawischen Volk, trotz der schweren Differenzen zu dessen gegenwärtiger Führung, Hilfe gegen eventuelle Übergriffe der Sowjetunion an.

Das ganze albanische Volk ist bewaffnet. In jedem Haus, in jeder Fabrik liegt scharfe Munition. Das ist ein Ausdruck der engen Verbundenheit von Volk und Partei. Oder könnten es sich Husak oder Breschnew erlauben, an ihre Jugend Waffen zu verteilen? So etwas würden sie nicht viele Stunden überleben. Ein Land, wo das ganze Volk bewaffnet ist, kann nicht von einer kleinen Chlique gegen den Willen des Volkes regiert werden. Das ist eine sehr einfache Wahrheit. Husak und Breschnew haben diese Wahrheit genau begriffen.

Was es heißt, die Wirtschaft im Interesse des Volkes einzusetzen, stellten uns die Albaner, mit denen wir sprachen, oft an einem kleinen Beispiel dar: Erst im nächsten Plan sollte die vollständige Elektrifizierung - Wunschtraum mancher "Industrienationen" - abgeschlossen werden. Aber vor allem die Bevölkerung entlegener Gebiete drängte auf die sofortige Durchführung. Daraufhin organisierte man, unter anderem auch durch Freiwilligenarbeit besonders der Jugend, die sofortige allgemeine Elektrifizierung. Und heute ist man so weit, daß nicht nur jedes albanische Haus Strom hat, sondern sogar weite Teile des viel grösseren Jugoslawien von Albanien aus mit elektrischer Energie versorgt werden. Ja, man hat soviel Überschuß, berichten die Albaner stolz, daß man sogar in die Bundesrepublik Strom exportieren könnte. Der Plan ist eben nicht Produkt irgendwelcher Bürokraten, sondern der lebendigen Diskussion des ganzen Volkes, die durchgeführt wird, bevor ein Plan beschlossen werden kann.

Über die Lebensbedingungen im neuen Albanien

Chruschtschow hat gedroht: Wenn ich will, wird Albanien wieder das ärmste Land Europas, was es vor der Befreiung war. Doch gestützt auf die eigene Kraft ist das Gegenteil eingetreten. Die Lebensverhältnisse verbessern sich ständig, was schon einige Zahlenbeispiele zeigen. Das Durchschnittseinkommen im Monat in Albanien beträgt 800 Lek. Davon werden ca. 50 Lek (3 %, keine 30 % wie bei uns) für Wohnungen ausgegeben, 300 Lek für Lebensmittel. Steuern sind völlig abgeschafft, Kranken- und Altersversorgung ist kostenlos. Das ist nur möglich, weil die menschlichen Bedürfnisse höchstes Ziel der Produktion sind, nicht der Profit. Die Lohnunterschiede sind am niedrigsten in der Welt. Kein Albaner verdient mehr als das Dreifache eines Arbeiters; ein Fabrikdirektor bekommt ca. 1200 Lek, der erste Parteisekretär,

Enver Hoxha, knapp das Doppelte. Außerdem wurden in den letzten Jahren die höheren Löhne mehrfach gesenkt und die niedrigeren, trotz 14 Preissenkungen in den letzten 20 Jahren, stark angehoben. Hohe Funktionäre und Direktoren, ja ebenfalls Arbeiter spenden zudem einen Teil ihres Einkommens. Zum Vergleich: In der "sozialistischen" Sowjetunion verdienen Spitzenfunktionäre das 100-fache, im oft gelobten "Entwicklungsland" Indien verdienen Minister das 900-fache eines einfachen Arbeiters, und was ein westdeutscher Kapitalist verdient, nun ja, mehr als das Dreifache eines Arbeiters.

Die Befreiung der Frau in Albanien

Dies ist eines der bedeutendsten Resultate des sozialistischen Aufbaus, das man auch im täglichen Leben ständig beobachten kann.

Albanien lebte vor der Befreiung in mittelalterlichen feudalistischen Zuständen. Am meisten darunter zu leiden hatte die Frau: ihre Welt war das Haus. Und nicht einmal das immer: Wenn ein Gast da war, mußte sie sich in den Raum zurückziehen, der als Küche diente und wo die Kinder großgezogen wurden. Die Frauen, die nur mit dem Schleier ausgehen durften, wurden als Kind an einen Mann verkauft, für entsprechende materielle Gegenleistung. Eine Schule oder irgendeine andere Beschäftigung außerhalb der eigenen vier Wände war für sie nur Wunschtraum. Fast alle Frauen waren Analphabeten. Und diese Zustände herrschten wohlgemerkt noch vor 30 Jahren!

Obwohl es noch schwerer war, diese Sitten und Vorurteile zu überwinden, als die Großgrundbesitzer und die Faschisten zu vertreiben, sieht es heute ganz anders aus: 1938 arbeiteten insgesamt nur 668 (!) Frauen außer Haus, 1971 standen in den Städten 167.621 und in den Dörfern 169.081 Frauen in einem Arbeitsverhältnis. Das ist die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung des Landes. Es wurde vor allem festgelegt, daß Frauen wie Männer gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen. Außerdem wurden in den Gesetzen der sozialistischen Gesellschaft verschiedene Schutzmaßnahmen für die Frauen verankert. Dadurch konnten immer mehr zur produktiven, gesellschaftlichen Arbeit herangezogen werden. Die Frauen wurden somit auch wirtschaftlich frei. Jetzt konnten sie ihre körperlichen, intellektuellen und moralischen Fähigkeiten entfalten und als Gleiche unter Gleichen kämpfen. Es versteht sich fast von selbst, daß inzwischen auch in den Volksräten aller Instanzen 45,8 % Frauen sind.

Fast lachend wurde auf unsere Frage geantwortet, wie denn die Frauen in der Leitung der Betriebe beteiligt sind: In einem Kupferdrahtwerk zum Beispiel, in dem 60 % der Beschäftigten Frauen sind, wurde uns mitgeteilt, daß der Direktor, der leitende Ingenieur, der Gewerkschaftssekretär, der Parteileiter allesamt Frauen sind. Sind etwa all diese Dinge in unserem "hochentwickelten" Westeuropa selbstverständlich?

Die Albaner stellen richtig fest: "Eine notwendige Voraussetzung für die vollständige Befreiung der Frau ist die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, die Beseitigung der antagonistischen Klassen, die Beseitigung des Privateigentums ... Vor allem kann man eine Staatsmacht nicht Volksmacht nennen, wenn die Hälfte der Bevölkerung, nämlich die Frauen, darin keine Rolle spielen und dort nicht ihren großen Beitrag leisten."

"PARACEL INSELN" Saigon greift chinesisches Territorium an

Am 15. Jänner überfielen Söldner der südvietnamesischen Thieu-Clique chinesische Fischer, die auf den Hsischa und Nascha-Inseln (Paracel-Inseln) ihrer Arbeit nachgingen. Unter Einsatz von Marine und Luftstreitkräften versuchten sie, die Fischer zu vertreiben und die Inseln zu besetzen. Diese Inseln waren vor dem 2. Weltkrieg von Frankreich und danach von Japan okkupiert. Nach dem Sieg der chinesischen Revolution im Jahre 1949 wurden sie Teil des Staatsgebietes der Volksrepublik China. Tschu En-lai hatte gegenüber den Westmächten am 15. August 1951 ausdrücklich erklärt, daß diese Inseln "seit jeher chinesisches Territorium sind", und China hielt stets an diesem Standpunkt fest.

Seit September letzten Jahres erhob die Thieu-Clique wiederholt Anspruch auf diese Inseln und setzte Schritte, sie einzuverleiben. Die einzige legitime, die wirkliche Vertretung des südvietnamesischen Volkes, die provisorische Revolutionsregierung, wies die Saigoner Anmaßungen entschieden zurück und bezeichnete sie als Verletzung der chinesischen Souveränität. Die Angriffe der südvietnamesischen Söldnertruppen sind eine eindeutige Verletzung der territorialen Integrität des chinesischen Staates, eine Herausforderung und Provokation des chinesischen Volkes.

Der Versuch der Besetzung der Inseln wurde von den chinesischen Fischern abgewehrt. Darauf belegten die Saigoner Kriegsschiffe die Inseln mit Kanonenfeuer und Flugzeugbombardements. Zugleich wurden die chinesischen Patrouillenschiffe unter Kanonenbeschuß genommen. Dadurch waren die chinesischen Kriegsschiffe gezwungen, zur Selbstverteidigung einen Gegenangriff zu unternehmen. Nach kurzen Gefechten wurde die Saigoner Übermacht zurückgeschlagen, die Hals über Kopf flüchtete. Die Volksrepublik China ist ein sozialistischer Staat und das chinesische Volk ist entschlossen, sein Vaterland mit aller Kraft zu verteidigen, es ist jederzeit bereit, den einfallenden Feind zu vernichten. Gleichzeitig hält die VR China unerschütterlich an dem Grundsatz fest, niemals einen Angriffskrieg zu führen, niemals nach Hegemonie zu streben und niemals eine Supermacht zu werden. Im Unterschied zur sozialimperialistischen Sowjetunion, die die ganze Welt mit Militärstützpunkten überzogen hat, sich ständig in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und Völker einmischt, sie politisch, ökonomisch und militärisch erpreßt, regelt die VR China die internationalen Beziehungen auf der Grundlage und unter strikter Einhaltung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Diese lauten: Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz.

Die chinesischen Streitkräfte dienen ausschließlich der Landesverteidigung. Solange es den Imperialismus gibt, besteht ständig die Gefahr des Überfalles auf die sozialistischen Staaten. Aber kein chinesischer Soldat steht auf fremdem Territorium. Tschu En-lai sagte auf dem X. Parteitag der KP Chinas, der im August letzten Jahres abgehalten wurde: "Wir greifen nicht an, wenn wir nicht angegriffen werden; wer uns angreift, hat aber unbedingt mit unserem Gegenangriff zu rechnen - das ist unser konsequentes Prinzip. Und wir halten immer Wort."

KLASSENKAMPF

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN
Erscheint 12 mal jährlich. Einzelpreis S 3.-. Jahresabonnement inklusive Porto (12 Nummern) S 50.-. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf das Konto "KB Wien" BAWAG-Zentrale 00663047.
Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger: Kommunistischer Bund Wien, für den Inhalt verantwortlich: Walter Lindner, alle: 1070, Westbahnstraße 7/8.
Redaktionsschluß: 14.2., Erscheinungstermin: 18.2.1974

SPENDENAUFRUF
Wir fordern alle, die unsere Anschauungen teilen, auf, unsere politische Arbeit durch Spenden zu unterstützen.
Konto "KB Wien", BAWAG-Zentrale 00663047.